

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

1

AT 228



Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 10. December 1850.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

I. Nach Vorschrift des §. 42 der revidirten Städte-Ordnung wird mit der Ausloosung derjenigen Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung verfahren, welche nach zwei und beziehungsweise nach vier Jahren ausscheiden sollen. Zum Ausscheiden nach dem Ablaufe von zwei Jahren bestimmt das Loos

die Herren: Aronheim, W. Kloss und Lüdecke; Warrentrapp, Franke und Feustell; Bieweg, Meyer und Desterreich.

Zum Ausscheiden nach dem Ablaufe von vier Jahren werden durch das Loos bestimmt

die Herren: Räche, Nieß und Scheller; Wangelius, Leo und Voigt; Uhde, Gille und Steinmeyer.

II. Die von dem Stadt-Magistrate in seinem Schreiben vom 28. v. Mts. in Vorschlag gebrachte und von der Versammlung ausgeführte Vertheilung der Mitglieder nach den in hiesiger Stadt feststehenden 6 Thor-Districten in sechs Abtheilungen zum Zwecke der Veranlagung der hiesigen Einwohner zur Communalsteuer fällt dahin aus, daß diese Abtheilungen bestehen:

1. für den Steinthor-District:

auss den Herren Gille, Scheller, Helfft und Leo;

2. für den Augustthor-District:

auss den Herren Uhde, Franke, Meyer und Kellner;

3. für den Wilhelmithor-District:

auss den Herren Bieweg, Warrentrapp, Lüdel, W. Kloss und Steinmeyer;

4. für den Hohenthor-District:

auss den Herren Räche, Graß, Fabricius und Voigt;

5. für den Petriothor-District:

auss den Herren Lüdecke, Feustell, Aronheim und Häusler;

6. für den Wendenthor-District:

aus den Herren Wangelius, Röppke, Nieß, G. Kloss und Lissebon.

Der Herr Vorsitzende Desterreich wird von der Theilnahme an den Geschäften dieser Abtheilungen entbunden.

Zu Deputirten der sechs Abtheilungen, bestimmt, mit einem Magistrats-Mitgliede zusammen zu treten, um eine Einheit in die ganze Veranlagung zu bringen und die etwaigen Reclamationen durch Vernehmung der Reclamanten über ihre Verhältnisse zur Entscheidung in der vereinigten Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten vorzubereiten, werden durch die Abtheilungen selbst die Herren Scheller, Meyer, Fiedel, Graß, Feustell und Wangelius gewählt.

III. Die Wahl zweier Mitglieder zu der Pflughaus-Verwaltungs-Deputation trifft die Herren Gille und Leo, welche bisher schon Mitglieder dieser Deputation gewesen sind.

IV. Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlage des Stadt-Magistrats in seinem Schreiben vom 28. v. Mts., daß für diejenigen Sachen, welche regelmäßig wiederkehren und häufiger vorkommen, sofort feststehende Commissionen gewählt werden, aus den daselbst angeführten Gründen einverstanden, giebt auch zu der Wahl von acht solcher Commissionen mit dem vorgeschlagenen Geschäftskreise derselben ihre Zustimmung. Rücksichtlich der Art und Weise der Wahl giebt der Herr Vorsitzende Desterreich anheim, die Commissions-Mitglieder einzeln und gefondert zu wählen, während Herr Graß vorschlägt, die gesammten Namen der bestimmten Mitgliederzahl einer Commission auf einem Stimmzettel zu vermerken, und Herr Räck die Stimmabgebung zu Protocoll empfiehlt. Durch Beschluß der Versammlung wird für die diesmalige Wahl der Commissions-Mitglieder die von dem Herrn Graß vorgeschlagene Wahlart beliebt, und hat sich danach das nachstehende Resultat ergeben; es sind gewählt:

1. in eine Commission zur Prüfung des Stadt-Cassen-Stats und der städtischen Rechnungen, der Verpachtungen und dergleichen Vermögens-Angelegenheiten:

die Herren Fabricius, Feustell, Helfft, Meyer und Fiedel;

2. in eine Commission zur Prüfung der Anträge auf Ausnahme als Einwohner in die hiesige Gemeinde, sowie der Heiraths- und Gewerbebetriebs-Gesuche, wenn und insoweit die noch zu erwartende Gesetzgebung den Stadtverordneten eine Mitwirkung bei Gesuchen der letztern beiden Gattungen beilegen wird:

die Herren W. Kloss, Graß, Leo, Räck und Lissebon;

3. in eine Commission zu den städtischen Bausachen:

die Herren Voigt, Gille und Lissebon;

4. in eine Commission zur Prüfung der allgemeinen städtischen Statute und policeilichen Reglements, welche bei Statuten, die sich auf Gegenstände beziehen, für welche besondere Fach-Commissionen bestehen, die Mitglieder dieser Commission zuzuziehen hat,

in Bezug auf welche statt der vom Stadt-Magistrate vorgeschlagenen Zahl von fünf Mitgliedern nach dem Antrage des Herrn Vorsitzenden Desterreich zum Zwecke der Geschäfts-Erleichterung die Mitgliederzahl auf sieben von der Versammlung festgestellt wird:

die Herren Aronheim, Bieweg, Desterreich, Häusler, Lissebon, Helfft und Warentrapp;

Mit der Bemerkung des Vorsitzenden, daß diese Commission nur nach ihrem Ermessen die Fach-Commission bei ihren Berathungen zuzuziehen habe, ist die Versammlung einverstanden.

5. in eine Commission zur Regulirung der Vermögensverhältnisse zwischen der Stadt und der Landesregierung:

die Herren De Sterreich, Bieweg und Aronheim;

6. in eine Commission zur Mitwirkung bei dem Armenwesen, für welche statt der vom Stadt-Magistrate vorgeschlagenen Zahl von drei Mitgliedern auf den Antrag des Herrn Scheller die Mitgliederzahl auf fünf von der Versammlung bestimmt wird:

die Herren Francke, Scheller, Leo, Steinmeyer und Kellner;

7. in eine Commission für das Kirchen- und Schulwesen:

die Herren Uhde, Steinmeyer und Graß;

8. in eine Commission für die Angelegenheiten der Bürgerwehr:

die Herren Graß, Fabricius und Meyer.

V. Inhalts eines Schreibens vom 30. v. Mts. hat der Stadt-Magistrat im Mai d. J. dem Herzoglichen Staatsministerium die Nothwendigkeit der Verbreiterung der Passage am Bruchthore zum Zwecke der Erleichterung des Verkehrs mit dem Bahnhofe nochmals dringend vorgestellt und darauf angetragen, wenigstens die Häuser sub *N* ass. 469 und 470 am Bruchthore von den Ueberschüssen bei der Eisenbahn zum Abbruche ankaufen zu lassen, eventuell dazu einen Theil der Straßenpflasterungsgelder zu verwenden. In einem Rescripte vom 21. v. Mts. hat aber Herzogliches Staatsministerium dahin sich ausgesprochen, daß, um der neuen Einfahrt die genügende Richtung und Breite zu geben, eine Hinwegnahme der sämtlichen Häuser an der Ostseite der Straße am Bruchthore bis zu dem Hause des Brauers Löschigt, also der Häuser sub *N* ass. 468 bis 473, so wie des zu der Südmühle gehörenden Wohnhauses erforderlich sei, daß zu diesem Ende die Häuser sub *N* ass. 468 bis 472 auf Rechnung der Herzoglichen Eisenbahn-Casse angekauft worden, mit dem Besitzer des Hauses sub *N* ass. 473 aber ein Vertrag dahin abgeschlossen sei, daß ihm für sein Haus auf dem Terrain der abzubrechenden Südmühle ein anderes erbaut werden solle, und die Kosten sämtlich auf die Herzogliche Eisenbahn-Casse übernommen werden sollten, wenn die Abgeordneten-Versammlung die Zustimmung dazu ertheile. Das Herzogliche Staatsministerium ist dabei von der Voraussetzung ausgegangen:

1. daß die Stadt die Gebäude sub *N* ass. 459 und 485 für ihre Rechnung gleichzeitig abbrechen lasse und daß von den Bauplätzen soviel zur Straße überwiesen werde, als planmäßig zu deren Verbreiterung erforderlich sein wird, auch daß die Stadt die Verpflichtung übernehme, den nach der Stadt Hamburg hin übrig bleibenden Raum nicht wieder bebauen, sondern einstweilen, und bis zur etwaigen Hinwegnahme der Stadt Hamburg nur mit Bäumen und Gesträuchen bepflanzen zu lassen;

2. daß die Stadtverwaltung die Zustimmung dazu ertheile, daß die westwärts der Oker belegenen Mühlengebäude abgebrochen und die Materialien zu der Erbauung des Nießschen Hauses benutzt werden können, auch daß von dem Grundterrain der Mühlengebäude soviel, als zum Nießschen Hause und dem dabei zu legenden Gehöfte erforderlich sei, unentgeltlich abgetreten werde; und

3. daß die Kosten der Regulirung und Pflasterung der neuen Straße in gewöhnlicher Art vom Pflasterungsfonds gedeckt werden.

Diese in dem vorgedachten Schreiben mitgetheilten Vorschläge des Herzoglichen Staatsministeriums sind von dem Stadt-Magistrate näher geprüft und werden ihrem ganzen Umfange nach der Versammlung zur Annahme empfohlen, welche dann auch, nachdem Herr Voigt den Plan der Straßenverbreiterung kurz angedeutet, durch förmlichen Beschluß erfolgt.

Vom Herrn Oberbürgermeister Caspari wird der Versammlung anheimgegeben, Sr. Hoheit, dem Herzoge, und dem Herrn Departements-Minister für die Erfüllung des in dieser Sache von den städtischen Behörden ausgedrückten Wunsches durch eine aus einem Mitgliede des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten bestehende Deputation den gebührenden Dank darzubringen.

Die Versammlung erklärt sich durch Mehrheitsbeschluß von 16 gegen 10 Stimmen hiemit einverstanden und bestimmt zum Mitdeputirten aus ihrer Mitte den Herrn Vorsitzenden Oesterreich.

VI. Die von dem Stadt-Magistrate in seinem Schreiben vom 2. d. Mts. in Anregung gebrachte Angelegenheit wegen Selbstbewaffnung der Wehrmänner wird in Uebereinstimmung mit der Versammlung von dem Herrn Vorsitzenden Oesterreich sofort der heute erwählten betreffenden Commission zur Prüfung überwiesen.

Am Schlusse der Sitzung beantragt Herr F ü d e l die Wahl einer Commission von drei Mitgliedern zum Entwurfe einer Geschäfts-Ordnung für die Stadtverordneten-Versammlung, modificirt aber seinen Antrag auf einen desfallsigen Vorschlag des Herrn Häusler dahin, die Commission für die städtischen Statute mit dem Entwurfe einer solchen Geschäfts-Ordnung zu beauftragen, was denn auch durch Zustimmung der Versammlung geschieht.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 10. Januar 1851.

Von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich wird die Sitzung eröffnet und die Verhandlung der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände eingeleitet:

I. Durch das Schreiben des Stadtmagistrats vom 6. d. Mts. erfolgt die Mittheilung, daß der in der gemeinschaftlichen Sitzung am 30. v. Mts. zum unbesoldeten Magistrats-Mitgliede gewählte Kaufmann Friedrich Seele die Annahme dieses Ehrenamts aus Gründen abgelehnt habe, welche aus seinen geschäftlichen Verhältnissen hergenommen seien.

Die Entscheidung über die Zulässigkeit einer solchen Ablehnung steht nach §. 24. der revidirten Städteordnung den Stadtverordneten zu, und haben diese nach Anhörung des von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Ablehnungsschreibens des Kaufmanns Friedrich Seele vom 5. d. Mts. gegen vier Stimmen dahin entscheidend sich ausgesprochen, daß die zur Rechtfertigung der Ablehnung angeführten Umstände nicht dringend und erheblich genug erscheinen, um die Ablehnung selbst für zulässig halten zu können.

II. Krankheit und dadurch veranlaßte Abwesenheit des Herrn Jüdel hat die Aussetzung der für die heutige Sitzung bestimmten Verhandlung über den in der Sitzung am 30. v. Mts. gestellten Antrag auf Feststellung von Grundsätzen wegen der Steuerveranlagung zur Folge.

III. Auf Grund der von dem hiesigen Bürger und Sattlermeister Leon-

hard Ding erhobenen Anforderung auf Erstattung des Schadens, welcher ihm bei einem Auslaufe am 2. Aug. v. J. vor seinem Hause Nro. ass. 38. 39 an der Görtelingerstraße durch Einwerfen von Fensterscheiben verursacht worden, wird bei der Wichtigkeit der Thatsache selbst die Verwilligung des ebenfalls richtig befundenen Schadensbetrages mit 2 fl 19 ss aus der Stadtcasse beschloffen.

IV. In gleicher Weise ist nicht blos die Vergütung des Schadens, welcher bei einem am 13. April v. J. vor dem Hause Nro. ass. 456 an der Steinstraße stattgehabten Auslaufe durch Einwerfen und Zerschlagen von Fensterscheiben und Läden u. an jenem Gebäude herbeigeführt ist und nach den beigebrachten und geprüften Rechnungen auf 48 fl 21 ss 4 q sich beläuft, sondern auch des anderweiten Schadens, welcher bei derselben Gelegenheit dem Polizei-Inspecteur Stiddien durch Vernichtung und Entwendung von beweglichen Gegenständen zugesügt, von Letzterm auf 35 fl 12 ss berechnet, und in beider Beziehung als wahr und richtig befunden ist, aus der Stadtcasse verwilligt.

V. Eine Mittheilung des Stadt-Magistrats vom 31. v. Mts. über die von der Bürgerwehr-Deputation wegen der Wiedereinführung der früher bestandenen Nachtwachen und der Selbstbewaffnung gefaßten Beschlüsse giebt dem Herrn Vorsitzenden Veranlassung zu der Anfrage, ob es der Versammlung genehm sei, wenigstens über die freilich wegen des spätern Einganges nicht mit auf die Tagesordnung gebrachten Wiedereinführung der Nachtwachen noch in der heutigen Sitzung Beschluß zu fassen; indessen entscheidet sich die Versammlung in der Mehrheit für eine Hinausschiebung der bezfalligen Verhandlung auf die nächste Sitzung, um zu einer gehörigen Vorbereitung Gelegenheit zu bekommen.

Schluß der Sitzung.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 14. Februar 1851.

Der Herr Vorsitzende Desterreich spricht zunächst nach der Eröffnung der Sitzung gegen die Versammlung den Wunsch aus, fortan zu den stattfindenden Sitzungen pünktlich zu der angesetzten Stunde zu erscheinen, um dadurch jede Verzögerung rückfichtlich des Anfangs und der Dauer der Sitzungen möglichst zu vermeiden; — verliest sodann das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 27. v. Mts., durch welches die Versammlung benachrichtigt wird, daß von den in der Sitzung am 30. December v. J. gewählten unbesoldeten Magistrats-Mitgliedern nach der gesetzmäßigen Entscheidung durch das Loos die Herren Hünke und Seele sechs Jahre und die Herren Bammel und Grote drei Jahre ihr Amt zu verwalten haben würden und daß von Sr. Hoheit dem Herzoge den Herren Grote und Seele für die Zeit ihrer Amtsdauer der Titel »Stadtrath« verliehen worden sei; — und giebt endlich der Versammlung anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Stadt-Magistrat ersucht und veranlaßt werde, die umfassendern Vorlagen, als Statute, Reglements und dergleichen in einer zur Vertheilung an die sämmtlichen Mitglieder der Stadtverordneten genügenden, durch Druck, Lithographie oder Abschriften hergestellten Anzahl an die Versammlung gelangen zu lassen; wozu die letztern mit Rücksicht darauf, daß bei der hiedurch geförderten sorgfältigern Prüfung und Berathung solcher Vorlagen die desfallsigen Mehrkosten nicht wohl in Anschlag gebracht werden dürften, ihre Zustimmung erklärt. Von den Herren Grass und Bieweg wird dabei noch zur Erinnerung bemerkt, daß außerdem die Acten, welche über die Gegenstände der Sitzungs-Berathungen ergangen sind, einige Tage vor jedesmaliger Sitzung auf dem Stadthause zur Einsicht ausliegen.

Das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 4. d. Mts., dessen Eingang von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich der Versammlung angezeigt wird, enthält Mittheilungen und Vorschläge rückfichtlich der bisherigen und ferneren Unterstützung des Bürgervers eins durch Darlehen aus der Herzoglichen Leihhaus-Casse unter der Bürgerschaft und auf den Credit der Stadt, zur Beförderung des Nahrungs-Betriebes der kleinen

Handel- und Gewerbetreibenden. Da diese Angelegenheit eine weitere Prüfung erfordert, so wird dieselbe von dem Herrn Vorsitzenden der Finanz-Commission zur Vorberathung und Berichtserstattung überwiesen.

Bei dem Uebergange zur Tagesordnung wird

1. Herr Jüdel von dem Herrn Vorsitzenden Oesterreich aufgefordert, die Vorschläge der Central-Commission zur Vorberathung der Steuer-Angelegenheiten rücksichtlich des in der Sitzung am 30. December v. J. gestellten Antrages über das Verfahren bei Communal-Steuer-Veranlagungen und Reclamationen mitzutheilen.

Der Vortrag des Herrn Jüdel trifft der Reihenfolge nach die einzelnen Punkte jenes Antrages:

1) Die Abschätzung des Einkommens in den Districts-Commissionen soll durch Stimmenmehrheit entschieden werden und bleibt die durchschnittliche Berechnung der von den einzelnen Mitgliedern abgegebenen Taxen ausgeschlossen. Dieser Theil des Vorschlages erfährt keinen Widerspruch; dagegen kommt zur weiteren Erörterung die Frage, ob und wann der Central-Commission eine Abschätzung überwiesen werden solle? Für den Fall, daß die Districts-Commissionen über eine Abschätzung durch Stimmenmehrheit sich nicht würden entscheiden können, halten die Herren Meyer, Bieweg, Nieß die Entscheidung der gesammten Stadtverordneten-Versammlung für angemessener, theils zur Abkürzung und Vereinfachung des Verfahrens, theils weil die Central-Commission hauptsächlich dazu bestimmt sei, die Anwendung gleichmäßiger Grundsätze bei der Veranlagung zu vermitteln, theils weil die Central-Commission weniger in der Lage sei, eine richtige Abschätzung des Einkommens vorzunehmen, als die Districts-Commission. An letztern Grund knüpfen die Herrn Grass und Helfft die Bemerkung, daß bisher in der Districts-Commission eine Einigung zumeist stattgefunden habe. Unter Beistimmung der Herren Bieweg, Feustell und Rädke giebt Herr Grass anheim, an dem schon früher beobachteten Verfahren, nach welchem die Abschätzungen der einen Commission einer andern zur Revision übergeben sei, festzuhalten, und erst dann die Central-Commission eintreten zu lassen, wenn auf diesem Wege Meinungsverschiedenheiten nicht auszugleichen seien.

Rücksichtlich des Verfahrens der Districts-Commissionen bei der Abschätzung wird schließlich folgender Grundsatz durch große Stimmenmehrheit angenommen:

»Die Abschätzung des Einkommens ist nach bestem Wissen der Commissions-Mitglieder nach Stimmenmehrheit vorzunehmen. Jede Commission hat die aufgestellte Tabelle der in der Reihe folgenden Districts-Commission und die 6te der 1sten zu etwaigen Bemerkungen vorzulegen und die bestrittenen Abschätzungen in nochmalige Erwägung zu nehmen. Diejenigen Fälle, in welchen Stimmenmehrheit nicht zu erreichen ist, sind der Central-Commission zu überweisen.«

2) Nach einem andern Vorschlage sollen die eingehenden Reclamationen von den Districts-Commissionen entschieden werden. Herr Bieweg schlägt dagegen vor, die Reclamationen von der gesammten Stadtverordneten-Versammlung entscheiden zu lassen, während Herr Häusler den ersten Vorschlag anzunehmen und nur die Modification empfiehlt, daß Reclamationen gegen die Abschätzungen der Central-Commission der letztern zur Entscheidung überwiesen werden, wofür sich auch Herr Aronheim erklärt, da ja die ursprüngliche Abschätzung der Central-Commission Folge der Zweifel der Districts-Commissionen über den Betrag des Einkommens sei.

Durch Stimmenmehrheit wird das Verfahren der Districts-Commissionen bei Reclamationen dahin normirt:

»Die eingehenden Reclamationen werden den betreffenden Districts-Commissionen überwiesen. Hält die Commission einstimmig eine Reclamation für begründet, so entscheidet sie dieselbe endgiltig; andern Falls wird die Reclamation der Central-Commission überwiesen.«

»In Fällen, wo die erste Entscheidung von der Central-Commission abgegeben ist, gehen auch die Reclamationen an die Central-Commission.«

3) Das Verfahren der Central-Commission bei Reclamationen wird nach dem Mehrheitsbeschlusse in folgender Weise festgestellt:

»Die Central-Commission entscheidet über Reclamationen, welche sie begründet findet, endgiltig nach Stimmenmehrheit. Die Reclamationen, welche für unbegründet gehalten werden, sind der Stadtverordneten-Versammlung zur Entscheidung vorzulegen.«

4) Diesen Punkt seines Antrages hat der Herr Antragsteller fallen lassen, und ist auch in der Versammlung die Meinung die vorherrschende, daß die Frage, ob und in welchem Maße Fremde, welche ohne allhier ein Geschäft zu betreiben hier wohnen und in einem andern Staate persönliche Steuern zahlen, zu einer Steuerzahlung in hiesiger Stadt herangezogen werden sollen, je nach den Umständen in jedem einzelnen Falle einer weitern Erwägung bedürfe.

5) Endlich beschließt die Versammlung durch Stimmenmehrheit in Bezug auf den letzten Punkt des ursprünglichen Antrages, nachstehende Fassung:

»Es wird den Mitgliedern der Central-Commission, wie der Districts-Commissionen zur Pflicht gemacht, daß sie über die Commissions-Verhandlungen strenge Verschwiegenheit beobachten. Im Besondern haben die Commissions-Vorsitzenden von den Mitgliedern der Commissionen sich auf Ehre und Gewissen die Versicherung geben zu lassen, die Abstimmungen geheim zu halten, und ihrerseits dieselbe Versicherung zu ertheilen.«

Zur Vervollständigung des auf diese Weise bestimmten Verfahrens wünscht Herr Häusler eine allgemeine Revision der aufgestellten Steuerrollen, sei es durch den Stadt-Magistrat, oder durch die Central-Commission, damit etwaige zu geringe Abschätzungen eingebessert werden könnten; die dies bezweckenden Anträge sollten bei der Stadtverordneten-Versammlung gestellt werden. Wie indessen Herr Fiedel nach §. 47 der revidirten Städteordnung eine desfallige Thätigkeit des Stadt-Magistrats nicht für gerechtfertigt hält, so spricht sich auch Herr Oberbürgermeister Caspari entschieden dagegen aus und erinnert dabei, daß die Vermerkung der Steueransätze in den Listen der steuerpflichtigen Personen, die den Herren Stadtverordneten zum Zwecke der Veranlagung zugestellt würden, nur auf besondern Wunsch der Herren Stadtverordneten bisher von dem Stadt-Magistrate geschehen sei, und nichts weiter als die Mittheilung des lest gezahlten Steuerbetrags enthalte. Auch die Central-Commission wollen die Herren Bieweg, Grass und Aronheim dabei außer Thätigkeit gelassen wissen, da eine solche Controle überhaupt bei der festgestellten Verfahrensart theils nicht nothwendig, theils zu umfangreich und zu umständlich erscheine. Diesem nach wird der Antrag vor der Abstimmung zurückgenommen.

Von Herrn Wieweg wird sodann auf ein bisher bestandenes eigenthümliches Steuerverhältniß hingewiesen: den steuerpflichtigen jüdischen Gemeindegossen ist nämlich seit Jahren ein Sechstel an dem Betrage der Gemeinde- und Armensteuer erlassen. Dafür haben dieselben die besondere Verpflichtung übernommen, für ihre armen Glaubensgenossen aus eignen Mitteln zu sorgen; allein Herr Wieweg ist der Ansicht, daß die vollständige Emancipation der Juden auch eine wirkliche Gleichstellung rücksichtlich der communalen Rechte und Pflichten erfordere, und deßhalb gegen Uebnahme der Unterstützung der armen jüdischen Glaubensgenossen auf die Gemeinde-Armen-Casse die theilweise Steuerfreiheit hinwegfallen müsse. Der Herr Vorsitzende Oesterreich erblickt in dieser Anführung des Herrn Wieweg nur eine allgemeine Erinnerung, da die Nothwendigkeit einer gleichmäßigen Abschätzung und Besteuerung aller Gemeindegossen aus der revidirten Städteordnung folge. Gegen diese Ansichten und Folgerungen tritt Hr. Helfft auf, indem er vorstellt, daß der Erlass eines Sechstels an der Gemeinde- und Armensteuer für die Juden in der That keine Begünstigung begründe, vielmehr der Stadt zum Vortheile gereiche, da andernfalls, also nach Aufhebung jenes Erlasses, nicht bloß die bisher von den Juden selbst getragenen Cultuskosten aus der Gemeinde-Casse bestritten, sondern auch die jüdischen Armen von der Gemeinde unterstützt werden müßten, daß übrigens dieses ganze Verhältniß auf einem Vertrage mit den städtischen Behörden beruhe. — Gleichwohl glaubt Herr Wieweg den förmlichen Antrag stellen zu dürfen:

»Den früher den Juden an der Gemeinde- und Armensteuer gewährten Erlass aufzuheben, dagegen aber auch eine entsprechende Gleichstellung in Ansehung der correspondirenden Rechte eintreten zu lassen.«

Der Antrag wird unterstützt, und da eine Unterfuchung des Sachverhältnisses nöthig erscheint, auf den Vorschlag des Herrn Häusler, der Finanz-Commission zur Vorberathung und Berichts-Erstattung überwiesen.

Ueber den fernern Gegenstand der Tagesordnung:

II. betreffend die Abschätzung der vor den Thoren, also außerhalb der äußern Stadtgräben belegenen Gebäude behuf deren Veranlagung zum Service, welcher in der Sitzung am 30. December v. J. ebenfalls der Central-Commission zur Vorberathung überwiesen worden, erstattet Herr Fudel als Referent Bericht. Der Vorschlag der Central-Commission geht dahin: die Gebäude vor den Thoren, welche das ganze Jahr hindurch bewohnt werden, gleich den Häusern in der Stadt, dem Service zu unterwerfen, mit Ausnahme jedoch der Wohnungen der in Privatdiensten stehenden Gärtner und Kutscher. Gegen diesen Vorschlag machen sich im Verlaufe der Debatte verschiedene Meinungen geltend. Herr Rädke und mit ihm die Herren Fabricius, Nieß, Scheller und Graß halten das von der Central-Commission vorgeschlagene Princip nicht für consequent, sind vielmehr der Ansicht, daß die Gebäude vor den Thoren lediglich nach dem ermittelten Miethwerthe abzuschätzen seien, ganz so wie bei den Häusern in der Stadt verfahren werde, da es keinen Unterschied machen dürfe, ob die Gebäude im Innern der Stadt oder außerhalb derselben belegen seien, weil der Abgabe des Services alle Gebäude auf dem Stadtgebiete unterliegen. Einer sowohl von dem Commissions-Antrage als der Meinung des Herrn Rädke und Genossen entgegengesetzten Ansicht des Herrn Häusler, daß die Gartenhäuser überall wohl nicht mit der Abgabe des Services belegt werden könnten, tritt Herr Kronheim

entgegen, weil damit die anerkannte Verpflichtung in Bezug auf die an der Wallpromenade belegenen Gebäude zur Zahlung des Services unvereinbar sei. Auch Herr Overbürgermeister Caspari findet zu einer solchen Ausnahme keine Veranlassung und keinen Grund, weil die revidirte Städteordnung dergleichen Ausnahmen nicht zulasse, wie denn auch das Herzogl. Staats-Ministerium für die Heranziehung der Gebäude vor den Thoren zum Service sich entschieden habe. Nach dem Zurückkommen auf den Commissions-Antrag wird von Herrn Aronheim ein anderweiter Vorschlag gemacht, in welchem der Grundsatz ausgesprochen ist, daß alle Gebäude vor den Thoren, welche das ganze Jahr hindurch bewohnbar seien, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben wirklich das ganze Jahr hindurch, oder nur in gewissen Zeitperioden bewohnt werden, zum Service herangezogen werden müßten. Obwohl Herr Fiedel dagegen bemerkt, daß die Beurtheilung, ob ein Gebäude das ganze Jahr hindurch bewohnbar sei oder nicht, sehr schwierig und fast unmöglich sei, und auch die Besteuerung der Gartenwohnungen nach dem Miethwerthe den zugehörenden Grund und Boden wesentlich mit treffe, so findet doch nach der Erwiederung des Herrn Aronheim, daß, wie bei Gebäuden in der Stadt die Lage eines Hauses auf den Miethwerth Einfluß habe, so auch bei Gartenwohnungen eine gleiche Erwägung eintreten werde, des Letztern Vorschlag durch die Herren Overbürgermeister Caspari und Helfft Unterstützung. Einer Modification welche Herr Häusler anheim giebt, daß wenigstens die Gebäude vor den Thoren, deren Miethwerth unter 30 \mathfrak{M} betrage, unberücksichtigt gelassen werden mögten, wird mehrseitig widersprochen.

Nach dem Schlusse der Debatte wird bei der Abstimmung die zu einem Antrage formulierte Ansicht der Herren Räche u. s. w. abgelehnt, dagegen der Vorschlag des Herrn Aronheim dahin:

»alle Häuser vor den Thoren, welche das ganze Jahr hindurch bewohnbar sind, werden mit der regelmäßigen Abgabe des Services nach denselben Grundsätzen, wie die Gebäude in der Stadt, belegt.«

mit großer Stimmenmehrheit angenommen, so daß dadurch der Antrag der Central-Commission erledigt ist.

Die Tagesordnung führt zu dem folgenden Gegenstande:

III. Die Vorsteher mehrerer Dorfschaften, welche in westlicher, nördlicher und östlicher Richtung in nächster Umgegend hiesiger Stadt liegen, haben bei Herzogl. Kreis-Direction hieselbst ein Gesuch eingereicht, nach welchem sie die Anlegung zweier Vieh- und Krammärkte zu Wenden, des einen um die Mitte des Monats Mai, des andern um die Mitte des Monats October, wünschen. Das Gesuch, von Herzogl. Kreis-Direction dem Stadt-Magistrate zur Geltendmachung etwaiger aus den Verhältnissen hiesiger Stadt herzunehmenden Bedenken mitgetheilt, ist von Letzterm auch den Stadt-verordneten zur gutachtlichen Äußerung vorgelegt worden. Den Vortrag darüber erstattet der Herr Vorsitzende Desterreich und empfiehlt derselbe der Versammlung, sich in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate gegen die Anlegung jener beiden Märkte auszusprechen. Es sind insbesondere zwei Momente, auf welche dieser Antrag gegründet ist.

Die gewerbliche Nahrung in hiesiger Stadt, welche seit einer Reihe von Jahren vielfache und erhebliche Schmälerungen erlitten und noch fortwährend gegen mancherlei ungünstige Umstände zu kämpfen hat, würde durch die Einrichtung regelmäßi-

ger Vieh- und Krammärkte in benachbarten Dörfern noch weitem Beeinträchtigungen ausgesetzt, da jedenfalls ein Theil des Verkehrs, welcher durch solche Märkte hervorgerufen wird, der hiesigen Stadt entzogen werden würde.

Um so weniger aber dürfen die städtischen Behörden die Wahrung des Interesses hiesiger Stadt im vorliegenden Falle verabsäumen, als weder für die benachbarten Dorfschaften, noch was in dem Gesuche bemerkt worden für die hiesige Stadt ein Bedürfniß vorliege, dem Ankaufe und Verkaufe von Rindvieh neue Märkte zu öffnen. Gelegenheit zu einem solchen Verkehre sei den hiesigen Einwohnern und den Bewohnern der Umgegend, ohne desfalls auf die hannoverschen Märkte angewiesen zu sein, insofern geboten, als in hiesiger Stadt und auf deren Gebiete jährlich sechs Viehmärkte abgehalten werden. Daß auf diesen Märkten, namentlich auf dem Markte in der Gallus-Woche, — um die Mitte des Monats October — aus dem weißen Roffe, mehr fremdes, Disfiriesches, Oldenburgisches, Jütlandisches, und weniger Rindvieh aus dem hiesigen Lande zum Verkaufe gestellt werde, liefere den Beweis, daß desfallsige Anforderungen nicht dringend genug sich geltend gemacht haben, da kein Hinderniß vorhanden, jene Märkte auch mit einheimischen Rindvieh zu betreiben. Im Uebrigen läßt sich zugleich nicht bestreiten, daß die hiesige Stadt für die umliegenden Ortschaften als Marktfort wenn nicht günstiger, so doch eben so günstig belegen sei als Wenden und an sich die Elemente zu einem lebhafteren Marktverkehre in viel umfassenderem Maße darbiete, zumal ohne das Vorhandensein eines desfallsigen Bedürfnisses ein Markt allein durch den darauf gerichteten Willen nie werde geschaffen werden können.

Gegen den also motivirten Antrag des Herrn Vorsitzenden ergreift Herr G. Klotz das Wort: Nachtheile für die städtischen Märkte werden aus der Anlegung des Vieh- und Krammarktes zu Wenden nicht zu befürchten sein, da die erstern zu andern Zeiten abgehalten werden, ohnehin auch Rindvieh auf den hiesigen Märkten nicht zu Kaufe gestellt wird. Die Frühjahrz- und Herbstzeit ist aber dem Verkehre mit Rindvieh ganz besonders günstig; daraus und aus dem Bedürfnisse, welches sich in Wenden und Umgegend nach glaubhaften Versicherungen für den Ankauf und Verkauf von Rindvieh wirklich herausgestellt hat, erklärt sich der ausgesprochene Wunsch der Gemeinden. Es ist im allgemeinen Interesse um so zweckmäßiger und rathsamer, jenem Wunsche nicht entgegenzutreten, als schon von der Anlegung eines Marktes in einem nicht weit von der Gränze gelegenen hannoverschen Dorfe, Bordorf, die Rede gewesen ist, welche durch die Markteinrichtung in Wenden gewiß auch zum Vortheile der hiesigen Stadt verhindert werden würde.

Die Herren Graß, Aronheim und Nieß treten dem Antrage des Herrn Vorsitzenden bei, da sie sich nicht überzeugt halten können, daß die hiesige Stadt von der Anlegung des Vieh- und Krammarktes in Wenden Nutzen haben werde, vielmehr die Befürchtung theilen, daß ein solcher Markt den geschäftlichen Verkehr in hiesiger Stadt noch mehr stören werde.

Von dem Herrn Lissebon wird noch gegen das Gesuch der Bittsteller hervorgehoben, daß Wenden und die ganze Umgegend der Beschaffenheit des Bodens wegen nicht eben geeignet sein werde, tüchtiges, fettes Vieh aus dortiger Zucht aufzuweisen und zum Verkaufe zu stellen, und wie in dieser Beziehung Wenden als Marktfort nicht günstig gewählt erscheine, so lasse sich auch noch gegen das angebliche Bedürfniß anführen, daß schon Lehre durch seine zwei Märkte vollkommen Abhülfe gewähren

möchte; übrigenz beweiße gerade die Einrichtung der Märkte an letzterm Orte, daß die lehtausgesprochene Erwartung oder Annahme des Herrn Kloss nicht eintreten werde, da der Marktanlegung in Lehre die Einrichtung eines Marktes in dem nicht entfernt gelegenen hannöverschen Dorfe Heiligendorf bald gefolgt sei.

Schließlich weist Herr Overbürgermeister Caspari noch darauf hin, daß ein gleicher Wunsch, wie solcher jetzt von der Gemeinde Wenden und andern Dorfschaften zu erkennen gegeben, noch von andern in der Nähe hiesiger Stadt befindlichen Gemeinden ausgesprochen werden könnte und, falls für Wenden, vielleicht auch aus denselben Gründen für andere Gemeinden berücksichtigt werden müßte, wovon die nachtheilige Einwirkung auf den Verkehr in hiesiger Stadt in der That nicht ausbleiben würde, namentlich gerade wegen des Kramwaarenhandels, der leicht auch das Feilbieten noch anderer, z. B. Manufacturwaaren zur Folge hat und Verkäufer auch aus fernern Städten und Ortschaften herbeizieht.

Bei der Abstimmung entscheidet sich eine große Mehrheit der Anwesenden für die Annahme des Antrages des Herrn Vorsitzenden.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet:

IV. Das Einquartierungs-Statut. Schon seit einer langen Reihe von Jahren steht die Aufstellung eines solchen Statuts zur Erwägung, auch sind schon verschiedene Entwürfe von dem Stadt-Magistrate gefertigt, welche obgleich schon von den Stadtverordneten berathen, zu einem endgiltigen Resultate nicht geführt haben. Die neueste Vorlage eines Einquartierungs-Statuts ist von den frühern Stadtverordneten auf die jetzige Versammlung übergegangen und von dieser in der Statuten-Commission einer weitem Prüfung unterzogen. Als Mitglied dieser Commission giebt der Herr Vorsitzende De Sterreich in einem ausführlicheren Vortrage über die oben angedeuteten frühern Verhandlungen speciellere Mittheilungen und kommt sodann auf die Hauptfrage, welche vor dem Fortschreiten der Commissions-Verhandlungen der Versammlung zur Entscheidung vorzulegen für nothwendig gehalten ist. In der neuesten Vorlage des Stadt-Magistrats ist nämlich von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß die Natural-Einquartierung, das Einnehmen von Militair in einen Gebäuderaum, nur den Hauseigenthümern, nicht aber den Inquilinen auferlegt werden dürfe und könne, und sind darnach die weitem Bestimmungen getroffen, welche darauf abzielen den ganzen Inhalt der Einquartierungslast auf alle steuerpflichtige Personen in hiesiger Stadt gleichmäßig zu vertheilen, insbesondere eine Ausgleichung im Gelde herbeizuführen, damit nicht die Hausbesitzer eine größere Last zu übernehmen haben, als die Nichthausbesitzer. Die Commission hat sich für die Richtigkeit jenes obersten Grundsatzes erklärt, theils von dem rechtlichen Gesichtspunkte aus, theils aus andern die Erhaltung der Ordnung bei dem Einquartierungswesen bedingenden Gründen. Die oben bezeichnete Natural-Einquartierung setze vor allen Dingen eine Gebäuderräumlichkeit voraus, in welcher Truppen untergebracht werden können; die Beköstigung der untergebrachten Truppen an dem Orte, wo sie ein Unterkommen gefunden haben, sei mehr oder weniger nur eine aus andern Rücksichten sich ergebende Folge, für deren Beschaffung dem Hausbesitzer möglicher Weise die Mittel gegeben werden können. Hänge also das Unterbringen von Truppen zunächst nur von dem Vorhandensein von Gebäuden ab, so komme es ferner darauf an, die Gebäude den Truppen zugänglich zu machen. Dazu könne nur derjenige in Anspruch genommen werden, welchem die rechtliche Verfügung über das Gebäude zustehe, und das sei der Eigenthümer

Wer erst von andern Personen sein Recht, eine Räumlichkeit innezuhaben, ableite, sei nicht der rechtliche Disponent über das Gebäude, sondern durch den Willen eines Andern, des Eigenthümers gebunden. Daher kann auch in der Regel nur mit dem Hausbesitzer über das Einnehmen von Truppen unterhandelt und dieser dazu verpflichtet werden. Aber auch andere Gründe gestatten nicht, den Inquilinen gleich den Hausbesitzern Natural-Einquartierung zuzuweisen. Das Gethellte und der häufigere Wechsel der Miethwohnungen macht es unausführbar, die Natural-Einquartierung gleichmäßig zu vertheilen und insbesondere die Verzeichnisse der quartierpflichtigen Räumlichkeiten in solcher Ordnung zu erhalten, daß bei einem, wie gewöhnlich nicht lange vorher angekündigten, Einzug von Militair die Truppen zeitig und ordnungsmäßig untergebracht werden können. Hiernach trägt Herr Desterreich Namens der Commission darauf an, die Versammlung möge sich mit dem in dem Statutentwurfe angenommenen Princip, unter Vorbehalt einer gebührenden Ausgleichung der Last durch Geldzahlungen nach dem Fuße der Communalsteuer und mit der Ergänzung daß in dem specieller zu bestimmenden Nothfalle einer Uebersfüllung, auch Inquilinen zur Aufnahme von Einquartierung verpflichtet seien, — einverstanden erklären.

Der Commissions-Antrag erhält eine weitere Unterstützung durch die Herren Bieweg und Kronheim und wird ohne erheblichen Widerspruch von anderer Seite durch Stimmenmehrheit unter der wiederholt hervorgehobenen Voraussetzung angenommen, daß die desfallige Belästigung des Hausbesitzer, den Inquilinen gegenüber, möglichst ausgeglichen werde.

Der Herr Vorsitzende erklärte, daß die Commission in der Vorberathung des Entwurfs nunmehr fortfahren werde um alsbald darüber Bericht erstatten zu können — und schließt dann die Sitzung.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 6. März 1851.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden De Sterreich eröffnet.

I. Ueber die Instandsetzung des Weges, welcher von der Chaussee vor dem Faltersleberthore ab nach dem kleinen Exercierplatze führt, diesen an der östlichen Seite begrenzt und sich an der Nordseite des Exercierplatzes bis zur Chaussee vor dem Wendenthore fortsetzt, sind bereits mehrfache Verhandlungen ergangen. Durch das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. Juli v. J. ist diese Angelegenheit an die Stadtverordneten gelangt und Letztere haben die aus ihrer Mitte gewählte Finanz-Commission mit der Vorberathung beauftragt.

Als Commissions-Referent verliest Herr Feustell den Bericht, nach welchem es sich im Wesentlichen um die Verwilligung eines Zuschusses von 400 \mathfrak{R} aus der Stadt-Casse zu der chausseemäßigen Herstellung jenes Weges handelt. In Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate beantragt die Commission, die Verwilligung jener Summe, da, obwohl die Gemeinheit oder Interessenschaft, in deren Bezirke der in Stand zu setzende Weg belegen, zunächst und hauptsächlich zur Uebernahme dieser Wegebaulast verpflichtet sei, doch auch die Stadt bei der Chausfirung des Weges insbesondere zum Zwecke der Benutzung des kleinen Exercierplatzes ein erhebliches Interesse habe, aus ähnlichen Gründen auch von der Landesregierung eine Unterstützung im Betrage von 400 \mathfrak{R} aus Staatsmitteln zugesagt sei. Die Commission hält einen gleich großen Zuschuß aus der Stadt-Casse nach den Bestimmungen des städtischen Wegereglements vom 12. Mai 1830 für billig und gerechtfertigt, wobei sie bemerkt, daß durch Zahlung dieser Summe zugleich die eigne durch den Grundbesitz der Stadt begründete Mitverpflichtung zur Wegeherstellung getilgt sein solle.

Herr Voigt wünscht den Beschluß über diese Angelegenheit vertagt zu sehen, da neue statutarische Bestimmungen über die Instandsetzung und Erhaltung der Wege auf dem hiesigen Stadtgebiete in Aussicht stehen, und giebt eventuell anheim, die demnächstige Behandlung des hier in Frage stehenden Weges den Vorschriften des neuen Wegestatuts ausdrücklich unterzuordnen.

Vom Herrn Oberbürgermeister Caspari wird der Versammlung mitgetheilt, daß Seitens des Stadt-Magistrats eine neue Wegeordnung für hiesige Stadt bereits entworfen sei und alsbald der Versammlung werde vorgelegt werden, daß gleichwohl, wenn erst nach Feststellung der neuen Wegeordnung eine endgiltige Entscheidung über die gegenwärtige Vorlage erfolgen würde, die Instandsetzung des fraglichen Weges im laufenden Jahre vielleicht nicht zur Ausführung kommen möchte, und daß im Uebrigen nach Lage der Sache die Verwilligung der beantragten 400 \mathfrak{M} aus der Stadt-Casse unbedenklich sei, weil sich daraus eine Verbindlichkeit der Stadt zur Unterstützung von Wegebauten und Besserungen für die Zukunft nicht herleiten lasse.

Herr Bissebon glaubt, da bereits ein neues Wegestatut entworfen sei, die von Herrn Voigt gewünschte Vertagung der heutigen Verhandlung empfehlen zu müssen, und bemerkt in dieser Beziehung, daß, wenn der Weg auch erst im Monate Mai in Angriff genommen werde, dessen Vollendung bis Ende d. J. möglich sei. Zugleich könnte in dieser Zwischenzeit noch näher erwogen werden, ob nicht die alte Berechtigung der Gemeinden Bienrode, Waggum und Bevenrode zur Mitbenutzung dieses Weges auch eine Verpflichtung derselben zu Kostenbeiträgen begründe.

Die Versammlung entscheidet sich mit 12 gegen 11 Stimmen dahin: den Beschluß über die vom Stadt-Magistrate beantragte und von der Finanz-Commission befürwortete Verwilligung von 400 \mathfrak{M} bis zur möglichst zu beschleunigenden Feststellung des neuen Wegestatuts auszusetzen.

Nach Schluß der Debatte lenkt Herr Lüdecke die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den Weg vor dem Petriothore, welcher sich nach der Goslarschen Heerstraße hinzieht, die sog. Todtentwete, und wünscht auch diesen Weg bald in Stand gesetzt zu sehen, da derselbe in einem äußerst schlechten Zustande sich befinde und als Leichenweg billige Berücksichtigung verdiene.

II. Nach dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 17. v. Mts. haben das Büreaupersonal des Stadt-Magistrats und der Polizeidiener Brandes für außergewöhnliche Mühwaltungen bei Gelegenheit der stattgehabten Einquartierung von Reichstruppen um eine besondere Remuneration nachgesucht und wird vom Stadt-Magistrate zu diesem Zwecke die Verwilligung von 50 \mathfrak{M} aus der Stadt-Casse beantragt, deren Vertheilung seinem billigen Ermessen überlassen werden möge.

Auch diese Angelegenheit ist der Finanz-Commission zur Vorberathung überwiesen und Herr Feustell stattet Bericht darüber ab. Die Commission schließt sich dem Antrage des Stadt-Magistrats an und empfiehlt der Versammlung dessen Annahme. Sie glaubt sich mit Recht und Billigkeit für eine solche besondere Remuneration aussprechen zu können, da von den betreffenden Personen oft bis in die Nacht hinein und auch an Sonntagen Arbeiten besorgt werden müssen, für welche zumal bei der nicht hohen Besoldung der Bittsteller billiger Weise eine Vergütung nicht zu versagen sei.

Herr Vieweg erklärt sich zwar im Allgemeinen gegen die Verwilligung solcher besonderer Remunerationen, tritt aber in dem vorliegenden Falle dem Antrage nicht entgegen, obwohl er zur Vermeidung solcher Extraordinarien für außerordentliche Arbeiten einer angemessenen Gehalts-Erhöhung den Vorzug geben würde.

Nicht einverstanden mit dieser Ansicht ist Herr Oberbürgermeister Caspari, welcher darauf hinweist, daß die Arbeitsthätigkeit des Büreaupersonals nur in dem

Büreaulocale selbst gehörig controlirt und nur nach der Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit auf dem Bureau der feste Gehalt des Personals richtig bestimmt werden könne. Schon aus diesem Grunde sei für angemessener und vortheilhafter zu erachten, daß in außerordentlichen Fällen eine besondere Vergütung verwilligt, als um dergleichen abzuwenden, der Gehalt erhöht werde. Es ergebe sich auch aus den frühern Rechnungen, daß der Gesamtbetrag solcher außerordentlichen Remunerationen im Ganzen nur unbedeutend gewesen sei.

Die Versammlung schließt sich dem Antrage der Commission einstimmig an.

III. Der in der Sitzung am 14. v. Mts. von Herrn Wieweg gestellte Antrag: »den früher den Juden an der Gemeinde- und Armensteuer gewährten Erlass aufzuheben, dagegen aber auch eine entsprechende Gleichstellung in Ansehung der correspondirenden Rechte eintreten zu lassen«, ist von der Finanz-Commission einer weiteren Prüfung unterzogen, deren Resultat Herr Fabricius der Versammlung vorträgt.

Schon seit einer langen Reihe von Jahren besteht in hiesiger Stadt die jüdische Wohlthätigkeits-Anstalt: »Ez Chajim«, deren segensreiches Wirken nach allen Richtungen hin durch Aufhülfe von Personen, deren Verarmung zu befürchten gewesen, durch Förderung gewerblicher Betriebsamkeit, durch Unterstützung sog. verschämter Armen sich bewährt und eigentliche Armuth von den jüdischen Glaubensgenossen fast ganz fern gehalten hat. Dieser Anstalt ist es wesentlich zu verdanken gewesen, daß Niemand von den jüdischen Gemeindegliedern die allgemeine städtische Armenanstalt in Anspruch zu nehmen nöthig gehabt hat, und mit Rücksicht hierauf und auf die Beiträge, welche die hiesigen Juden in die Cassé der genannten Anstalt regelmäßig zu zahlen haben, ist denselben im Jahre 1837 von den städtischen Behörden ein Erlass an der Armensteuer gewährt, der sich gegenwärtig auf ein Sechstel der Communal- und Armensteuer, insgesammt auf etwa 250 fl beläuft. Die Gleichstellung der Juden mit den Christen bezüglich der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, insbesondere die Vorschrift im §. 153 der revidirten Städte-Ordnung läßt es gleichwohl nothwendig erscheinen, jenen Steuer-Erlaß für die Zukunft aufzuheben.

In dieser Weise erkennt die Commission die Richtigkeit des Princips, welches durch den Wiewegschen Antrag erzielt und gewährt werden soll, an, empfiehlt daneben aber einen Unterantrag der Commissions-Mitglieder, der Herren Helfft und Südel, dahin lautend: »daß zur Erhaltung des Ez Chajim jährlich bis auf Weiteres 150 fl aus der Stadt-Cassé verwilligt und unter der Rubrik: »Zuschuß zu verschiedenen Wohlthätigkeits-Anstalten im Etat aufgeführt werden möge«, zur Berücksichtigung.

Herr Helfft motivirt den Antrag in ausführlichem Vortrage. Zunächst bemerkt derselbe, daß, obwohl er Mitvorsitzer der jüdischen Gemeinde sei, die vorher erwähnte Anstalt nicht unter seiner unmittelbaren Leitung stehe; um so mehr könne er unparteiisch und vorurtheilsfrei über die Sache sich äußern. Ueberhaupt habe er gegen die Besteuerung der Juden mit den übrigen Gemeindegliedern nichts einzuwenden, er sei im Gegentheil damit im Principe einverstanden. Allein die plötzliche Entziehung von 250 fl , welche den steuerpflichtigen Juden bisher nicht etwa geschenkt, sondern von denselben zu Zwecken der jüdischen Gemeinde für den Ez Chajim eingefordert seien, werde das Bestehen der im Allgemeinen als nützlich und wohlthätig anerkannten jüdischen Anstalt gefährden. Es würde nämlich, um diese Anstalt zu erhalten, nothwendig werden, jene Summe von 250 fl von den jüdischen Glaubens-

genossen, welche durch die nicht unbedeutenden Cultuskosten und sonstigen Lasten schon sehr erheblich in Anspruch genommen seien, dennoch auch für die jüdische Gemeinde aufbringen zu lassen. Daraus entstehe aber die nahe liegende Befürchtung, daß bei einer solchen verdoppelten Anspannung der Vermögenskräfte der jüdischen Gemeindegengenossen manche freiwillige Zuwendungen, welche dem Ez Chajim bisher zu Statten gekommen sind, hinwegfallen würden. Sowie es aber im Interesse der hiesigen Zudenschaft begründet sei, so habe auch die hiesige Stadt faum ein geringeres Interesse dabei, daß die Anstalt bestehen bleibe, da deren Wirkungskreis nach wie vor ein ausgedehnter und auch für die gesammte Stadt wohlthätiger sein werde. Ein Zuschuß von 150 fl aus der Stadt-Casse gebe den jüdischen Glaubensgenossen die Genugthuung, daß ihre Wohlthätigkeits-Anstalt bei der ganzen Stadt Anerkennung finde, und dieses Gefühl werde sie leichter die etwas schwerer werdenden Lasten ertragen lassen und sie auch ferner zu andern freiwilligen Unterstützungen ermuntern. Er ersuche daher die Versammlung, dem desfallsigen Antrage eine günstige Aufnahme zu schenken.

Herr Steinmeyer beklagt es, daß die hiesige allgemeine Armenpflege die Vergleichung zu den Resultaten, welche die jüdische Anstalt Ez Chajim geliefert habe, immer noch eine sehr unvollständige und mangelhafte genannt werden müsse, da auf eine Verminderung der Armuth dadurch, daß man der Verarmung vorzubeugen suche, zu wenig hingewirkt werde, und spricht sich unter dem Wunsche, neben der großen städtischen Armenanstalt auch eine Gemeinde-Armenpflege eingeführt zu sehen, für eine Unterstützung der städtischen Anstalt in dem von Herrn Helfft beantragten Maße aus.

Herr Häusler ist zwar damit einverstanden, daß der früher den Juden gewährte Steuer-Erlaß aufhöre; die Unterstützung der jüdischen Anstalt Ez Chajim macht er aber davon abhängig, daß diese Anstalt der hiesigen Stadt von Nutzen sei. Daß Letzteres der Fall, lasse sich nun auch nach dem, was darüber bereits mitgetheilt worden, nicht in Abrede stellen, da die Anstalt bisher eine eigentliche Verarmung jüdischer Glaubensgenossen verhindert habe. Um der Stadt diese Vortheile zu erhalten und zu sichern, sei eine Unterstützung derselben billig und angemessen, insofern die Verpflichtung der jüdischen Gemeinde, für ihre Armen auch ferner aus eignen Mitteln zu sorgen, bestehen bleibe. Ueber dieser Voraussetzung sei es auch billig und angemessen, den ganzen Betrag des zu 250 fl berechneten bisherigen Erlasses zur Unterstützung der Anstalt zu geben. — Der Redner empfiehlt darauf einen diesen Ansichten entsprechend formulirten Antrag statt des aus der Commission hervorgegangenen, zum Beschlusse zu erheben.

Auf Veranlassung giebt Herr Aronheim eine genauere Darstellung des Wesens und Zweckes der Anstalt Ez Chajim und hebt darin besonders hervor, daß man vorzüglich bemüht gewesen ist, dem Umsichgreifen der Armuth zeitig vorzubeugen. Er stimmt mit Herrn Helfft darin überein, daß, wenn der Anstalt nicht auf die vorgeschlagene Weise zu Hilfe gekommen werde, sich das Interesse für dieselbe vermindern werde, wenn fortan die ganze Gemeindesteuer zu erlegen sei und zur Erhaltung der Anstalt die bisherigen Anträge gefordert werden müßten, die Steuerlast zu groß werden würde. So dringen hiernach der Versammlung der Helfftsche Antrag zur Annahme zu empfehlen sei, damit der Stadt ein seinem Zwecke und Umfange nach gemeinnütziges Institut erhalten werde, so wenig könne er sich des Princips wegen für den Häuslerschen Antrag erklären.

Herr Wieweg findet in dem Antrage des Herrn Häusler eine unzulässige Sonderstellung der Juden den Christen gegenüber und hält dagegen bei dem Charakter der Anstalt Ez Chajim, als einer Wohlthätigkeits-Anstalt, die durch den Antrag des Herrn Helfft empfohlene Unterstützung aus der Stadtcasse für billig und wenn ohne solche Beihülfe die Anstalt in ihrem Bestehen nicht gesichert sei, für vollkommen gerechtfertigt. Selbst der Umstand stehe nicht entgegen, daß die Unterstützung nur Juden zu Statten komme, da der Zweck der Anstalt offenbar in den Kreis der Gemeindef Zwecke falle und auch die deutsch-katholische Gemeinde aus der Stadt-Casse eine Beihülfe zur Bestreitung der Kosten ihres Cultus erhalte.

Herr Oberbürgermeister Caspari tritt ebenfalls dem Antrage des Herrn Häusler entgegen, weil ein entsprechendes Abkommen die Sonderung der Christen und Juden nicht mindern und ausgleichen, als vielmehr nach gesetzlich ausgesprochener Gleichstellung in allen bürgerlichen Angelegenheiten, thatsächlich erhalten und befördern werde. Derselbe vergleicht die Anstalt Ez Chajim mit der Unterstützungs-Anstalt für verschämte Arme, und empfiehlt eine Zuschuß-Verwilligung von 150 \mathfrak{R} , zumal dadurch ein guter Zweck gefördert werde, der auf die ganze Stadt seine Rückwirkung äußere. Dürfe man auch nicht glauben, daß die Anstalt ohne diesen Zuschuß zu Grunde gehen werde, so sei es doch in hohem Grade wünschenswerth, daß die städtischen Behörden zur Erreichung anerkannt wohlthätiger Zwecke das Ihrige beitrügen.

Herr Häusler versucht, seinen Antrag damit zu rechtfertigen, daß bei der Armenpflege ein religiöses Moment nicht zu verkennen sei, mithin die Ueberweisung der Armenpflege der jüdischen Glaubensgenossen an die jüdische Gemeinde durchaus statthaft erscheine, gleichwie etwa auch den einzelnen christlichen Kirchen-Gemeinden die Armenpflege überwiesen werden könnte.

Herr Meyer erklärt sich gegen die Verwilligung von 150 \mathfrak{R} , da die jüdische Anstalt Ez Chajim auch ohne diese Unterstützung ganz gewiß Bestand behalten werde, und wünscht eventuell, daß die Verwilligung nur für das laufende Jahr ausgesprochen werde.

Herr Helfft ergreift zum Schluß noch einmal das Wort, dankt Herrn Häusler für die Zubilligung der größern Unterstützung von 250 \mathfrak{R} , giebt jedoch dabei zu erkennen, daß ihm das in seinem Antrage richtiger gewahrte Princip höher stehe, und spricht bei nochmaliger Bitte um Berücksichtigung seines Antrages gegen die Versammlung die Hoffnung aus, daß die Gleichstellung der Juden mit den Christen in allen bürgerlichen Rechten und Pflichten, welche zwar durch das Gesetz begründet, aber noch nicht hinlänglich ausgeführt sei, in jeder Beziehung und in vollem Maße ins Leben treten möge.

Bei der Abstimmung wird der ursprüngliche Wiewegsche Antrag: Aufhebung des bisherigen Steuer-Erlasses, mit großer Stimmenmehrheit angenommen, daneben der Häuslersche Antrag eben so entschieden abgelehnt, als der Helfftsche Antrag durch Einstimmigkeit Anerkennung und Annahme findet.

Anknüpfend an diesen Gegenstand wünscht Herr Graß einen Ausspruch der Versammlung darüber, ob die Prediger, Cantoren und Opherleute fortan zum vollen Betrage der Communal- und Armensteuer zu veranlagten seien und giebt die Vorprüfung dieser Frage durch die Finanz-Commission anheim. Die Herren Häusler und Nieß erklären sich ebenfalls für eine Verweisung an die Finanz-Commission. Dem

Vorschlage tritt Herr Födel entgegen, indem er sich auf die §§. 152 und 153 der revidirten Städteordnung beruft, nach welchen ganz unzweifelhaft Prediger, Cantoren und Dpferleute eine Befreiung von den Gemeindelasten nicht ferner erlangen und erhalten könnten. Herr Föddcke glaubt, daß die bisher den bezeichneten Personen zugestandene Steuerfreiheit nicht ohne Entschädigung aufgehoben werden könne.

Die Versammlung lehnt die beantragte Verweisung an die Finanz-Commission gegen vier Stimmen ab.

Auf eine Frage des Antragstellers erklärt der Vorsitzende, daß hiernach in Ansehung der Prediger, Cantoren und Dpferleute bei Veranlagung der Communal- und Armensteuer lediglich nach den unzweideutigen Bestimmungen der Städteordnung zu verfahren, den Betheiligten aber etwaige Entschädigungs-Ansprüche geltend zu machen, unbenommen sei.

Ein Widerspruch dagegen wurde in der Versammlung nicht erhoben.

IV. Hiernächst stattet Namens der Finanz-Commission über den Etat der Einnahme und Ausgabe der Stadt Braunschweig für das Jahr 1851 Herr Feustell den schriftlich zu den Acten gegebenen Bericht.

1) Die Einnahme Positionen, deren Gesamtbetrag zu 33,919 \mathfrak{f} 13 \mathfrak{H} 11 \mathfrak{Q} und hauptsächlich in Folge der Ermäßigung der Bürgergebühren um 540 \mathfrak{f} geringer als im Jahre 1850 sich herausstellt, werden von der Commission als richtig anerkannt und die Versammlung schließt sich diesem Anerkenntnisse an.

2) Rückfichtlich der Ausgabensätze macht die Commission nachfolgende Bemerkungen und Anträge:
ad cap. IV. f. Besoldungen des Unterpersonals des Stadt-Magistrats.

Der Servicebote Böwing ist zu dem festen jährlichen Gehalte von 120 \mathfrak{f} angesetzt, wogegen die Commission für zweckmäßiger hält, denselben, wie bisher, zu seinem frühern Gehalte von 80 \mathfrak{f} , 40 \mathfrak{f} nur als außerordentliche Zulage zu verwilligen. Herr Fabricius knüpft daran die Bemerkung, daß den Serviceboten wohl noch zu sonstigen Dienstleistungen, welche bisher besonders remunerirt wären, z. B. zu dem Austragen der Steuerzettel, Zeit übrig sein möchte. Herr Oberbürgermeister Caspary entgegnet, daß zwar die Verbindung dieser Geschäfte, bei pünktlicher Besorgung nicht zu allen Zeiten thunlich, daß jedoch nichts dagegen zu erinnern sei, daß bei der Feststellung des ordentlichen Gehaltes auf 120 \mathfrak{f} dem Böwing ausdrücklich zur Bedingung gemacht werde, noch andere entsprechende Dienstleistungen zu übernehmen. Derselbe bemerkt ferner: die zumal unter dieser Bedingung der Stadtcasse unnachtheilige Verwandlung einer außerordentlichen Zulage in festen Gehalt, werde von Böwing besonders deshalb gewünscht, damit er seiner Frau eine entsprechende Wittwenpension sichern könne.

Die Commission empfiehlt hiernach unter der letztgedachten Bedingung, den Gehalt des Böwing auf 120 \mathfrak{f} zu fixiren und die Versammlung erklärt dazu ihre Zustimmung.

ad cap. VI. 2. Cultuskosten.

Der für die deutsch-katholische Gemeinde wie bisher in den Etat ausgenommene Zuschuß von 150 \mathfrak{f} wird nach einer weitern Befürwortung dieses Ansages durch den Herrn Oberbürgermeister Caspary von der Versammlung auch für das laufende Jahr bewilligt.

ad cap. VII. Unterhaltung der städtischen Grundstücke und Reparaturen.

In einem Vorschlage des Stadtbaumeisters Köllsch sind für Vorrichtung eines Fensters in einer Classe des Schulgebäudes im Ostbezirke 20 fl , für Instandsetzung der straßenseitigen Fronte des Schulgebäudes im Westbezirke 150 fl und für Ummwandlung eines Gipsfußbodens in einen Dielenfußboden in einer Schlafkammer des letztgenannten Schulgebäudes 20 fl ausgeworfen. Es wird von der Versammlung beschlossen, diese Ausgabepositionen unter der Voraussetzung genehm zu halten, daß sich die Bau-Commission von der Nothwendigkeit jener Vorrichtungen und Verbesserungen überzeugen werde. Die Commission wird daher beauftragt, die proponirten Verwendungen zu prüfen und dem Stadt-Magistrate ihre desfallsige Erklärung abzugeben auch darüber in der nächsten Sitzung Mittheilung zu machen.

ad cap. X. Städtische Polizei- und andere Anstalten.

Nach einigen Bemerkungen über die Willkühr, mit der bei Verwendungen auf die Feuerlöschgeräthschaften verfahren werde, beschließt die Versammlung den Stadt-Magistrat zu ersuchen, die Herzogl. Polizei-Direction zu veranlassen, daß von erheblichen Ausgaben zum Zwecke der Unterhaltung der Feuerlöschungsgeräthschaften dem Stadt-Magistrate, so weit Zeit und Umstände zulassen, zuvor Nachricht gegeben werde. Herr Overbürgermeister Caspari bemerkt dazu, daß in einer der Versammlung bald vorzulegenden neuen Feuerpolizei-Ordnung auch auf jenen Punkt bezügliche Bestimmungen enthalten seien.

Rückfichtlich der Straßenreinigung, die mehrfachen Angaben nach bisher oft mangelhaft ausgeführt worden, empfiehlt die Versammlung dem Stadt-Magistrate die möglichste contractliche Strenge gegen die Unternehmer in Anwendung zu bringen. Herr Overbürgermeister Caspari theilt mit, daß darauf in neuerer Zeit bereits und, wie es scheine, mit Erfolg Bedacht genommen sei.

ad cap. XII. Bürgerwehr.

In dem Special-Etat des Commandos der Bürgerwehr sind zu den Zwecken derselben 1400 fl angefordert und diese in dem Haupt-Etat auf 1000 fl ermäßigt. Herr Fabricius wird dadurch zu der Frage veranlaßt, ob dem Stadt-Magistrate für diese Ermäßigung besondere Anhaltspunkte vorgelegen haben. Herr Overbürgermeister Caspari erörtert darauf die einzelnen Ansätze und zieht aus dem Ergebnisse die Folgerung, daß mit der ausgeworfenen Summe von 1000 fl nach dem Aufhören der Nachtwachen und dem Hinwegfallen des dafür berechneten Ausgabepostens das wirkliche Bedürfniß reichlich werde gedeckt werden können. Herr Fabricius befreitet diese Behauptung und sucht nachzuweisen, daß die angelegten Ausgaben für anständige Erhaltung der Bürgerwehr nothwendig seien. Für die geschehene Ermäßigung erklären sich die Herren Nieß und Kronheim, der Letztere insbesondere, weil für die derzeitig seltenen Dienstleistungen der Bürgerwehr eine Ausgabesumme von 1000 fl längst genügen werde.

Die Versammlung billigt durch Stimmenmehrheit den im Etat enthaltenen Ansatz von 1000 fl .

ad cap. XIII. Armenpflege.

In dem Voranschlage über die Bauten an öffentlichen Gebäuden sind für die Pflasterung des Schulhofes in der Armenschule an der Leopoldstraße 72 fl ausgeworfen.

Dieser Ausgabeposten wird von der Versammlung unter der Voraussetzung genehmigt, daß die Baucommission von der Nothwendigkeit jener Pflasterung und des angelegten Kostenbetrages sich überzeugen werde, worüber sie unmittelbar dem Stadt-Magistrate und in der nächsten Sitzung auch den Stadtverordneten Mittheilung machen soll.

Die Verwilligung der in den Etat aufgenommenen Summe von 200 fl für die Armen-Speise-Anstalt beantragt die Commission, auf früher gefaßte Beschlüsse Bezug nehmend, davon abhängig zu machen, daß die Unterstützung von dem Vorstande der Anstalt besonders beantragt werde. Auf die von mehreren Seiten erfolgende Hinweisung auf die bewährte Nützlichkeit jener Anstalt und darauf, daß dieselbe, um den an sie zu stellenden Anforderungen zu genügen, zu einer raschen Hilfeleistung sich bereit zu halten habe und in ihrer Wirksamkeit gestört werden würde, wenn sie erst, nachdem das Bedürfnis eingetreten sei, für Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel Sorge tragen müßte, nimmt die Commission ihren Antrag zurück. Die Position wird von der Versammlung genehmigt.

ad cap. XV. Büroaufkosten.

Die Commission hält es für übersichtlicher, die Gehalte der wirklich angestellten Magistratschreiber dem Capitel »Besoldungen« zu überweisen, auch tritt die Versammlung dieser Ansicht bei.

ad cap. XVII. Sonstige nicht vorher zu sehende Ausgabe.

In Uebereinstimmung mit der Commission genehmigt die Versammlung den von 80 auf 100 fl erhöhten Posten für die außerordentlichen Mühewaltungen der Polizeidiener in städtischen Angelegenheiten, jedoch unter der Bedingung, daß die Thätigkeit derselben für die Stadt nicht etwa bloß auf das Austragen der Steueraussschreiben beschränkt, sondern auch zu andern außergewöhnlichen Hilfeleistungen zugänglich gehalten werde.

ad cap. XVIII. Städtische Wege.

Dem Antrage der Commission, in Rücksicht auf den bedeutenden Kostenbetrag der Instandhaltung der Lichtenberger und Goßlarschen Straße, beziehungsweise zu 300 fl und 280 fl außer dem Wärterlohne, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, den Stadtbaumeister Köllisch zu einer strengen Beaufsichtigung und Controle zu veranlassen, schließt sich die Versammlung an.

Die vorstehend nicht erwähnten Ausgabeposten geben zu Verhandlungen keine Veranlassung.

Die gesammte Ausgabe beträgt 73,819 fl 13 gg 10 u , so daß 39,900 fl , und zwar 400 fl mehr als für das Jahr 1850, durch Gemeindesteuer aufgebracht werden müssen. Die Versammlung erkennt in Uebereinstimmung mit der Commission, die Nothwendigkeit der Aufbringung dieser Summe durch Ausschreibung einer Gemeindesteuer an und beschließt daß diese bei Zugrundlegung der zuletzt festgestellten Classifications-Tabelle erfolgen soll.

Nach damit erledigter Tagesordnung schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 20. März 1851.

Nachdem die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet worden, macht Herr Lissebon zunächst auf einen Irrthum aufmerksam, welcher in der Veröffentlichung der Verhandlungen vom 6. d. Mts. untergelaufen sei. Er habe nämlich bei der Verhandlung unter I., die Instandsetzung des Weges um den Exercierplatz betreffend, nicht geäußert, daß die Berechtigung der Gemeinden Bienrode, Waggum und Bevenrode zur Mitbenutzung jenes Weges eine Verpflichtung derselben zu Kostenbeiträgen begründen könnte, sondern nur darauf hingedeutet, daß der Weg gerade wegen der Mitbenutzung Seitens der genannten Gemeinden vielleicht eine größere Bedeutung erhalten, deshalb in eine höhere Classe zu setzen und danach die Verpflichtung zur Instandsetzung und Erhaltung des Weges anderweit festzustellen sein möchte.

Dieser vorgängigen Erläuterung folgt die Tagesordnung:

I. Ein an den Stadt-Magistrat gerichtetes Gesuch des Weinhändlers Wolters, an seiner Stelle den Brauerei-Besitzer Thies als Pächter des unter dem sogenannten alten Zeughauses auf dem Brüderne-Zeughofe befindlichen Kellers für die noch laufende Pachtzeit anzunehmen, und ein von dem Herzogl. Haupt-Zoll-Amte geäußelter Wunsch, in den Wolters'schen Pachtcontract einzutreten, um in dem Keller Spiritus zu lagern, hat den Stadt-Magistrat zu der zur Berathung stehenden Mittheilung veranlaßt. Schon früher ist öfter und von mehren Seiten auf die Gefahren hingewiesen, welche bei einem in der Nähe ausgebrochenen Feuer daraus zu fürchten sind, daß in der von dem Herzogl. Haupt-Zoll-Amte benutzten Zeughaus-Niederlage große Quantitäten von Spiritus aufbewahrt werden, und ist bisher von dem Stadt-Magistrate vergeblich versucht, eine Beseitigung der Gefahren durch Aufgebung der obern Zeughaus-Räume als Lagerorts für Spiritus bei Herzogl. Haupt-Zoll-Amte und bei Herzogl. Staats-Ministerium zu erreichen. Es ist eingewendet worden, daß es an passenden Localitäten zur Lagerung von Spiritus fehle, und, um nun dem Bedürfnisse in etwas entgegenzukommen, giebt der Stadt-Magistrat anheim, dem Herzogl. Haupt-Zoll-Amte den fraglichen Keller miethweise zu überlassen, jedoch un-

ter der ausdrücklichen Bedingung, daß die obern Räume des alten Zeughauses vollständig geräumt und nie wieder zur Lagerung von Spiritus benutzt werden.

Der Herr Vorsitzende leitet die Verhandlung durch Darstellung der Lage der Sache ein und stellt insbesondere zur Erwägung, inwieweit die Feuergefährlichkeit, welche aus dem Vorhandensein eines großen Spirituslagers in dem Keller des Zeughauses inmitten der Stadt hervorgehe, oder die Befürchtung, daß durch etwaige Verlegung des Spirituslagers außerhalb der Stadt dem Handelsverkehre geschadet werden könnte, von größerem Gewicht und als für den zu fassenden Beschluß maßgebend anzunehmen sei.

Von Herrn Wie weg wird hervorgehoben, daß der Raum der bisher benutzten Niederlage bedeutend größer sei, als der darunter befindliche Kellerraum, und daß deshalb das Herzogl. Haupt-Zoll-Amt, wie solches schon dessen Schreiben vermuthen lasse, allein mit dem Keller sich nicht werde begnügen können. Im höchsten Grade bedeutend sei aber die Gefahr, wenn die Niederlage ferner als Lagerort für Spiritus benutzt werde, zumal letztere mit dem Boden etwa drei Fuß höher als die angrenzenden Straßen liege und der Spiritus bei entstandenem Brande nach allen Seiten abfließen würde. Das sei ein hinreichender Grund für die städtischen Behörden, die Benutzung der Niederlage und auch des Kellers, in welchem nur mit Licht würde gearbeitet werden können, zur Aufbewahrung von Spiritus durchaus zu verhindern. Um eine passende Räumlichkeit werde das Herzogl. Haupt-Zoll-Amt kaum in Verlegenheit sein, da demselben der frühere Wolters'sche, jetzt den Unternehmern der Actien-Rübenzucker-Fabrik zugehörige Keller am Hohenthore, der für eine Unterbringung von 1500 Gebinden Spiritus geeignet gehalten werde, gegen ein sehr mäßiges Miethgelt zur Disposition gestellt sein solle. Die Lage dieses Kellers sei für den Handelsverkehr sehr günstig, da der Eisenbahnhof nicht weit von demselben entfernt sei und die Passage zwischen beiden Punkten durch gute Wege sehr erleichtert werde. Er müsse sich danach gegen die Ueberlassung des Zeughaus-Kellers an Herzogl. Haupt-Zoll-Amt erklären.

Herr Aronheim theilt mit, daß Herzogl. Haupt-Zoll-Amt schon früher auf den Keller vor dem Hohenthore reflectirt habe, und glaubt in Aussicht stellen zu dürfen, daß die Unternehmer der Actien-Rübenzucker-Fabrik geneigt sein werden, demselben den Keller zu einem nicht zu hohen Miethpreise zu überlassen.

Herr Wankelius: Vollständig ausreichend für den Bedarf des Herzogl. Haupt-Zoll-Amtes werde auch der früher Wolters'sche Keller vor dem Hohenthore nicht sein, und es werde nicht verhindert werden können, daß noch andere Keller in hiesiger Stadt zur Aufbewahrung von Spiritus gebraucht würden. Sollte überhaupt der Handelsverkehr mit Spiritus in hiesiger Stadt nicht gestört, sondern gefördert werden, so müßte nothwendig auch die Benutzung geeigneter Räumlichkeiten zur Lagerung von Spiritus gestattet werden. Am angemessensten halte er in dieser Beziehung die von der Kaufmannschaft gewünschte Anlegung eines Kellers unter dem auf dem Bahnhofe zu erbauenden Güterschuppen, wogegen auch nicht einzuwenden sei, daß mit der Aufbewahrung von Spiritus in letztgedachtem Kellerraume zu große Gefahr verbunden sei, da es ja nicht selten vorkomme, daß in andern Gebäude-Räumlichkeiten auf dem Bahnhofe Spiritus in größeren Quantitäten lagere.

Herr Aronheim macht gegen Lagerung von Spiritus im Innern der Stadt bemerkl., daß den städtischen Behörden überall da, wo aus einer größern Anhäu-

fung von leicht brennbaren Stoffen der Stadt Gefahr drohe, nicht bloß das Recht zustehe, sondern auch die Pflicht obliege, die Lagerung solcher Stoffe, und so auch von Spiritus nur an einem sichern Orte zu dulden, gleichwie sie etwa gegen die Anlegung eines Pulvermagazins in der Stadt Einspruch zu erheben berechtigt und verpflichtet sein würden.

Herr Bieweg hält dafür, daß eine Anhäufung von leicht Feuer fangenden Substanzen an den größern Handelsplätzen nicht wohl zu vermeiden sei, kommt dann aber auf die hier in Frage stehende Localität zurück und giebt, obwohl er im Uebrigen die Mitbenutzung von Privatkellern nicht für unzulässig erachtet, anheim, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, die möglichen Schritte zu thun, um die Anlegung einer Spiritus-Niederlage außerhalb der Stadt zu fördern.

Die Versammlung gelangt, nach weiterer Erörterung der aufgestellten Gesichtspunkte, zu folgenden Beschlüssen:

- 1) die Ueberlassung des Kellers unter dem alten Zeughause an das Herzogl. Haupt-Zoll-Amt behuf Lagerung von Spiritus — wird durch Stimmeneinhelligkeit abgelehnt;
- 2) der Eintritt des Brauerei-Besizers Thies in den Pachtcontract des Weinhändlers Wolters ohne Aenderung der Pachtbedingungen — wird gegen drei verneinende Stimmen angenommen;
- 3) der Antrag des Herrn Bieweg:
»den Stadt-Magistrat zu ersuchen, seine Bemühungen fortzusetzen, um bei Herzogl. Landes-Regierung die Anlegung einer Niederlage zur Aufbewahrung des Spiritus außerhalb der Stadt zu ermöglichen« —

findet einstimmige Annahme.

II. Die Neupflasterung des Brüdern-Zeughofes ist schon lange von mehreren Seiten gewünscht; von der Versammlung der Stadtverordneten ist zunächst die Vorlage eines Kosten-Anschlages für nothwendig gehalten. Nach dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 8. d. Mts. ist der entworfene Plan und Kostenanschlag von der städtischen Bau-Commission geprüft und dadurch die Angelegenheit zur definitiven Entscheidung der Versammlung vorbereitet. Der Herr Vorsitzende macht darüber Vortrag und empfiehlt die Annahme der von dem Stadt-Magistrate gestellten und von der Bau-Commission gebilligten Vorschläge, welche dahin gehen, daß

- 1) der Neupflasterungs-Plan mit der Anschlags-Summe von 1846 fl 20 gg 9 q genehmigt, jedoch
- 2) die Neupflasterung selbst bei dem Bestehen erheblich nothwendigerer Pflasterungs-Arbeiten für jetzt hinausgeschoben, und
- 3) der Brüdern-Zeughof rücksichtlich der Neupflasterung den übrigen öffentlichen Straßen und Plätzen gleichgestellt werde.

Ohne weitere Debatte fällt der Beschluß der Versammlung in allen drei Punkten zustimmend aus.

III. Nach einem frühern Beschlusse der Stadtverordneten ist zur Erwägung gestellt, ob es nicht angemessen sei, den Platz, auf welchem das frühere Sacksharn-Gebäude gestanden, dem Publicum zu einem öffentlichen Durchgange von der Neuenstraße nach der Kannengießerstraße zu eröffnen, da das bei einem versuchten Verkaufe abgegebene Kaufgebot von 115 fl jedenfalls zu niedrig ausgefallen sei, als daß der Platz dafür veräußert werden dürfte. Das von dem Herrn Vorsitzenden der

Versammlung mitgetheilte und weiter erörterte Schreiben des Stadt-Magistrats vom 8. d. Mts. weist auf eine Vorstellung der Anlieger gegen die Eröffnung jenes Weges zu einer allgemeinen Verbindungsstraße hin, erklärt freilich diese Vorstellung für unbegründet, giebt aber aus verschiedenen andern Gründen und besonders wegen der aufzuwendenden nicht unbedeutenden Kosten anheim, vorläufig den Platz zu einem öffentlichen Durchgange nicht zu eröffnen, gleichwohl die Vorstellung der Anlieger schon jetzt entschieden zurückzuweisen.

Die städtische Bau-Commission hat sich bereits bei frühern Verhandlungen mit den Ansichten des Stadt-Magistrats einverstanden erklärt und sieht sich auch die Versammlung ohne wesentliche Debatte zu dem Beschlusse veranlaßt: »den fraglichen Platz zu einem öffentlichen Durchgange vorläufig nicht umzuschaffen, sondern in seiner jetzigen Beschaffenheit beizubehalten und den Anwohnern durch den Stadt-Magistrat eröffnen zu lassen: daß ihrer Einsprache ungeachtet es von dem Ermessen der städtischen Behörden abhängig bleibe, den der Stadt eigenthümlich zugehörigen Raum zu einem öffentlichen Durchgange zu eröffnen.«

IV. Als Referent der Finanz-Commission erstattet Herr Feustell Bericht über den Inhalt eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 21. v. Mts., durch welches für die nothwendigen Vorarbeiten behuf der Anlage einer neuen Röhren-Wasserleitung durch die ganze Stadt namentlich für die genauere Nivellirung der Stadt, für die Anfertigung eines dazu erforderlichen größern Plans, für eine allgemeine Kostenberechnung und dergl. der Eröffnung eines Credits auf die Stadt-Casse bis zum Betrage von 500 fl gefordert wird. Da die in Aussicht gestellte Anlage längst als ein Bedürfniß anerkannt worden, so erklären sich nicht bloß die Finanz-Commission, sondern auch andere Mitglieder der Versammlung unter Hinweisung auf die Nothwendigkeit der angedeuteten Vorarbeiten für die Stattgebung jener Credit-Anforderung. Die Versammlung beschließt demgemäß auch:

»dem Stadt-Magistrate einen Credit auf die Stadt-Casse bis zu 500 fl zu dem beregten Zwecke zu eröffnen.«

V. Für die Verhandlung über die vorliegenden Gesuche mehrerer Personen um Verleihung des hiesigen Wohnortsrecht wird auf den Antrag des Herrn Graß zu einer nicht öffentlichen Sitzung übergegangen, nachdem der Schluß der öffentlichen Sitzung Seitens des Herrn Vorsitzenden erklärt ist.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 28. März 1851.

Der Beginn der Sitzung verzögert sich wegen zu spätem Erscheinens mehrer Mitglieder um fast eine Stunde und nimmt der Herr Vorsitzende Oesterreich daraus Veranlassung, die Anwesenden nochmals zu einem pünktlichen Erscheinen aufzufordern, daneben die Frage zu stellen, ob vielleicht ein anderer Tag als regelmäßiger Sitzungstag gewünscht werde. Einzelne desfallsige Vorschläge aus der Versammlung führen jedoch nicht zu einer allgemeinen Verständigung; vor dem Schlusse der heutigen Sitzung erklärt der Herr Vorsitzende daß er diesernach wie bisher die Sitzungen regelmäßig auf den Donnerstag ansetzen werde. Ein während jener Verhandlungen erhobener Vorschlag des Herrn Vieweg auf das nicht genügend entschuldigte verspätete Erscheinen zu den Sitzungen eine Geldstrafe, etwa von 8 *M.*, zu setzen, bleibt nach einigen Erörterungen darüber für jetzt beruhen.

Unter Hinweisung auf die betreffenden Beschlüsse über den Stadthaushalts-Etat für das Jahr 1851 in der Sitzung am 6. d. Mts. theilt der Herr Vorsitzende aus einem Protocolle der städtischen Bau-Commission mit, wie Letztere von der Nothwendigkeit der Ausgabenkosten ad cap. VII. von 20 *zß* rücksichtlich der Fensteranlage und von 20 *zß* zur Legung eines Dielenfußbodens in dem Gebäude der Bürgerschule des östlichen Bezirks sich überzeugt, dagegen die Ausgabenposten ad cap. VII. von 150 *zß* für Instand-

setzung der straßenseitigen Fronte des Schulgebäudes im Westbezirke und ad cap. XIII. von 72 \mathfrak{R} für Pflasterung des Schulhofes zur Zeit nicht für dringend nothwendig erklärt habe.

Die Sache findet durch den frühern Beschluß ihre Erledigung, indem die erstern beiden Ausgabeposten für genehmigt, die letztern beiden nicht für genehmigt gelten.

Die Tagesordnung betrifft:

I. Die Unterstützung des Bürger-Vereins durch Darlehn aus der Herzoglichen Leihhaus-Casse auf den Credit und somit unter der Bürgschaft der Stadt zur Beförderung des Nahrungs-Betriebes der kleinern Handel- und Gewerbetreibenden.

Herr Feustell, als Referent der Finanz-Commission, bringt die Sache zum Vortrage:

Von dem durch das Gesetz vom 4. Mai 1848 \mathfrak{N} 21 eingeführten Darlehns-Bankscheinen sind unter Garantie der Stadt dem hiesigen Bürger-Vereine für die Bürger-Hülfs-Casse 4000 \mathfrak{R} zur Aufhülfe kleinerer Gewerbetreibenden gegen einen auf 6 \mathfrak{A} für den Thaler ermäßigten Zinsfuß mit der nähern Bestimmung, daß der Herzoglichen Leihhaus-Anstalt nur die Hälfte dieses Zinsbetrages zugehen, die andere Hälfte aber der Vereins-Casse zufließen soll, wogegen etwaige Verluste im gleichen Verhältnisse von den Theilnehmern am Zinsenaufkommen zu tragen sind, überantwortet. Bei dem Vorstehen des gesetzlichen Termins, an welchem die Zurückziehung der Darlehns-Bankscheine geknüpft worden, ist durch anderweite Bestimmung des Herzoglichen Staats-Ministerii der hiesigen Stadt auf deren eigenen Credit unter den gewöhnlichen Leihhaus-Bedingungen die Belassung der vorgeliehenen 4000 \mathfrak{R} , auf welche bisher Zurückzahlungen nicht geleistet und Zinsen nicht entrichtet sind, zu dem frühern Zwecke zugestanden. Der Bürger-Verein wünscht dagegen neben Erhöhung dieser Summe auf den Betrag von 10000 \mathfrak{R} , die dem Leihhause zu zahlenden Zinsen, welche der Verein übernehmen will, ermäßigt zu sehen, er bietet sich auch zur Bürgschaftsleistung mit dem eignen etwa 4000 \mathfrak{R} betragenden Vermögen der Bürger-Hülfs-Casse, und bittet wegen der Vergangenheit um Erlaß des dem Herzoglichen Leihhause zu entrichtenden Zinsen mit dem Bemerken, daß Verluste an dem vorgeliehenen Capitale nicht eintreten werden. In seinem an die Stadtverordneten gerichteten Schreiben vom 4. v. Mts. zeigt sich der Stadt-Magistrat

geneigt, unter Annahme der offerirten Bürgschaft den Wünschen und Bitten des Bürger-Vereins insoweit bei dem Herzoglichen Staats-Ministerio förderlich zu sein, daß das ursprüngliche Capital der 4000 \mathfrak{R} auf 6000 \mathfrak{R} erhöht werde, und giebt den Stadverordneten anheim das Einverständniß damit zu erklären, daß unter den näher angeführten Bedingungen ein Capital von 6000 \mathfrak{R} auf den Credit der Stadt bei Herzoglicher Leihhaus-Casse angeliehen und zu den Zwecken der Bürger-Hülfskasse dem Bürgervereine übergeben werde.

Die Commission ist im Allgemeinen einverstanden mit den Vorschlägen des Stadt-Magistrats und empfiehlt dieselben der Versammlung zur Annahme.

Herr Häusler macht dagegen geltend, daß der Bürgerverein, da derselbe Corporationsrechte nicht besitze, und daher nur dessen einzelne Mitglieder die vorausgesetzten Verpflichtungen übernehmen könnten, rechtlich nicht hinlänglich bürgschaftsfähig sei.

Die Herren Feustell und Lüdecke halten zwar das Vermögen der Bürger-Hülfskasse durch die frühern Beschlüsse des Bürger-Vereins genügend sicher gestellt und geeignet, der Stadt als Garantie für die Creditgebung zu dienen, glauben auch, daß der Bürgerverein zu Allem, was die Sicherstellung des Capitals erfordere sich bereit erklären werde. Dagegen treten die Herren Bieweg und Aronheim, obwohl mit der vom Magistrate vorgeschlagenen Maafregel an sich durchaus einverstanden, in weiterer Ausführung der Ansicht des Herrn Häusler bei, indem sie zugleich bemerken, daß die daran sich knüpfenden Bedenken zu heben sein würden, wenn wenigstens die Bürger-Hülfskasse Corporationsrechte erlange.

Auf eine desfallige Anfrage des Herrn Vorstehenden erklärt Herr Oberbürgermeister Caspari, daß auch der Stadt-Magistrat bei seinen Vorschlägen vorausgesetzt habe, daß die Bürger-Hülfskasse Corporationsrechte erwerben werde, da dies zu befriedigender Ordnung der in Rede stehenden Angelegenheit nothwendig sei. Es hätten darüber früher schon Verhandlungen stattgefunden, welche nur deshalb Seitens des Bürgervereins beruhen gelassen seien, weil derselbe gefürchtet, dadurch in der Administration der Bürger-Hülfskasse zu sehr beschränkt zu werden, eine Befürchtung, die nicht zutreffe, da dem Stadt-Magistrate nur die nothwendige Oberaufsicht zustehen werde.

Die Versammlung beschließt nach einigen weiteren Erörterungen in

Uebereinstimmung mit dem Commissionsantrage und zugleich dem Bedenken des Herrn Häusler:

sich damit einverstanden zu erklären, daß ein Darlehn aus Herzoglicher Leihhaus=Casse zum Betrage von 6000 zf zu Gunsten der Bürger=Hülfscaffe gegen deren Bürgschafts=Leistung auf den Credit der Stadt entnommen werde, unter der Voraussetzung, daß die Bürger=Hülfscaffe Corporationsrechte erlangt haben werde, dem Stadt=Magistrate aber die Feststellung der Bedingungen des Geschäfts und die Ordnung der Bürger=Hülfsleistung zu überlassen.

Auch giebt die Versammlung dazu ihre Zustimmung, daß auf jene 6000 zf , die schon früher der Bürger=Hülfscaffe überwiesenen 4000 zf in Anrechnung gebracht werden.

II. Als zweiter Gegenstand steht auf der Tagesordnung die Berathung eines Einquartierungs=Reglements.

Der Herr Vorsitzende Desterreich, als Referent in der Sache, theilt der Versammlung mit, daß die Statuten=Commission unter Zugrundlegung des in der Sitzung am 14. v. Mts. gefassten Beschlusses, in der Berathung des dem Stadt=Magistrate vorgelegten Entwurfs vorgegangen sei und die Resultate ihrer Berathungen dem Herrn Oberbürgermeister Caspari als Deputirten des Stadt=Magistrats vorgelegt habe. Da nun von dieser Seite das Einverständniß mit den Commissionsbeschlüssen erklärt sei, so scheine es angemessen, der gegenwärtigen Berathung den abgeänderten Entwurf zu Grunde zu legen.

Nach erfolgter Bewilligung dieses Vorschlags verliest Herr Desterreich die einzelnen Paragraphen des Reglements und giebt dazu die nöthigen Erläuterungen. Es knüpfen sich daran folgende Verhandlungen.

Zu §. 4., welcher von der Vergütung der Naturaleinquartierung, welche über das Maaß der Beitragspflicht übernommen werden mußte und von der zu diesem Zwecke erforderlichen Abrechnung handelt, schlägt Herr Fabrius vor, daß zur Vermeidung weitläufiger Abrechnungen zweckmäßiger sein würde, die Beiträge zu den Einquartierungskosten auch von denen, die Einquartierung gehabt haben, voll einzuheben und die Vergütung für die letztere voll zu bezahlen, die vorkommenden Zahlungen voll entgegen zu nehmen und voll zu leisten,

wogegen Herr Oesterreich remonstrirt, daß mit den Quartierpflichtigen, welche Beiträge zu zahlen und Vergütungen zu empfangen haben, nicht wohl bequemer und einfacher ein Abkommen zu treffen sein werde, als durch Vergleichung der gegenseitigen Forderungen.

Die Herren Aronheim und Häusler stimmen im besondern Interesse derjenigen, welche ihrer Verpflichtung durch Naturalleistungen genügt haben, dieser Ansicht bei und Herr Fabricius steht von weiterer Verfolgung seines Vorschlags ab.

Zu §. 5, die Forderung aus den Quartierzetteln und die Verjährungsfrist für solche Forderungen betreffend, befürwortet Herr Röpcke statt der im Entwurfe enthaltenen Bestimmung, daß wenn die Quartierzettel bei der Abrechnung nicht vorgelegt worden, die Vergütung nur auf erfolgte Nachweisung, daß dieselben abhanden gekommen seien, werde gezahlt werden, die Aufnahme der Vorschrift, daß in dem vorausgesetzten Falle die Zahlung erst nach Ablauf von drei Monaten, insofern sich nicht inzwischen ein Anderer als rechtmäßiger Inhaber legitimirt habe, verlangt werden könne, da nach einer andern Bestimmung des Entwurfs Ansprüche aus einem Quartierzettel gegen die Einquartierungsbehörde nicht weiter verfolgt werden können.

Der Vorschlag findet gegen Herrn Häusler, welcher der Entwurfsbestimmung den Vorzug giebt und gegen Herrn Graß, der die Berücksichtigung der Forderung an die Vorzeigung des Quartierzettels unbedingt gebunden wissen will, in der Versammlung Unterstützung und Annahme.

Auf Antrag des Herrn Graß wird aber von der Versammlung ferner beschlossen:

„den Stadt-Magistrat zu ersuchen, auf den Quartierzetteln bemerken zu lassen, daß nur gegen Rückgabe derselben Vergütung erfolgen werde.“

Der §. 8 fordert in Beziehung auf die Verzeichnisse der quartierpflichtigen Gebäude und der Besitzer bei erfolgtem Wechsel der letztern die Nachtragung der Namen.

Nach einem von der Versammlung angenommenen Vorschlage des Herrn Häusler wird daneben bestimmt, daß der eintretende Besitzer bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe bis zu 2 \mathfrak{f} bei der Quartierbehörde davon Anzeige zu machen habe.

Den nach §. 9 von der Cinquartierung befreiten Gebäuden fordert Herr Jüdel auch die im Meßreviere belegenen Meßhäuser auf die Dauer der Meßzeit gleichzustellen und rechtfertigt diesen Antrag durch Hinweisung auf die Wichtigkeit der Messen für die hiesige Stadt.

Die Herren Oberbürgermeister Caspari und Aronheim erkennen an, daß die Meßhäuser während der Meßzeit möglichste Berücksichtigung verdienen, halten jedoch für bedenklich und dem übrigen Inhalte des §. 9 nicht entsprechend, die beantragte Ausnahme in das Reglement aufzunehmen.

Die Herren Fabricius und Röpkke erklären sich für den Antrag nicht aus Schonung für die Hausbesitzer, sondern zum Schutze der Meßfremden und des Meßverkehrs. Bei weiterer Erörterung wird noch darauf hingewiesen, daß eine entsprechende Bestimmung zu vielen Zweifeln und Reclamationen die Veranlassung geben und das öffentliche Interesse bei dem Magistrate als der Cinquartierungsbehörde genügende Berücksichtigung finden werde, den Hausbesitzern aber überlassen werden dürfe, ob sie eintretenden Falls von der Befugniß zur Ausquartierung Gebrauch machen wollen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Herrn Jüdel gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Zu §. 14, die Abschätzung der Gebäude betreffend, empfiehlt Herr Häusler die Zusatz-Bestimmung, daß die Hausbewohner verpflichtet seien, den Schätzungs-Commissionen die Hausräume zum Zwecke der Schätzung zu öffnen, mit welcher die Versammlung einverstanden ist.

Mit den vorstehenden Modificationen und Zusätzen wird der ganze Reglements-Entwurf von der Versammlung durch Mehrheits-Beschluß angenommen.

Gegen die dem Entwurfe beigefügte Instruction zur Abschätzung der Gebäude, behuf Bestimmung des höchsten Maaßes und der Art der einzulegenden Cinquartierung, werden einige Ausstellungen gemacht, welche sich insbesondere darauf beziehen, daß die Schätzungs-Commissionen angewiesen zu sein scheinen, auf die sonstigen Bewohner eines Hauses außer dem Hausbesitzer, bei der Abschätzung keine Rücksicht zu nehmen. Der desfallige Passus in der Instruction erfährt eine verschiedenartige Auffassung und es wird das Bedürfniß einer bestimmteren Formulirung der Vorschrift anerkannt. Dabei ist die Versammlung darüber im Allgemeinen einverstanden, daß die von Miethsleuten bewohnten Gebäuderäumlichkeiten bei der Abschätzung nicht als leer-

stehende Räume betrachtet werden dürfen und daß die Schätzungs-Commissionen bei ihren Schätzungen von der Voraussetzung auszugehen haben, daß dem Hausherrn das Recht zustehe über die Hausräume zu verfügen.

Herr Desterreich als Referent erläutert, daß auch die Commission die Abschätzung übereinstimmend mit diesen durch das Statut festgestellten Grundsätzen geregelt wissen wolle; es sei nur schwierig, ganz unzweideutige Bestimmungen darüber zu treffen, vielmehr werde selbst bei der sorgsamsten Fassung der Instruction Vieles der verständigen Erwägung der Schätzungs-Commissionen überlassen bleiben müssen; gleichwohl gebe er anheim, die Instruction an die Commission zurückzuweisen, um nach Maßgabe der heutigen Verhandlungen die wünschenswerthen Aenderungen vorzunehmen.

Dieser Vorschlag erhält die Zustimmung der Versammlung.

Schluß der Sitzung.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 10. April 1851.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet, und beginnt mit der Verhandlung über das

»Statut, die Verwaltung der Weichbilds-Gemeinden und Feldmarks-Interessenschaften in der Stadt Braunschweig betreffend,«
welches, im Entwurfe vom Stadt-Magistrate vorgelegt, in der Statuten-Commission einer Vorprüfung unterworfen worden ist.

Die Einleitung zu dem Statute wird genehmigt und ein Antrag der Commission auf Aenderung der Reihenfolge der Paragraphen einer Schlußberatung vorbehalten, da solcher im Wesentlichen nur für die Redaction wichtig und einer Berathung der einzelnen Paragraphen des Entwurfs in deren jetzigen Folge nicht hinderlich ist.

§. 1. Die Commission will als die Gränze der städtischen Feldmark die Landwehrgräben genannt wissen; Herr Overbürgermeister Caspari macht dagegen bemerkt, daß eine solche Bezeichnung nicht überall zutreffend und genau genug sei, weil hie und da in Folge von Austauschungen auch jenseits der Landwehrgräben Länderei belegen, welche zur städtischen Feldmark gehöre, und glaubt, daß die Gränze der letztern, wie im Entwurfe geschehen, am einfachsten und am richtigsten durch die Feldmarken der benachbarten Ortschaften sich bestimmen lasse; die Versammlung genehmigt die Fassung des Entwurfs.

§. 4. Statt des zweimal vorkommenden Ausdrucks: »Feldmarks-Interessenschaften« wird von der Commission die Bezeichnung »Feldmarken« für das Gebiet der einzelnen städtischen Gemeinden vorgeschlagen und von der Versammlung genehmigt.

§. 6. Ein Antrag des Herrn Lissebon, den Bestand einer Gemeinde-Deputation auf sechs Deputirte und einen Rechnungsführer als stimmberechtigtes Mitglied, statt allgemein auf sieben Mitglieder festzustellen, um in der Person des Rechnungsführers einen gehörig qualificirten und der Mehrzahl der Gemeindegossen sicherer

zusagenden Mann zu gewinnen, wird, nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari in dieser Beziehung auf den §. 9 verwiesen hatte, von der Versammlung abgelehnt.

§. 7. Durch die Herren Feustell und Bieweg wird in Frage gestellt, ob zur Wahl der Deputirten die Anwesenheit von $\frac{2}{3}$ aller Stimmberechtigten erforderlich und das unentschuldbare Ausbleiben mit Strafe zu bedrohen sein werde?

Mit den Herren Graß und Lissebon erklären sich auch die Herren Oberbürgermeister Caspari und Häusler, als Commissions-Referent, für den Entwurf, in welchem das Erforderniß der Anwesenheit von $\frac{2}{3}$ aller Stimmberechtigten zur Vornahme einer Deputirten-Wahl und eine Strafandrohung aufgestellt ist. Jenes Erforderniß gründe sich auf eine desfallsige gemeinrechtliche Bestimmung, welche hier um so mehr Anwendung finde, als die Geschäftsführung der Gemeinden auch privatrechtliche Angelegenheiten berühre; die politische Seite des Gemeindeverhältnisses rechtfertige die Anwendung von Zwang und Strafe; übrigens werde Beides geeignet sein, unter den Gemeindeangehörigen eine größere Theilnahme an den Gemeinde-Angelegenheiten zu erwecken.

Herr Kronheim spricht gegen den Entwurf, indem er namentlich die allgemein rechtliche Bestimmung nur da als maßgebend betrachtet, wo es an einer anderweiten statutarischen Vorschrift fehle, und auch in dem politischen Charakter der Gemeinden die Nothwendigkeit einer Strafandrohung nicht anerkennt. Sofern nur die Vorladung zu einer Wahl auf die vorgeschriebene Weise erfolgt sei, dürfe es ohne Weiteres jedem Gemeindegossen überlassen bleiben, ob er sich bei der Wahl betheiligen wolle oder nicht; falle die Wahl nicht allgemein nach Wunsch aus, so sei das Schuld derjenigen, welche solche vernachlässigt haben; etwaige nachtheilige Folgen der getroffenen Wahl werden den wirklichen Antrieb abgeben, ein größeres Interesse den Gemeinde-Angelegenheiten zu schenken.

Dieser Ansicht treten Herr Bieweg, welcher darauf hinweist, daß nicht einmal bei der Wahl der Vertreter der Stadt ein so gebundenes Verfahren beobachtet werde, Herr Räche, indem er darauf aufmerksam macht, daß die Anwesenheit von $\frac{2}{3}$ aller Stimmberechtigten schwer zu erreichen und die Einziehung der Strafe nicht so streng durchzuführen sein werde, und Herr Fudel bei.

Ein Vorschlag des Herrn Graß, die Zahl der Wählenden auf $\frac{1}{3}$ zu beschränken, alsdann aber die Strafe beizubehalten, findet dadurch seine Erledigung, daß bei der Abstimmung die Aufhebung des Erfordernisses der Anwesenheit von $\frac{2}{3}$ oder einer sonstigen bestimmten Zahl der Stimmberechtigten behuf Vornahme einer Wahl von Deputirten und die Streichung des zweiten Absatzes des §. 7 durch Stimmenmehrheit beschlossen wird.

§. 9. Auf Veranlassung eines Antrages der Commission wird die Remuneration des Rechnungsführers außer der Miethsentschädigung auf 2 % der »stattfindenden laufenden Einnahme« beschränkt.

In Bezug auf den 2ten Absatz wünscht Herr Räche die Stellung einer Caution nicht von der Anforderung der Deputation abhängig gemacht zu sehen, sondern hält den Rechnungsführer überall zu einer Cautionleistung verpflichtet und trägt deshalb auf Streichung der Worte »auf Anfordern der Deputation« an; die Versammlung erklärt sich durch Mehrheitsbeschluß damit einverstanden.

Herr Röppke erklärt sich gegen den ebendasselbst befindlichen Satz »er gilt als öffentlicher Beamter u. s. w.«, indem daraus die Gleichstellung des Rechnungsfüh-

ters mit einem Staatsbeamten in criminalrechtlicher Beziehung gefolgert werden müßte, was jedenfalls durch das vorliegende Statut nicht bewirkt werden könne, und trägt deshalb auf Streichung jener Worte an.

Die Herren Häusler und Oberbürgermeister Caspari wollen durch den betreffenden Satz nur den öffentlichen Charakter des Rechnungsführers und die Anwendbarkeit des Criminalgesetzbuches auf denselben bei etwaigen Veruntreuungen in dieser seiner Eigenschaft deutlich hervorgehoben und außer Zweifel gestellt wissen, und sind insofern für das Beibehalten des Satzes.

Herr Aronheim schließt sich der Ansicht des Herrn Röpke an, weil die Worte zu einer irrigen Auffassung und namentlich zu einer Verwechselung des Rechnungsführers als Gemeindebeamten mit einem Staatsbeamten in criminalrechtlicher Beziehung Veranlassung geben könnten, im Uebrigen aber auch bei dem Weglassen jener Worte die größere Strafbarkeit des Rechnungsführers wegen etwaiger Veruntreuungen nach den criminalrechtlichen Bestimmungen nicht gehoben werde.

Die Versammlung beschließt durch Stimmenmehrheit die Streichung der bezeichneten Worte.

§. 10. Auf Antrag der Commission wird in betreff der Reihenfolge des Ausscheidens der Deputationsmitglieder die Einschaltung eines Zusatzes:

»Wenn nach den bisherigen Bestimmungen und Observanzen zwei oder mehre Deputirte zugleich austreten, entscheidet das Loos über die Reihenfolge des Ausscheidens der an ihrer Stelle Erwählten,«

von der Versammlung angenommen.

§. 11. Die Schlußworte, welche die Strafbestimmungen bei etwaiger Verweigerung der Annahme des Amtes eines Deputationsmitgliedes enthalten, werden auf Veranlassung eines Antrages der Commission von der Versammlung dahin lautend bestimmt:

»in eine der »Gemeinde«-Casse zufallende Strafe von 3 — 10 \mathfrak{R} für jedes Jahr, in welcher er das Amt zu verwalten gehabt hätte.«

§. 13. Herr Feustell hält es für nothwendig, daß dem Stadt-Magistrate von der getroffenen Wahl des Vorsitzenden Anzeige gemacht werde; die Versammlung ist damit einverstanden.

Den Straßatz von 8 \mathfrak{R} wegen unentschuldbaren Wegbleibens aus einer Versammlung der Deputation findet Herr Röpke zu niedrig, und giebt anheim, wenigstens im Wiederholungsfalle eine Verdoppelung der Strafe eintreten zu lassen, während Herr Häusler vorschlägt, eine Strafe von 8 \mathfrak{R} — 1 \mathfrak{R} festzusetzen. Von Herrn Aronheim wird darauf angetragen, zu bestimmen:

»daß ein Deputirter, welcher drei Male im Jahre die Versammlung unentschuldig veräußt habe, so angesehen und nach §. 11 bestraft werden solle, als habe er das Amt eines Deputirten ohne Befreiungsgrund abgelehnt;«

dieser Antrag wird jedoch, gleich einem andern Antrage des Herrn Röpke, daß die Strafbestimmung überall fallen möge, durch Mehrheitsbeschluß abgelehnt, und vielmehr auf eine Befürwortung des Entwurfs durch den Herrn Oberbürgermeister Caspari die Strafbestimmung von 8 \mathfrak{R} angenommen; die Strafe soll übrigens nach dem Vorschlage der Commission und dem Beschlusse der Versammlung nicht der Armen-Casse sondern der Gemeinde-Casse zufallen.

§. 19. In Bezug auf die Vergütung von Ausgaben, welche nach dem letzten Absatze den Deputirten werden soll, wird von der Versammlung einem Antrage der Commission gemäß statt des Entwurfs die Bestimmung beliebt:

»die Deputirten erhalten bei solchen Geschäften etwaige Ausgaben bis zum Betrage von 2 fl für den Tag erstattet.«

§. 23. Die Debatte dreht sich zunächst darum, ob die Anwesenheit von $\frac{2}{3}$ aller Gemeindemitglieder zur Beschlussfassung nothwendig sein werde, oder nicht. Auf der einen Seite wird es besonders hervorgehoben, daß bei Verfügungen über einen größern Theil des Grundvermögens der Gemeinde das Erforderniß einer vollständigen Stimmabgebung durchaus gerechtfertigt sei; auf der andern Seite wird geltend gemacht, daß dieselben Gründe, welche den Beschluß zu §. 7 des Entwurfs veranlaßt haben, in consequenter Anwendung nöthig machen, davon zu abstrahiren daß nur bei Anwesenheit einer gewissen Zahl von Mitgliedern ein gültiger Gemeindebeschluß könne gefaßt werden, selbst abgesehen davon, daß das Wahleresultat in seiner ganzen Folge der Gemeinde ebenso nachtheilig werden könne, als eine einzelne Verfügung über einen größern Theil des Grundvermögens. Die erstere Ansicht wird namentlich durch die Herren Bieweg, Röppe und Kronheim vertreten, und wenn auch bei der Abstimmung die Anwesenheit von $\frac{2}{3}$ aller Gemeindemitglieder durch Mehrheitsbeschluß als Erforderniß nicht anerkannt wird, so wird doch auf einen delfalligen eventuellen Antrag des Herrn Bieweg von der Versammlung beschlossen, die Rechtsgültigkeit eines hier in Frage stehenden Gemeindebeschlusses von der Anwesenheit der Hälfte aller Mitglieder abhängig zu machen.

Neben diesem Erfordernisse bleiben hier die Bestimmungen im §. 7 des Entwurfs rücksichtlich der Vorladung, der Strafandrohung und Strafvollziehung bestehen.

Zu dem dritten Absatze hält es die Commission für bedenklich, eine Bevollmächtigung zur Vertretung in den Gemeindeversammlungen in unbeschränktem Maße gelten zu lassen, weil dadurch leicht die Vereinigung eines zu großen Stimmgewichts in einer Person hervorgerufen werden könne: nur die Vertretung der Frauenzimmer werde zuzulassen sein, und zwar der verheiratheten durch ihre Ehemänner, der unverheiratheten durch einen der Deputation anzuzeigenden Bevollmächtigten. In Bezug auf letztern Punkt will Herr Röppe auch den verheiratheten Frauenzimmern die freie Wahl eines Bevollmächtigten vorbehalten, daneben aber auch den Ehemann als solchen als legitimirt zur Vertretung angesehen wissen. Die Versammlung schließt sich durch Mehrheitsbeschluß diesen Anträgen an, so daß also nur Frauenzimmern eine Bevollmächtigung ihrer Ehemänner, die als solche zur Vertretung legitimirt erscheinen, oder einer sonstigen Person gestattet ist.

§. 24. In dem ersten Absatze wird die Vorschrift, daß ein Deputations-Mitglied das Protokoll in den Gemeinde-Versammlungen zu führen habe, durch den Zusatz: »oder ein Mitglied der Versammlung« erweitert.

Ferner wird, um die Vorbringung übereilter Anträge zu verhindern, nach dem Antrage der Commission der Zusatz beliebt;

»Anträge einzelner Interessenten sind der Deputation mitzutheilen, und von dieser der Versammlung vorzutragen.«

Endlich erhält nächst einigen minder wesentlichen Aenderungen der ganze Paragraph nach dem Beschlusse der Versammlung einen in Antrag gebrachten Zusatz, dahin lautend:

»Wenn in einer Person mehrere Antheile an dem Gemeindevermögen vereinigt sind, so ist diese Person, zwar nicht bei Wahlen, doch aber bei sonstigen Beschlüssen in Gemeinde-Angelegenheiten, eben so viele Stimmen abzugeben berechtigt, als dieselbe Antheile besitzt.

§. 27. Hinter dem fünften Absätze dieses von der Rechnungsabnahme und dem Verfahren dabei handelnden Paragraphen wird von der Commission der Zusatz:

»In dem Falle, daß ein Monitum des Stadt-Magistrats gegen eine von der gesammten Deputation beschlossene, von dem Rechnungsführer ausgeführte Maßregel gerichtet ist, muß bei Beantwortung desselben und dem fernern Verfahren die Deputation selbst zugezogen werden, sowie der gegen die Entscheidung des Stadt-Magistrats zulässige Recurs von der Deputation zu verfolgen ist.«

in Antrag gebracht und von der Versammlung angenommen.

§. 28. Herr Nieß hält es nicht für ausreichend, daß den Gemeinde-Mitgliedern die Einsicht der abgenommenen Gemeinde-Rechnung bei dem Stadt-Magistrate gestattet werde, legt vielmehr ein besonderes Gewicht darauf, daß den Gemeinde-Mitgliedern zu dem Rechnungs-Abnahme-Termine der Zutritt freigestellt werde; allein dieser Vorschlag findet in der Versammlung keine weitere Unterstützung und wird durch die Annahme dieses Paragraphen erledigt.

§. 30. Nach einem desfallsigen Commissions-Antrage wird die angedrohte Strafe von 4 gge auf 16 gge von der Versammlung erhöht.

Die im Vorstehenden nicht berührten Paragraphen haben eine Aenderung nicht erfahren und sind sonach die §. §. 1–30 des Statuts mit den vorgekommenen Aenderungen und Zusätzen und einigen hier nicht besonders hervorgehobenen Redactions-Bemerkungen, durch welche eine Modification der wesentlichen Statutbestimmungen nicht herbeigeführt wird, von der Versammlung angenommen.

Wegen vorgerückter Tageszeit wird die Fortsetzung der Berathung des Statuts der nächsten Sitzung vorbehalten und die heutige von dem Herrn Vorsitzenden Deserreich geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 24. April 1851.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Nach Vorlesung des Protocolls der letzten Sitzung vom 10. d. M. eröffnet der Vorsitzende der Versammlung eine Zuschrift des Stadt-Magistrats vom 15. d. M. und eine derselben beigelegte Verfügung des Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 9. d. M., worin die von dem Kaufmanns-Vereine beantragte und von den städtischen Behörden unterstützte Herstellung eines Lagerraums für Spiritus unter dem im Bau begriffenen Güterschuppen auf dem hiesigen Bahnhofe theils des bedeutenden Kosten-aufwandes, theils der großen Feuergefährlichkeit wegen abgelehnt ist.

Hiernächst wird die in der letzten Sitzung abgebrochene Berathung über das »Statut, die Verwaltung der Weichbilds-Gemeinden und Feldmarks-Interessenschaften in der Stadt Braunschweig betreffend,« fortgesetzt.

Die §. §. 32 bis 35 des Entwurfs geben nur zu einigen Redactionsänderungen die Veranlassung.

§. 37. Ein Antrag der Commission, dem Beschlusse der Gemeinde-Deputation nicht allein, wie im Entwurfe geschehen, anheimzustellen, ob das Jagdrecht durch Verpachtung oder Administration, sondern auch, ob dasselbe überhaupt genutzt werden soll, wird von dem Herrn V i e w e g angegriffen, weil aus einem Beschlusse der Verwaltungs-Deputation, daß die Jagd weder durch Verpachtung noch durch Administration genutzt werden solle, die Befugniß abgeleitet werden könnte, daß alsdann jeder Einzelne nach seinem Belieben von dem Jagdrechte auf seinem Grundstücke Gebrauch machen dürfe, was doch offenbar nicht statthast erscheinen werde. Auch Herr Oberbürgermeister Caspari spricht sich gegen den vorgeschlagenen Zusatz aus, da durch denselben der Verwaltungs-Deputation eine zu große Befugniß eingeräumt werden

würde und der einzelne Interessent mit Grund Widerspruch erheben könnte, wenn das Jagdrecht durch angemessene Nutzung nicht verwerthet würde. Obwohl Herr Lissebon den glücklichen Zustand der Häger-Gemeinde, auf deren Gebiete bei der unbeschränkt gebliebenen Jagdausübung jetzt überall kein Wild mehr vorhanden, hervorhebt, und darauf aufmerksam macht, daß, gleichwie auf dieser so auch auf andern Feldmarken, der Jagdvertrag nicht so hoch anzurechnen sei, als der Schaden, den die Jäger anstiften, beschließt doch die Versammlung, den von der Commission beantragten Zusatz nicht anzunehmen und es vielmehr bei der Bestimmung des Entwurfs zu belassen.

Der zweite Absatz erhält auf Antrag der Commission nach dem Beschlusse der Versammlung eine Modification dahin, daß die Revenüen von der Jagd, soweit sie nicht zu den Verwaltungskosten der Interessentschaft benutzt werden und sobald es der Mühe werth ist, vertheilt werden sollen.

§. 38. Die Versammlung nimmt durch Mehrheitsbeschluß einen Antrag der Commission, nach welchem die Beiträge zu den Verwaltungskosten nicht nach viertel, halben und ganzen Morgen berechnet und aufgebracht werden sollen, an und lautet danach der betreffende Passus:

»Die Repartition geschieht durch die Verwaltungs-Deputation in der Art, daß nur volle und halbe Morgen berechnet werden, und jeder Besitz unter einem halben Morgen für einen halben Morgen, zwischen einem halben und einem vollen Morgen für einen ganzen Morgen u. s. w. gerechnet wird.«

In Bezug auf die Beitragspflichtigkeit wird ein in Antrag gebrachter Zusatz, dahin lautend:

»Die in dem Statute über die Herstellung und Erhaltung der Wege anerkannten Befreiungen von Beiträgen zur Wegeverbesserung treten für sämtliche Ausgaben der Feldmarksinteressentschaft ein;«

mit der weitem Bestimmung, daß die Befreiungen namentlich ausgeführt werden sollen, von der Versammlung angenommen.

Die noch folgenden Paragraphen erleiden nur einige Fassungsänderungen.

Der schon beim Beginne der Berathung des Statuts in der Sitzung am 10. d. M. angeordnete Antrag der Commission auf Umstellung der Paragraphen hat den Zweck, daß die allgemeinen Bestimmungen in den §. §. 1—5 einschließlich, weil solche sich wesentlich auf die Feldmarks-Interessentschaften beziehen, auch mit den besondern Bestimmungen über die Feldmarks-Interessentschaften verbunden werden. Danach soll nach Ansicht der Commission das Statut handeln:

I. von den Weichbildsgemeinden:

in den §. §. 6—30 einschließlich als §. §. 1—25 einschließlich; —

II. von den Feldmarks-Interessentschaften:

in den §. §. 1—5 einschließlich unter Zusammenziehung der §§. 1 und 2 als §. §. 26—29 einschließlich;

in den §. §. 31—43 einschließlich als §. §. 30—42 einschließlich; —

III. Gemeinschaftliche Bestimmungen:

in den §. §. 44—47 einschließlich als §. §. 43—46 einschließlich.

Die Versammlung erklärt sich mit dieser Ordnung des Inhalts des Statuts einverstanden.

Von Herrn Graß wird die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den §. 7 und die Annahme des Erfordernisses der Anwesenheit von $\frac{1}{3}$ aller Stimmberechtigten und eine Strafandrohung von 8 ggl für die Nichterscheinenden an Stelle des frühern Beschlusses beantragt und dringend empfohlen. Der Antrag giebt den Herren Aronheim, Röpke und Häusler zu einigen Bemerkungen Veranlassung, in welchen die früher gegen die Entwurfsbestimmung geltend gemachten Gründe kurz wiederholt werden und namentlich hervorgehoben wird, daß durch solchen äußern Zwang ein besseres Wahlresultat nicht zu erreichen sei. Mit dem Herrn Graß vertheidigt Herr Nieß die Bestimmung einer Strafe, gleichwie solche im §. 23 für angemessen gehalten. Die Versammlung lehnt indessen gegen vier Stimmen ein weiteres Eingehen auf den Graß'schen Antrag und damit auch die Annahme desselben ab.

Ehe zu dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung, der Berathung über das Statut, die Herstellung und Erhaltung der vor den Thoren und innerhalb der Feldmarken der Stadt Braunschweig belegenen Wege betreffend, geschritten wird, theilt Herr Oberbürgermeister Caspari der Versammlung mit, daß am heutigen Morgen ein öffentlich meistbietender Verkauf auf den Abbruch der beiden von der Stadt angekauften an der Steinstraße und an der Südstraße belegenen vormals Blumenhoff'schen Häuser versucht und in dem Termine das Meistgebot von 600 fl von dem Kleiderfeller Schläger abgegeben sei; da der Zuschlag nur auf einige Tage vorbehalten, so werde darüber bald Entscheidung zu fassen sein; übrigenfalls sei das Gebot, unter den näher angegebenen Umständen, wohl annehmbar.

Von Herrn Voigt wird ebenfalls der Verkauf als nicht ungünstig geschildert, und beschließt die Versammlung:

sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Schläger für das Meistgebot von 600 fl der Zuschlag ertheilt werde.

Der Referent der Commission, welcher das von dem Stadt-Magistrate im Entwurfe vorgelegte Wegestatut zur Vorberathung überwiesen worden, Herr Lissebon veranlaßt eine allgemeine Debatte über den obern Grundsatz, aus welchem die Verpflichtung zur Wegeverbesserung hergeleitet werden müßte, indem er selbst sich darüber folgendergestalt äußert:

Die Eintheilung der Wege, wie solche im Entwurfe geschehen, sei nicht einfach genug und lasse kaum eine angemessene Herstellung und Erhaltung der Wege erwarten. Einem guten Erfolge entsprechender werde es sein, wenn überhaupt nur zwischen Communicationswegen und Feld- und Wannenwegen unterschieden würde, und der ganze Wegebau unter die Leitung eines dazu besonders angestellten Technikers gestellt würde. Danach sei die nächste Aufgabe, diejenigen Wege genau festzustellen, welche als Communicationswege zu betrachten seien, so daß alsdann alle übrigen Wege als Feld- und Wannenwege behandelt würden. Die Herstellung und Erhaltung der erstern Wege werde billiger Weise zur Hälfte des Kostenbetrages von der gesammten städtischen Gemeinde zu übernehmen sein, während die andere Hälfte von den Interessenten der einzelnen Feldmark nach Verhältniß des Grundbesitzes, wie im Entwurfe vorgeschlagen worden, bestritten werden müßte. Die Feld- und Wannenwege seien den einzelnen Feldmarks-Interessentenschaften zur Herstellung und Erhaltung auf alleinige Kosten zu überweisen.

Herr Aronheim empfiehlt die Bildung eines allgemeinen Fonds, aus welchem die Kosten der Herstellung und Erhaltung sämmtlicher Wege oder doch wenigstens

derjenigen Wege auf dem städtischen Gebiete bestritten würden, welche der ganzen Stadt von größerm Interesse seien. Da die Stadt Braunschweig von einzelnen Bestimmungen der Wegeordnung vom Jahre 1840, welche für das ganze Land erlassen, ausgenommen sei, so müsse sie auch dem Lande gegenüber als ein für sich bestehendes Ganzes aufgefaßt werden. Nichts destoweniger gestatte dieses Verhältniß eine analoge Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen, führe dann aber nothwendig zu einer andern Auffassung des Charakters der Wege auf dem hiesigen Stadtgebiete. Als solche Wege, denen nach der Wegeordnung eine so große Wichtigkeit beigelegt sei, daß zu deren Herstellung Privatpersonen nicht verpflichtet worden, würden für das kleinere Gebiet der Stadt noch andere Wege anzusehen sein. Es müsse daher geprüft werden, in welchem Verhältnisse in Bezug auf die einzelnen Wege das übrige Land zu dem Gebiete der Stadt stehe, um danach das Interesse der Stadt und das private Interesse ermessen und die Wegebaulast feststellen zu können. Geschehe das nicht, so würden die einzelnen Feldmarks-Interessenschaften, jenachdem auf deren Gebiete größere oder kleinere Wegestrecken befindlich seien, mehr oder weniger, also ungleichmäßig und ungerecht belastet werden. Außerdem entstehe daraus der Nachtheil, daß die Wegeverbesserung selbst wahrscheinlich nicht überall gleichmäßig ausgeführt werde, während andernfalls die Ausführung aller Wegebauten unter eine feste Ordnung und Leitung würde gestellt sein.

Mit diesen von den Vorschriften des Entwurfs abweichenden Vorschlägen erklärten sich die Herren Fabricius, Kellner und Graß im Wesentlichen einverstanden.

Herr Häusler verlangt, daß bei der Feststellung des Wegestatuts an den allgemeinen Bestimmungen der Wegeordnung vom Jahre 1840, soweit es nur die besondern Verhältnisse der hiesigen Stadt gestatten, möglichst festgehalten werde. Er hebt die durchgreifenden Vorschriften des Entwurfs hervor, stellt mit denselben die gemachten anderweiten Vorschläge in Vergleichung und gelangt zu dem Resultate, daß die Eintheilung des städtischen Gebiets in die besondern Feldmarken und deren Verpflichtung in Bezug auf die Wegeverbesserung beibehalten werden müsse. Es liege wohl keine genügende Veranlassung zu der Annahme vor, daß dadurch der gehörigen gleichmäßigen Ausführung der Wegebauten geschadet werde und ebenso werde die größere Belästigung einer einzelnen Feldmark rücksichtlich der Wegeverbesserung durch einen erhöhten Zuschuß aus der allgemeinen Wegeverbesserungs-Casse auszugleichen sein. Soweit dürfe jedenfalls nicht gegangen werden, daß auch die Feld- und Wannenwege ohne Unterschied auf Kosten der gesammten Gemeinde verbessert würden. Der Entwurf unterscheide ganz richtig die Communicationswege von den Feld- und Wannenwegen, und lasse ganz angemessen auch bei letztern noch eine Unterscheidung zu. Uebrigens würde nichts im Wege stehen, in der Berathung des Entwurfs vorzuschreiben und zu den betreffenden Paragraphen die anderweiten durchgreifenden Modificationen in Antrag zu bringen.

Herr Bieweg billigt im Allgemeinen die Grundsätze, von welchen im Entwurfe ausgegangen sei; die Wegeverbesserung werde rascher von Statten gehen, wenn solche den einzelnen Feldmarken für den Umfang ihres Gebietes auferlegt würde; übrigens sei es gewiß zu empfehlen, die technische Leitung und obere Aufsicht rücksichtlich der Herstellung und Erhaltung der Wege einem besonders dazu angestellten Wegebaumeister zu übertragen.

Herr Voigt beurtheilt das Wegestatut vom technischen Standpunkte und findet

dabei seiner Ansicht am Meisten entsprechend die Auffassung des Herrn Kronheim. Für die gesammte Wegebesserung auf dem ganzen städtischen Gebiete werde der Stadt-Magistrat die Centralbehörde bilden müssen. Die Wege seien aber je nach der Bedeutung und Wichtigkeit, welche sie für die Gesammtheit der Stadtbewohner haben, etwa in drei Classen einzutheilen. Die im §. 2 des Entwurfs genannten Wege und vielleicht noch einzelne der im §. 4 daselbst aufgeführten würden in die erste Classe zu setzen und deren Herstellung und Erhaltung unmittelbar von dem Stadt-Magistrate auf Kosten der städtischen Wegebau-Casse zu bewirken sein, wie solches in dem Entwurfe ausnahmsweise für die Straße nach Broitzem bestimmt worden. Die übrigen Wege, welche noch in eine zweite und dritte Classe zu vertheilen wären, würden den einzelnen Feldmarken zur Herstellung und Erhaltung auf eigene Kosten zu überlassen sein, wenn auch nöthigenfalls eine außerordentliche Beihilfe aus der städtischen Wegebau-Casse zugesichert würde. Die Einnahmen der letztern beständen nach §. 21 des Entwurfs unter andern in den nöthigen Zuschüssen aus der Stadt-Casse, welche insbesondere für das mit der Leitung und Beaufsichtigung der Wegebauten und Wege erforderliche Personal eine regelmäßige Einnahme der Wegebau-Casse bilden würden. Der sonstige Kostenbetrag würde nach §. 17 des Entwurfs von den Feldmarks-Interessenschaften aufzubringen, von den Verwaltungs-Deputationen zu erheben und an die allgemeine städtische Wegebau-Casse abzuliefern sein. Werde auf diese Weise die Herstellung und Erhaltung der wichtigern Wege auf dem städtischen Gebiete von dem Stadt-Magistrate unmittelbar geleitet, so werde auf der einen Seite die Last der einzelnen Verpflichteten nicht zu groß und andertheils sei eine gleichmäßige und befriedigende Wegebesserung zu erwarten. Es habe sich bei den übrigen Landsgemeinden herausgestellt, daß in den verschiedenen Ortschaften die Wegebesserung sehr verschiedenartig, genügend und ungenügend zur Ausführung gekommen sei, ein Resultat, welches bei der Ueberlassung der Wegebesserung an die einzelnen hiesigen Feldmarken ebenfalls hervortreten könnte, aber für das eine städtische Gebiet doch gewiß zu vermeiden sei.

Herr Oberbürgermeister Caspari: Die Art und Weise der Bezeichnung der Wege behuf Feststellung der Verpflichtung zu deren Besserung sei von sehr untergeordneter Bedeutung, namentlich der Bestimmung gegenüber, daß die sämmtlichen Grundbesitzer der verschiedenen Feldmarken in die allgemeine städtische Wegebau-Casse steuern sollten. Würden nämlich einzelne bestimmte Wege unter die unmittelbare Leitung des Stadt-Magistrats gestellt, so würde es nicht anders angehen, als mit der Herstellung dieser Wege nach einer bestimmten Reihenfolge vorzuschreiten. Jede einzelne Feldmarks-Interessenschaft werde für die auf ihrem Gebiete befindlichen Wegestrecken eine besondere Berücksichtigung in Anspruch nehmen und eine Unzufriedenheit zu erkennen geben, wenn ihrem Wunsche nicht entsprochen würde. Das Verfahren, welches bei den Straßen im Innern der Stadt beobachtet werde, könne nicht wohl auch für die sonstigen Wege für maßgebend gehalten werden, da jene Straßen im Allgemeinen nicht so dringend verbesserungsbedürftig seien, und die Anlieger nicht eher Geldbeiträge zu zahlen brauchten, als bis die Pflasterung wirklich vorgenommen worden. Der Einwand, der gegen den Entwurf geltend gemacht sei, daß die einzelnen Feldmarken ungleich belastet würden, sei nicht begründet; denn einerseits würde die größere Wegestrecke in einer Feldmark in der Regel einen größern Grundbesitz vermuthen lassen, andertheils würden desfallsige Ungleichheiten durch größere oder

geringere Zuschüsse aus der städtischen Wegebau-Casse zu heben sein. Wenn die Straße nach Broitzem ausnahmsweise auf Kosten lehtgedachter Casse unterhalten werde, so geschehe solches weniger wegen Erhebung des Weggeldes, als deswegen, weil diese Straße von größerer Bedeutung sei, als die andern Communicationswege. Sollte übrigens die Versammlung zur Annahme der Vorschläge der Herren Kronheim und Voigt sich entschließen, so werde es dem Stadt-Magistrate sehr wünschenswerth sein, wenn die Versammlung sich zugleich mit darüber ausspreche, in welcher Reihenfolge mit der Herstellung der ausgewählten Wege verfahren werden solle.

Herr Kronheim erklärt sich mit der von dem Herrn Voigt vorgeschlagenen Aufbringung der Kosten zur Wegeverbesserung durch die Grundbesitzer der einzelnen Feldmarks-Interessentschaften einverstanden, gesteht denselben keine gerechte Veranlassung zu, über das nach den gemachten Vorschlägen rücksichtlich der Wegeverbesserung zu beobachtende Verfahren ihre Unzufriedenheit zu äußern, und meint, daß deshalb auch auf desfallige Aeußerungen durchaus keine Rücksicht zu nehmen sei, wogegen Herr Overbürgermeister Caspari erinnert, daß es doch gewiß vorzuziehen sei, dergleichen städtische Angelegenheiten wo möglich zur allgemeinen Zufriedenheit namentlich derjenigen Personen zu ordnen, von denen dazu irgend welche Leistungen in Anspruch genommen würden.

Herr Häusler trägt unter Wiederholung seines Vorschlages, daß die heute geltend gemachten anderweiten Grundsätze bei der Berathung der einzelnen Paragraphen des Entwurfs an betreffender Stelle weiter verfolgt und entschieden werden möchten, auf Schluß der allgemeinen Debatte und zugleich der Sitzung an, welcher im Einverständnisse mit der Versammlung durch den Herrn Vorsitzenden Desterreich ausgesprochen wird.

Die Vorlesung des Protocolls ist der nächsten Sitzung vorbehalten.

(Beilage zum 124. Stücke der Anzeigen.)

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 8. Mai 1851.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet und mit der vorbehaltenen Vorlesung des Protocolls aus der letzten Sitzung vom 24. v. Mts., welches von der Versammlung genehmigt wird, begonnen.

I. Nach einer Mittheilung des Herrn Vorsitzenden sind von dem Stadt-Magistrate unter Zuziehung von Sachverständigen die Bedingungen entworfen, unter welchen die Beleuchtung der hiesigen Stadt mit Röhrengas an einen Unternehmer verdingen werden soll; die Versammlung beschließt, die Bedingungen durch eine aus fünf Mitgliedern bestehende Commission ihrerseits prüfen zu lassen, und wählt zu diesem Zwecke durch Stimmmehrheit die Herren Voigt, Wieweg, Helfft, Aronheim und Lissebon.

II. Der erste Gegenstand der Tagesordnung betrifft eine weitere Verathung über den Voranschlag der Kosten der Bürgerwehr auf das laufende Jahr, da die Ermäßigung des Etats von 1400 fl , wie solcher von dem Commando der Bürgerwehr aufgestellt worden, auf 1000 fl zu Verhandlungen zwischen dem Stadt-Magistrate und dem Commando Veranlassung gegeben hat, in welchen von dem Ersten dem Letztern eine Nachverwilligung bis zur Summe von 1400 fl in Aussicht gestellt ist, insofern die Etatsumme von 1000 fl dem Bedürfnisse nicht genügen würde. Zu einer desfalligen Zusicherung beantragt der Stadtmagistrat die Zustimmung der Stadtverordneten. Von Herrn Feustell wird Namens der Finanz-Commission der Antrag unterstützt und zur Annahme empfohlen und beschließt die Versammlung, den festgestellten Kosten-voranschlag in dem Betrage von 1000 fl zwar bestehen zu lassen, jedoch auf den Fall, daß diese Summe zur Bestreitung der Kosten der Bürgerwehr nicht ausreichen werde, eine Nachverwilligung bis zu der Gesamtsumme von 1400 fl zuzusichern.

III. In Bezug auf den fernern Gegenstand der Tagesordnung, die Fortsetzung der Berathung über das Wegestatut, erhält Herr Voigt das Wort, und äußert sich derselbe über die Hauptgrundsätze rücksichtlich der Herstellung und Erhaltung der Wege auf dem städtischen Gebiete, über welche die Commission nach weiterer Prüfung der Verhandlungen in der Sitzung am 24. v. M. sich geeinigt habe:

Die sämmtlichen Wege seien in 2 Classen, in Communalwege und Interessentenwege, einzutheilen, und zu den erstern die im §. 2 und §. 4 bezeichneten, jedoch mit Ausnahme der in dem letztern §. unter Nr. 1, 3 und 8 aufgeführten Wege zu rechnen. Die Herstellung und Erhaltung der Communalwege werde der obern Aufsicht und Leitung des Stadt-Magistrats unterworfen, während die Interessentenwege den einzelnen Feldmark's-Interessentschaften zur Herstellung und Erhaltung überwiesen würden. Bei diesen letztern seien drei Unterabtheilungen zu machen, insofern solche entweder zum Gebrauche der ganzen Feldmark, in welcher sich dieselben befinden, oder nur für einen engeren Verband in der Interessentschaft, oder nur für einzelne Interessenten bestimmt seien. Die Kosten der Herstellung und Erhaltung der Communalwege werden aus der städtischen Wegebau-Casse — §. 21 des Entwurfs — bestritten. Die unter Nr. 3 dieses §. gedachten Zuschüsse aus der Stadt-Casse seien zur Besoldung des Wegepersonals, der technischen Baubeamten und der Wegeaufseher, zu verwenden und eine fernerweite Einnahme jener Casse durch Beiträge der sechs Feldmark's-Interessentschaften zu begründen, in der Weise, daß von dem Grundbesitze, Aekern, Gärten und Aengern, morgenweise ein simplum von etwa 2 \mathfrak{g} aufzubringen sei. Daß die meisten der im §. 4 des Entwurfs aufgeführten Wege als Communalwege in der obgedachten Bedeutung betrachtet werden, sinde darin seine Veranlassung und Rechtfertigung, daß jene Wege ähnlich den Promenaden ringsförmig um die Stadt sich herumziehen und dadurch unzweifelhaft wichtig für die ganze Stadt erscheinen.

Herr Häusler hebt die Abweichungen des so gestalteten Commissions-Vorschlages von dem Entwurfe hervor; insbesondere sei die Wegeverbesserung hinsichtlich der Wege von allgemeinem städtischen Interesse den einzelnen Feldmarken genommen und unter Aufhebung der Grenzen dieser Feldmarken die Aufbringung von Beiträgen durch die ganze städtische Feldmark bestimmt. Die obere Leitung des Wegebaues werde dadurch in die Hand des Stadt-Magistrats gelegt, der wegen des jährlichen Kosten-Voranschlags für Wegebauten und wegen der Rechnungsführung auf die Mitwirkung der Stadtverordneten angewiesen sei. Die unmittelbaren Zuschüsse aus der Stadtcasse für das Wegepersonal seien Geldmittel, welche nach dem Fuße der Communalsteuer aufgebracht seien; für die Interessentenwege falle ein solcher weiterer Zuschuß aus der Stadtcasse hinweg.

Herr Wieg erklärt sich mit den jetzt aufgestellten Grundsätzen der Commission unter der Bedingung einverstanden, daß Behuf der sofort und überall in Angriff zu nehmenden Wegeverbesserung energische Mittel angewandt würden und nöthigenfalls auf den Credit der Stadt eine Anleihe zu solchem Zwecke genommen würde, womit auch Herr Voigt übereinstimmt, indem er die Verzinsung und Amortisation des anzuleihenden Capitals durch die Beiträge der Interessentschaften beschaffen lassen will.

Herr Lissbon billigt die aufgestellten allgemeinen Grundsätze der Commission nicht; er glaubt, daß es einfacher und angemessener sei, wenn den einzelnen Feldmark's-Interessentschaften die Wegeverbesserung überlassen und denselben in Bezug auf einzelne wichtigere Wege ein entsprechender Zuschuß aus der Stadtcasse gewährt würde; im

Uebrigen erkennt er es wiederholt als nothwendig an, daß die ganze Wegebesserung unter die unmittelbare Leitung eines Technikers, selbst in Bezug auf die Feld- und Wannenwege, gestellt würde.

Vom Herrn Oberbürgermeister Caspari wird, nach Beleuchtung einzelner Grundbestimmungen des Entwurfs, zugestanden, daß auch die jetzigen Vorschläge der Commission ihm im Allgemeinen annehmbar erscheinen. Es lasse sich dafür noch anführen, daß die einzelnen Verwaltungs-Deputationen vielleicht nicht energisch genug die Wegebesserung betreiben und zugleich den Techniker häufig in eine üble Lage bringen würden. Anders gestalte sich die Sache, wenn der angestellte Techniker lediglich von dem Stadt-Magistrate seine Anweisung erhalte; er dürfe von den Verwaltungs-Deputationen nicht abhängig sein; diese haben nur die Beiträge von den Feldmark's-Interessenten zu erheben und zu der städtischen Wegebaucasse abzuliefern. Mit der Wegebesserung selbst werde alsdann ähnlich verfahren, wie mit der Straßenpflasterung im Innern der Stadt, und namentlich werde die Reihenfolge, in welcher die einzelnen Wege hergestellt werden sollen, gemeinschaftlich von dem Stadt-Magistrate und den Stadtverordneten zu bestimmen sein, wenn nicht durch Vermittlung einer Anleihe, die wohl zulässig sein dürfe, eine über alle Wege zugleich ausgedehnte Besserung vorgezogen werde.

Nach diesen weitern allgemeinen Verhandlungen wird zu der speciellen Berathung des Entwurfs übergegangen.

In der Einleitung ist auf die Nothwendigkeit mehrfacher Abänderungen »und Ergänzungen« des Wege-Reglements vom 12. Mai 1830 Bezug genommen.

Dem §. 1 ist nach Maßgabe der aufgestellten allgemeinen Grundsätze von der Commission eine anderweite Fassung gegeben; insbesondere sind die sämmtlichen Wege in der städtischen Feldmark »bezug Erleichterung und Sicherstellung einer bedürfnismäßigen Instandsetzung und Erhaltung« in zwei Classen gebracht, nämlich Communalwege und Interessentenwege.

Herr Lissebon hält es für angemessen, daß bei der Anlage von Wegen zuvor die Verwaltungs-Deputationen der betreffenden Feldmarken gehört würden, wogegen die Herren Häusler, Oberbürgermeister Caspari und Räche eine solche Vernehmung bei den Communalwegen für überflüssig erklären, weil das allseitige Interesse in der Stadtverordneten-Versammlung eine genügende Vertretung finde, im Uebrigen aber durch die namentliche Aufführung der als Communalwege zu betrachtenden Wege im Statute eine weitere Berücksichtigung des Interesses einer einzelnen Feldmark ausgeschlossen werde.

Die Versammlung erklärt sich durch Mehrheitsbeschluß mit der von der Commission beantragten Fassung des §. 1 einverstanden.

Aus §. 2 und §. 4 des Entwurfs ist von der Commission ein §. als §. 2 des Statuts gebildet, Inhalts dessen zu den Communalwegen »für jetzt« gehören sollen: die in dem §. 2 und §. 4 unter N^o 2, 4, 5, 6, 7, 9 näher bezeichneten Wege.

Herr Lissebon will den Weg unter N^o 2 (im §. 4 des Entwurfs) zwischen den Gärten vom Augustthore bis zum Steinthore nicht als Communalweg, sondern als Interessentenweg betrachtet und die Anlieger zu besondern Beiträgen verpflichtet wissen; in letztem Punkte, der besondern Beitragspflichtigkeit der Anlieger, stimmt ihm Herr Helfft bei.

Die Herren Bieweg und Voigt vertreten dagegen die Auffassung dieses Weges

als Communalweg, indem derselbe nach dem aufgestellten höhern Gesichtspuncte zu den ringförmig um die Stadt laufenden Wege zu rechnen sei.

Eine anderweite Bemerkung des Herrn Graß gegen die dem Wege unter M 6 (§. 4 des Entwurfs) »vom Rosse ab nach dem Schützenhose u. s. w.« beilegte Eigenschaft eines Communalweges und die Anfrage, ob nicht statt dieses Weges die große Maschgasse zum allgemeinen Gebrauche geöffnet werden könne, wird durch die Herren Desterreich, Häusler und Voigt unter Hinweisung darauf erledigt, daß einestheils die große Maschgasse ein wirklicher Interessentenweg, andertheils dieselbe zu dem Gebrauche, zu welchem der erstgedachte Weg dienen solle, zu schmal sei, und endlich die Erklärung des Weges vom Rosse nach dem Schützenhose zc. für einen Communalweg im Hinblick auf das Maschfest als Volksfest ihre Rechtfertigung finde.

Durch Mehrheitsbeschluß wird der von der Commission in Antrag gebrachte §. 2 in seinem ganzen Umfange genehmigt.

Als §. 3 ist von der Commission eine Bestimmung in Antrag gebracht, nach welcher die Instandsetzung und Unterhaltung der Communalwege und ihrer Zubehörungen Sache des Stadt-Magistrats sein soll und die dessfalligen Kosten mit Ausnahme der für das Wegepersonal von der Gesamtheit der städtischen Feldmark-Interessenten zu tragen sind.

Die Herren Räche und Helfft halten es für gerechtfertigt, die Anlieger an diesen Communalwegen zu besondern Beiträgen heranzuziehen, und eben so findet Herr Lissebon die Anforderung von Beiträgen von sämtlichen Feldmark-Interessentschaften unbillig und hart.

Herr Häusler weist darauf hin, daß bei den Communalwegen zweierlei Rücksichten sich geltend machten: das Interesse der ganzen Stadt und das der einzelnen Grundbesitzer. Es werde sich ziemlich ausgleichen, ob je von der einzelnen Feldmark oder den sechs Feldmarken insgesamt die Beiträge gefordert würden; davon abgesehen aber werde bei der einheitlichen Leitung der Wegeverbesserung die Unterscheidung der sechs Feldmarken unnöthig und lästig werden.

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt zu bedenken, daß im Gemeinwesen bei der Vertheilung der Gemeindefasten nicht darauf Rücksicht genommen werden könne und dürfe, ob der Einzelne von den Gemeinde-Einrichtungen, zu deren Begründung und Erhaltung auch von ihm ein Beitrag gefordert wird, einen unmittelbaren Vortheil habe oder nicht.

Die statutarische Bestimmung, die von der Commission als §. 3 in Antrag gebracht ist, wird nach diesen Erläuterungen von der Versammlung zum Beschlusse erhoben.

Die Commission hat in einem fernern §. als §. 4 statutarische Bestimmungen über die Zubehörungen der Communal-Wege vorgeschlagen, welche von der Versammlung ohne weitere Debatte genehmigt worden.

Zwei andere von der Commission als §§. 5 und 6 in Vorschlag gebrachte Bestimmungen des Statuts handeln von den Interessentenwegen, theilen diese wiederum in drei Unterabtheilungen und verpflichten zur bedarfsmäßigen Instandsetzung dieser Wege entweder die gesammte Interessentschaft einer Feldmark, oder einen engeren Verband von Interessenten, oder einzelne Interessenten. Es wird darin zugleich gefordert, daß von den beiden Classen von Wegen, zu welchen nicht bloß einzelne Interessenten berechtigt und verpflichtet sind, ein Verzeichniß angefertigt und dem Stadt-Magistrate überreicht werde.

Die beiden §§. geben zu einer weiteren Verhandlung Veranlassung, indem zunächst die Herren Lissebon, Fabricius und Rädke die Dreitheilung der Interessentenwege fallen zu lassen und nur zwei Abtheilungen derselben: Feld- und Wannenwege und Privatwege, anzunehmen anheimgaben und die erstern unter die Aufsicht und Leitung des anzustellenden Wegebaubeamten gestellt wissen wollen; namentlich werde dadurch die Schwierigkeit, die durch die Aufstellung des geforderten Verzeichnisses begründet werde, beseitigt, und gestalte sich die Sache um so einfacher, wenn die Herstellung und Erhaltung der Feld- und Wannenwege der ganzen Feldmark's-Interessentschaft auferlegt werde.

Gegen diese Ansicht erklären sich die Herren Häusler, Viegand und Voigt, da die gemachten Unterscheidungen der Interessentenwege thatsächlich sich vorfänden, diesem factischen Bestehen bei dem Commissions-Vorschlage nur gefolgt sei, dadurch aber auch der Umfang der Verpflichtung zur Wegeverbesserung hinsichtlich der Zahl der Beitragspflichtigen von selbst getheilt werde, die Feldmark's-Interessentschaften übrigens nicht wohl gezwungen werden könnten, die Besserung der hauptsächlich nur ihren Bedürfnissen dienenden Wege einem Techniker zu übertragen, und durch die Aufstellung des geforderten Verzeichnisses Zweifel über die Natur der einzelnen Interessentenwege bald gehoben werden würden.

Herr Oberbürgermeister Caspari erkennt an, daß bei vorzunehmender Wegeverbesserung festgestellt werden müsse, welche Interessenten beitragspflichtig seien, und es werde dabei die proponirte Unterscheidung der Interessentenwege hervortreten; allein die Aufstellung des Verzeichnisses der beiden Classen von Wegen sei allerdings mit Schwierigkeiten verbunden, ohne daß dadurch sofort ein bestimmtes Resultat erzielt werde. Da nun im §. 20 des Entwurfs für den Fall Bestimmung getroffen sei, daß Zweifel über die Verpflichtung zur Wegeverbesserung entstünden, so gebe er anheim, von der Aufstellung des gedachten Verzeichnisses abzusehen und an die Stelle der §§. 5 und 6 den §. 3 des Entwurfs als §. 5 anzunehmen.

Vor dem Schlusse dieser Debatte gründen die Herren Lissebon und Fabricius auf ihre oben ausgesprochene Ansicht den förmlichen Antrag:

die Interessentenwege ohne Rücksicht auf deren Eigenthümlichkeit bezüglich deren Gebrauchs von einer größern oder geringern Zahl der Interessenten einer Feldmark, jedoch mit Ausnahme der Privatwege, in eine Classe zu bringen und die Herstellung und Unterhaltung derselben unter Aufsicht eines Technikers auf Kosten der ganzen Feldmark's-Interessentschaft geschehen zu lassen;

ein Antrag, der gegen sechs Stimmen abgelehnt wird, nachdem ebenfalls die commissionsseitig vorgeschlagenen §§. 5 und 6 von der Versammlung abgelehnt, dagegen der §. 3 des Entwurfs unter Vorbehalt der weiteren Redaction von der Versammlung angenommen worden.

Auf den mehrfach zu erkennen gegebenen Wunsch der Versammlung wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich geschlossen und die Verlesung des Protocolls der nächsten Sitzung vorbehalten.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 15. Mai 1851.

Nach Eröffnung der Sitzung gedenkt der Herr Vorsitzende zuvörderst des jüngst verstorbenen Mitgliedes der Versammlung, des Herrn Gille, indem er in einigen Worten hervorhebt, daß der Verstorbene durch seine langjährige Wirksamkeit im Gemeinwesen, durch seine industrielle Thätigkeit, durch seine in Rath und That bewährte Bereitwilligkeit, dem Nothstande zu begegnen und Nothleidenden zu Hülfe zu kommen, ein ehrendes Andenken bei seinen Mitbürgern sich begründet habe; zum Zeichen des Einverständnisses erheben sich die Anwesenden von ihren Sitzen.

Der Herr Vorsitzende benachrichtigt die Versammlung, daß an die Stelle des Herrn Gille ein anderes Mitglied zur Pflegehaus-Deputation und zur städtischen Bau-Commission zu wählen sei, und bestimmt die Vornahme der desfallsigen Wahlen für den Schluß der heutigen Verhandlungen.

Die Vorsitzenden der Districts-Commissionen zur Steuer-Veranlagung werden von dem Herrn Vorsitzenden aufgefordert, zu einer gemeinschaftlichen Berathung der erhobenen Reclamationen gegen die Veranlagungen zur Communalsteuer baldigst zusammenzutreten.

Auf eine Anfrage des Herrn Räche, wie weit die betreffende Commission mit der Ordnung des großen städtischen Aeraars vorgeschritten sei, giebt Namens der Commission der Herr Vorsitzende De Sterreich die Auskunft, daß die Commissions-Mitglieder bemüht gewesen, in dieser Angelegenheit für die demnächstigen gemeinschaftlichen Berathungen sich zu instruiren, daß letztere aber noch etwas hinausgeschoben werden müßten, weil die Commissions-Mitglieder während der Dauer des Landtags neben den dringenden laufenden Geschäften durchaus nicht im Stande wären, jener wichtigen Sache die dazu erforderliche Zeit zu widmen. Auch das Herzogliche

Staatsministerium würde in der nächsten Zeit kaum in der Lage sein, den dahin zu richtenden Anträgen der Commission die Aufmerksamkeit zuzuwenden, welche die Angelegenheit verdiene. Herr R ä c k e behält sich vor, die Angelegenheit zu Zeiten in Erinnerung zu bringen.

Endlich wird dem Herrn Kellner auf sein Ansuchen zum Zwecke einer Reise ein Urlaub bis zum 1. August d. J. von der Versammlung bewilligt.

Das verlesene Protocoll über die Sitzung am 8. d. M. giebt der Versammlung zu Erinnerungen keine Veranlassung.

Der erste Gegenstand der heutigen Tagesordnung, die Bestimmung einer Entschädigung für den bisherigen Verwalter der Armen-Spinn-Anstalt, ist durch das Schreiben des Stadtmagistrats vom 2. Dec. v. J. angeregt, indem der Versammlung anheimgegeben wird, bei der geringen Benutzung, welche die Spinn-Anstalt während eines mehrjährigen Bestehens erfahren hat, und bei der verhältnißmäßig großen Kostspieligkeit, mit welcher die Spinn-Anstalt in ihrem Bestehen erhalten ist, mit der schon früher gewünschten Aufhebung der Spinn-Anstalt vom 1. Januar d. J. an sich einverstanden zu erklären und dem bisherigen Verwalter derselben die Remuneration zu 100 \mathfrak{f} , welche dieser für seine Beschäftigung bei dem Bekleidungs- und Verlassenschafts-Magazine bekomme, als billige Entschädigung für den Wegfall der mit der Verwaltung der Spinn-Anstalt verbunden gewesenen Remuneration um 100 \mathfrak{f} vom Anfange d. J. an zu erhöhen, wenn auch eine rechtliche Verpflichtung zu einer solchen Entschädigung nicht vorliege.

Der Herr Vorsitzende, welcher über diese Angelegenheit der Versammlung Vortrag macht, glaubt insbesondere den letztern Antrag des Stadt-Magistrats der Versammlung zur Berücksichtigung empfehlen zu dürfen, da der bisherige Verwalter der Spinn-Anstalt während einer langen Reihe von Jahren einen großen Theil seiner Zeit den Zwecken des Armenwesens gewidmet habe und zur Anerkennung seiner desfalligen außerordentlichen Thätigkeit die beantragte Zulage von 100 \mathfrak{f} zu der ihm noch zufließenden Remuneration für seine sonstigen Functionen gewiß verdienen werde.

In der Versammlung erheben sich mehrere Stimmen gegen die beantragte und befürwortete Erhöhung der Remuneration, indem eines Theils in Frage gestellt wird, ob nicht die äußern Verhältnisse des bisherigen Verwalters der Spinn-Anstalt eine solche Liberalität überflüssig und unnothwendig erscheinen ließen, andertheils die übernommenen Functionen als Ausflüsse eines Ehrenamts aufgefaßt werden, obwohl im Uebrigen den Dienstleistungen jenes Verwalters zum Vortheile des ganzen Armenwesens Anerkennung gezollt wird. Bei der Abstimmung wird zwar die beantragte Zulage von 100 \mathfrak{f} durch Stimmenmehrheit abgelehnt; jedoch nimmt die Versammlung den Unterantrag des Herrn Aronheim, eine solche Zulage im Betrage von 50 \mathfrak{f} zu bewilligen, durch Mehrheitsbeschluß an, wodurch zugleich das Einverständnis mit der Aufhebung der Spinn-Anstalt, vom 1. Januar d. J. an, ausgesprochen wird.

Vor der Fortsetzung der Berathung des Wege-Statuts, als zweiten Gegenstandes der Tagesordnung, wird von den Herren R ä c k e und L i s s e b o n die Ausnahme der früheren Verhandlungen über einzelne Punkte beantragt.

Zunächst giebt Herr R ä c k e anheim, anderweit in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angemessener sein werde, die mehrfache Unterscheidung von Interessenten-Wegen (§. 3 des Entwurfs. — §. 5 der Com.) fallen zu lassen, und vielmehr alle diese

Wege, sofern sie nicht Privatwege seien, als solche Interessentenwege zu betrachten, welche auf Kosten der gesammten Feldmarks-Interessentschaft hergestellt und erhalten werden müßten. Der Herr Antragsteller geht davon aus, daß die Interessentenwege als öffentliche Wege der freien Benutzung auch durch andere Personen, als welche zu deren Besserung verpflichtet seien, offen ständen, und daß die einzelnen Grundbesitzer insofern hart getroffen würden, als dieselben in mehrfacher Beziehung zu Beiträgen für Wegebetterungen herangezogen werden könnten, ohne im Stande zu sein, die Benutzung eines hauptsächlich nur zu ihrem Vortheile vorhandenen Weges anderen Personen zu verbieten.

Die Versammlung gestattet das nochmalige Eingehen auf diesen Punkt.

Bei der Debatte, an welcher sich die Herren Lissebon und Helfft zur Unterstützung des Räckeschen Antrags betheiligen, während die Herren Voigt und Häusler im Allgemeinen für das Bestehenlassen des früheren Beschlusses sich aussprechen, handelt es sich insbesondere darum, ein unzweifelhaftes Merkmal aufzufinden, um einen Interessentenweg von einem eigentlichen Privatwege unterscheiden zu können. Es wird versucht, aus einzelnen Beispielen ein solches Criterium abzuleiten; es werden die sogenannten Sackwege als Privatwege bezeichnet; Herr Röpke will als Privatwege nur solche Wege gelten lassen, über welche Privatpersonen ein unbeschränktes Verfügungsrecht, gleich wie über Privateigenthum, zusteht; Herr Oberbürgermeister Caspari glaubt unter Verweisung auf den §. 20 des Entwurfs, daß in dem einzelnen Falle, wenn es auf die Besserung eines Weges ankomme, die Frage, ob ein Weg Privatweg sei oder nicht, nöthigenfalls zur gerichtlichen Entscheidung verstellt bleiben müsse, und schlägt vor, dem betreffenden §. des Statuts eine Fassung des Inhalts zu geben, daß alle Wege, welche nicht Privatwege seien, Interessentenwege sein sollen.

Der letztere Vorschlag bestimmt die Versammlung zu dem Beschlusse, daß unter Aufhebung des frühern Beschlusses nur zwischen Interessentenwegen und Privatwegen unterschieden, die Herstellung und Erhaltung der erstern den gesammten Feldmarks-Interessenten auferlegt und in diesem Sinne der betreffende §. neu redigirt werden solle.

Dem Antrage des Herrn Lissebon auf Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Herstellung und Erhaltung der Communalwege, welche er nicht von der Gesammtheit der einzelnen Feldmarks-Interessentschaften, sondern von der einzelnen Feldmarks-Interessentschaft für deren Gebiet geschehen lassen will, wird nach einer desfalligen Gegenerklärung des Herrn Aronheim von der Versammlung nicht stattgegeben.

In der Berathung des Entwurfs wird bei §. 5. desselben fortgefahren, und die Streichung dieses §. unter dem Vorbehalte beliebt, daß in dem frühern §. über die Interessentenwege auch der Fußwege namentlich gedacht werden solle.

Da der §. 7 des Entwurfs auf die mehrfache Unterscheidung der Interessentenwege gestützt ist, so wird dessen Streichung beschloffen.

In dem §. 8 des Entwurfs ist die Frage, ob ein Weg, welcher nicht zur Classe der Privatwege gehöre, als entbehrlich aufzuheben sei, zur Entscheidung des Herzogl. Staatsministerii verstellt, und ein Rechtsverfahren gegen das Verbot der Benutzung ausgeschlossen.

Herr Röpke findet ein Bedenken gegen die Bestimmung dieses §. darin, daß durch dieselbe die Geltendmachung einer Servitut, die Jemand in Bezug auf einen

Weg rechtlich erworben zu haben behaupte, dem richterlichen Spruche entzogen sei, und will daher die Aufhebung eines Weges von einem vorhergegangenen gerichtlichen Edictalverfahren abhängig gemacht wissen.

Ihm entgegen treten die Herren Oberbürgermeister Caspari, Aronheim, Räcké und Häusler, welche die Bestimmung im Entwurfe nicht bloß der bestehenden Gesetzgebung in der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 entsprechend, sondern auch durch die überwiegenden Rücksichten auf das öffentliche Interesse dem Privatinteresse gegenüber für gerechtfertigt halten, gleichwohl in derselben eine Gefährdung wohlervorbener Privatrechte nicht erblicken, da von der Vorschrift des §. Privatwege ausdrücklich ausgenommen seien.

Der §. 8 wird von der Versammlung angenommen.

Der §. 9 des Entwurfs handelt von der Beitragspflichtigkeit zu den Kosten der Instandsetzung und Unterhaltung der Wege und berücksichtigt dabei die besondere Verpflichtung einzelner Personen, Interessenschaften oder Corporationen, welche sich etwa auf ausdrückliche Verträge oder rechtskräftige Erkenntnisse gründet.

Die Commission schlägt eine andere Fassung vor, durch welche der größeren Deutlichkeit wegen die Beziehung des §. auf »Communalwege und Interessentenwege« hervorgehoben, jedoch über jene besondere Verpflichtung hinweggegangen wird.

Auf eine Anfrage des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, ob die Commission Willens sei, die besondere Verpflichtung ganz aufzuheben, entgegnet Herr Voigt, daß es bei dem vorliegenden Statute nur auf die Feststellung der allgemeinen Verpflichtung ankomme und deshalb von dem Vorhandensein einer etwaigen besondern Verpflichtung hier abgesehen werden dürfe.

Herr Röpke spricht sich über diesen Punkt entschiedener aus, indem er meint, daß nach Erlassung des Wegestatuts eine frühere besondere Verpflichtung nicht aufrecht erhalten werden könne, da solche, so viel insbesondere die rechtskräftigen Erkenntnisse anlange, in der Regel auf Voraussetzungen gegründet sein werde, welche durch das Wegestatut als aufgehoben betrachtet werden müßten.

Der Herr Vorsitzende glaubt, daß durch die von der Commission vorgeschlagene Fassung des §. nicht ausgeschlossen werde, daß im einzelnen Falle einer besondern Verpflichtung zur Instandsetzung und Unterhaltung eines Weges gerichtliche Anerkennung verschafft werden könne, und in diesem Sinne wird auch von der Versammlung die neue Fassung des §. 9 genehmigt und der §. angenommen.

Ein Zusatzparagraph der Commission bestimmt das Simplum eines Beitrages pro Morgen auf 2 ggr und enthält eine weitere Vorschrift über die Anlegung einer Beitrags-Rolle und über die Beitrags-Erhebung selbst; die Versammlung erklärt sich mit diesem Zusatzparagraphen einverstanden.

Von gewerblichen Etablissements, deren Betreibung die Benutzung eines Weges in einem bedeutendem Maße in Anspruch nimmt, soll nach §. 10 des Entwurfs ein besonderer Beitrag erhoben werden können; die Commission sieht sich veranlaßt, neben den beispielsweise aufgeführten Arten von gewerblichen Etablissements auch der Steinbrüche und Sandgruben namentlich zu erwähnen; die Versammlung nimmt den §. mit diesen und andern minder wesentlichen Redactionsänderungen an.

Nach §. 11 des Entwurfs sollen persönliche Leistungen von den Interessenten nicht gefordert, deren Leistungen vielmehr immer in Gelde berechnet werden.

Dieser §., sowie der §. 12 des Entwurfs, welcher letztere die dinglichen Befreiun-

gen von Beiträgen zur Wegeverbesserung, entsprechend der allgemeinen Bestimmung in der revidirten Städteordnung enthält, werden von der Versammlung insoweit genehmigt, daß nur im §. 12 die Befreiung zu Nr. 5 »diejenigen Grundstücke, deren Befreiung sich auf rechtskräftige Erkenntnisse oder ausdrückliche Verträge gründet«, in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse zu §. 9 des Entwurfs auch hier übergangen, mithin Nr. 5, imgleichen der Schlusssatz: »alle übrigen Befreiungen fallen künftighin weg« als überflüssig gestrichen und endlich der ganze §. in folgender Weise geschlossen wird:

- 4) die Grundbesitzungen der Kirchen, Pfarren, Pfarrwittwensthümer Schulen und der städtischen Armenanstalt.

Alle diese Grundstücke sind nur insofern befreiet, als von solchen bisher zu den städtischen Lasten oder zu den Ausgaben der Feldmarks-Interessentschaft nichts beigetragen ist.

Der §. 13 des Entwurfs spricht sich über die Mitwirkung der städtischen Baubeamten bei der Instandsetzung und Unterhaltung der Interessentenwege aus; die Commission schlägt für den ersten Absatz eine anderweite Fassung und zum Schlusse des §. einen Zusatz vor, den sie aber, weil solcher auf die ursprüngliche Eintheilung der Interessentenwege sich stützt, selbst zurücknimmt.

Zu diesem §. macht Herr Lissebon nochmals geltend, daß es angemessen und zweckmäßig sei, die Verwaltungs-Deputationen zur Zuziehung des städtischen Baubeamten bei der Verbesserung der Interessentenwege zu verpflichten, da nur unter dieser Voraussetzung gute Wege in den einzelnen Feldmarken zu erzielen seien.

Herr Voigt erklärt sich dagegen; denn es sei Niemandem zu verwehren, bei der Wegeverbesserung seine eigene Befähigung und Kenntniß anzuwenden; glaube eine Verwaltungs-Deputation in solcher Lage zu sein, so sei ihr die Wegeverbesserung zu überlassen, andernfalls werde sie die Mitwirkung des städtischen Baubeamten schon in Anspruch nehmen.

Mit dem Vorredner ist Herr Oberbürgermeister Caspari einverstanden und weist darauf hin, daß die vorgeschlagene Verpflichtung der Verwaltungs-Deputationen Diese zu dem städtischen Baubeamten oder umgekehrt Diesen zu Jenen in ein unangenehmes, unleidliches Verhältniß setzen würde, indem alsdann entweder die Verwaltungs-Deputationen dem städtischen Baubeamten oder Dieser Jenen untergeordnet werden müßten.

Für den Fall, daß die Verwaltungs-Deputationen und der städtische Baubeamte über eine Wegeverbesserung sich nicht würden einigen können, will Herr Lissebon die Entscheidung dem Stadt-Magistrate vorbehalten wissen.

Während die Herren Räche, Lüdecke und Graß der Ansicht des Herrn Lissebon beitreten, erklären sich die Herren Lüdel, Helfft, Aronheim und Häusler dagegen, indem dieselben der Meinung sind, daß die Wirksamkeit der Verwaltungs-Deputationen auf dem Feldmarksgebiete nicht ohne Noth beschränkt werden dürfe.

Bei der Abstimmung über den §. wird derselbe in der Fassung, welche die Commission vorgeschlagen hat, von der Versammlung durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

Die §§. 14, 15, 16, 17 des Entwurfs werden, weil solche zu den übrigen durch die neuern Beschlüsse umgestalteten Statutbestimmungen nicht mehr passen, nach dem

Beschlüsse der Versammlung gestrichen, dagegen die §.§. 18, 19 und 20 des Entwurfs mit einigen Redactionsänderungen angenommen.

In consequenter Durchführung der bereits festgestellten Statutbestimmungen wird neben einigen unwesentlichen Redactions-Bemerkungen zu §. 21 des Entwurfs, welcher von der Bildung der städtischen Wegebaucaße handelt, von der Commission als eine fernere Einnahme jener Casse hingestellt:

»4) die Zuschüsse, welche über die Einnahmen zu pos. 1, 2 und 3 hinaus erforderlich und von den sechs Feldmarks-Interessenschaften nach §. 3 seq. aufzubringen sind.«

Mit diesem sich von selbst ergebenden Zusatz wird der §. 21 von der Versammlung genehmigt.

Die §.§. 22 und 23 des Entwurfs werden mit einigen von der Commission vorgeschlagenen Redactions-Änderungen von der Versammlung ohne weitere Debatte angenommen.

In einem von der Commission in Antrag gebrachten Zusatzparagraphen ist von der Erhebung und Ablieferung der Beiträge der Feldmarks-Interessenschaften an die städtische Wegebaucaße die Rede.

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt anheim, nur für die Einlieferung der Beiträge an die genannte Casse zu bestimmen, daß solche in quartaligen Raten im Voraus geschehen müsse, dagegen die Zeit der Erhebung der Beiträge dem Ermessen der einzelnen Feldmarks-Interessenschaften anheim zu stellen.

Herr Lissebon findet Schwierigkeiten in der Erhebung der Beiträge durch die Verwaltungs-Deputationen von den einzelnen Interessenten und hält es für thunlicher, jene Beiträge gleichwie die öffentlichen Steuern einziehen zu lassen, veranlaßt aber durch diese Aeußerung den Herrn Oberbürgermeister Caspari zu der Frage, ob die Erhebung weniger schwierig sein würde, wenn den einzelnen Feldmarks-Interessenschaften die Besserung der in dem Bezirke ihrer Feldmark belegenen Communalwege überlassen worden wäre?

Der Zusatzparagraph wird unter Berücksichtigung des Anheimgebers, des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, von der Versammlung genehmigt.

Ein fernerer von der Commission vorgeschlagener Zusatzparagraph bestimmt, daß mit den Beiträgen für die Communalwege zugleich die für die Interessentenwege erhoben werden sollen, und wird von der Versammlung, nachdem die Commission selbst den zweiten Absatz desselben zurückgezogen, angenommen.

Zu dem Schlußparagraphen des Entwurfs, der von dem Verhältnisse des Wegestatuts zu der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 redet, ist von der Commission ein Zusatz beantragt, mit welchem der §. selbst von der Versammlung genehmigt wird.

Die im Eingange für den Schluß der Sitzung vorbehaltene Wahl wird auf die nächste Sitzung hinausgeschoben und die heutige, ebenfalls unter Bestimmung der Verlesung des Protokolls für die nächste Sitzung, durch den Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 22. Mai 1851.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet, das Protocoll über die Sitzung am 15. d. Mts. von dem Protocollführer verlesen und, abgesehen von zwei Erinnerungen des Herrn Voigt und des Herrn Vorsitzenden, von der Versammlung genehmigt.

I. Die in der letzten Sitzung ausgesetzten Wahlen eines Mitgliedes zur Pflegehaus-Deputation und eines Mitgliedes zur städtischen Bau-Commission werden vorgenommen und fallen mit einer Mehrheit von 16 Stimmen auf den Herrn Feustell, als Mitglied der Pflegehaus-Deputation, und mit einer Mehrheit von 10 Stimmen auf den Herrn Graß, als Mitglied der städtischen Bau-Commission.

II. Die in der Sitzung am 8. d. Mts. gewählte Commission zur Prüfung der Bedingungen, welche bei einer etwaigen Verdingung der Beleuchtung der hiesigen Stadt insbesondere mit Röhrengas zum Grunde gelegt werden sollen, hat gegen die entworfenen Bedingungen nichts zu erinnern gefunden und giebt durch ihren Referenten, den Herrn Voigt, der Versammlung anheim, dieselben zu genehmigen. Nach Verlesung der Bedingungen und nach Mittheilung eines Verzeichnisses derjenigen Straßen, Thor-Avenüen und Wallpromenaden, die bei der Einführung einer Beleuchtung

mit Röhrengas bis auf Weiteres noch mit Del beleuchtet werden würden, beschließt in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate inhalts dessen Schreibens vom 9. d. Mts. die Versammlung gegen drei Stimmen, daß der Versuch gemacht werden solle, durch eine Bekanntmachung in öffentlichen Blättern Auerbietungen zur Uebernahme der Beleuchtung der hiesigen Stadt insbesondere mit Röhrengas unter Zugrundelegung der obigen Bedingungen hervorzurufen.

III. Herr Oberbürgermeister Caspari theilt der Versammlung einen auf die Erweiterung des Einganges vom Eisenbahnhofe in die Stadt hinein sich beziehenden von dem Herzoglichen Staats-Ministerio gemachten Vorschlag mit, nach welchem der Abbruch der zum großen städtischen Aerare gehörigen Rossmühle, des auf der andern Seite zwischen dem Nießschen Hause und dem Okerkanale wieder aufzubauenden städtischen Spritzenhauses und eines Theils des auf dem Langebartelschen Grundstücke stehenden Gebäudes erforderlich werden würde, um von der südlichen Ecke des Warneckschen Hauses vermöge der Erwerbung eines Streifens von dem von Ambergerschen Grundstücke einen breitem geraden Weg nach dem Bahnhofe zu gewinnen. Der Stadt-Magistrat und die von demselben bereits angegangene städtische Bau-Commission erklären sich mit diesem Vorschlage und mit dessen näher angedeuteten Ausführung einverstanden und auch die Versammlung ertheilt dazu ihre Zustimmung.

IV. Namens der Commission für die Angelegenheiten der Bürgerwehr wird von dem Herrn Fabricius in Bezug auf die beiden Unterstützungs-Gesuche der frühern Volkswehrmänner, des Schuhmachermeisters Georg Walter und des Buchdrucker-Gehülfen Carl Rohde, wegen Beschädigung im Wehrdienste, auf Veranlassung des Schreibens des Stadt-Magistrats vom 13. März d. J. in Antrag gebracht, die für dieselben bereits vor-schußweise aus der Stadt-Casse bewilligten und geleisteten Zahlungen definitiv zu genehmigen und dem Rohde, noch eine Unterstützung aus der Stadt-Casse im Betrage von 9 \mathfrak{R} zu bewilligen, beides jedoch ohne Anerkennung einer desfallsigen Verpflichtung der Stadt für etwaige zukünftige Fälle und wird von der Versammlung der Antrag in diesem Sinne durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

V. In Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate laut Schreibens vom 6. d. Mts. empfiehlt Herr Feustel als Referent der Finanz-Commission der Versammlung, die von dem dirigirenden Lehrer Schünemann beantragte

Vermiethung zweier Kellerparcelen unter dem Schulgebäude östlichen Bezirks an den Herbergswirth Schneidermeister Schrader auf drei Jahre von Ostern d. J. an für ein jährliches Miethgeld von 14 \mathfrak{R} zu genehmigen und wird die Zustimmung von der Versammlung ertheilt.

VI. Der Stadt-Magistrat spricht sich in seinem Schreiben vom 15. d. Mts. für die Verwilligung einer jährlichen Pension von 12 \mathfrak{R} aus der Stadt-Casse für den bisherigen öffentlichen Nachtwächter Destreich mit Rücksicht auf dessen als Nachtwächter treu geleisteten vieljährigen Dienste und dessen gegenwärtige Dienstunfähigkeit aus. Im Allgemeinen befürwortet die Finanz-Commission, Namens derselben Herr Feustell, den Antrag des Stadt-Magistrats und beschließt die Versammlung, dem Destreich eine jährliche Unterstützung von 12 \mathfrak{R} auf so lange aus der Stadt-Casse zu bewilligen, bis derselbe zu der vollen Einnahme als Todtengräber bei der reformirten Kirche gelangen, oder in eine anderweite seinen Broderwerb ermöglichende Lage kommen würde.

Schluß der Sitzung unter Vorbehalt der Vorlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 5. Juni 1851.

Nach eröffneter Sitzung wird das Protocoll über die Sitzung am 22. v. M. verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Das von dem Herrn Vorsitzenden verlesene Schreiben des Stadt-Magistrats vom 26. v. Mts. enthält das an die Versammlung gerichtete Ersuchen, für dieses Mal die Ausführung der Bestimmung im §. 97 der revidirten Städteordnung, daß der Stadt-Magistrat in den ersten sechs Monaten eines jeden Jahres den Stadtverordneten eine vollständige Uebersicht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten während des letztverfloffenen Jahres vorlegen solle, nicht zu erfordern, da eine desfallsige Mittheilung erst dann von Interesse und von Nutzen sein werde, wenn die städtische Verwaltung durch Statute, Reglements u. s. w. geordnet worden, und im Uebrigen den Stadtverordneten, wie bisher, auch ferner von allen wichtigeren Angelegenheiten Nachricht gegeben und über sonstige Verhältnisse Auskunft ertheilt werden würde. — In der Statuten-Commission ist nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden gegen diesen Antrag des Stadt-Magistrats nichts zu erinnern gefunden worden, und beschließt auch die Versammlung für dieses Mal eine Mittheilung über die Resultate der städtischen Verwaltung von dem Stadt-Magistrate nicht verlangen zu wollen.

Durch das fernere Schreiben des Stadt-Magistrats vom 3. d. M. wird eine Verwilligung im Betrage von 5 fl aus der Stadt-Casse beantragt, um dem hiesigen Arbeitsmann Meyer, welcher als früherer Corrigende bereits nach Amerika ausgewandert gewesen, von dort aber zurückgekehrt sei und jetzt abermals seine Aufnahme in die Besserungs-Anstalt zu Bevern verwirkt habe, zu dem von demselben gewünschten Eintritte in holländische überseeische Militair-dienste behülflich zu sein und auf solche Weise die hiesige Stadt vor größern Belästigungen durch den Meyer zu bewahren. — Eine Befürwortung dieses Antrages durch den Herrn Vorsitzenden bestimmt auch die Versammlung zur Verwilligung der beantragten Ausgabe aus der Stadt-Casse zu dem obigen Zwecke.

Tagesordnung:

I. Der Stadt-Magistrat giebt in seinem Schreiben vom 17. v. M. der Versammlung anheim, zur Anstellung eines Prozeßes gegen die Erben des

weiland Ober-Amtmanns Gaspari, welche sich weigern, die volle gesetzliche Abgabe an die Armen-Casse zu zahlen, die Zustimmung zu ertheilen.

Nach der Mittheilung des Herrn Vorsitzenden ist die Statuten-Commission der Ansicht, daß die Weigerung der Gaspari'schen Erben unbegründet und die Anstellung des Prozeßes gerechtfertigt und nothwendig sei.

Die Versammlung beschließt, daß gegen die Gaspari'schen Erben wegen jener Abgabe Klage erhoben werden solle.

II. Durch das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 26. v. M. wird der Versammlung ein Gesuch des Verwalters der bisherigen Armen-Spinn-Anstalt, Schneidermeisters Haffe, um Erhöhung der ihm in der Sitzung am 15. v. M. verwilligten Remuneration mitgetheilt, dasselbe unter Bezugnahme auf das frühere Schreiben nochmals im Allgemeinen befürwortet, eventuell aber der Antrag gestellt, dem Haffe für das laufende Jahr als Entschädigung für die augenblickliche Nichtverwerthung seiner für die Armen-Spinn-Anstalt bisher benutzten Hausräume ein Extraordinarium im Betrage von 50 \mathfrak{f} aus der Stadt-Casse zu verwilligen.

Als Referent der Statuten-Commission giebt der Herr Vorsitzende der Versammlung anheim, zwar bei dem frühern Beschlusse, durch welchen die jährliche Remuneration des Haffe auf 150 \mathfrak{f} festgesetzt worden, stehen zu bleiben, jedoch für das laufende Jahr als eine billige Miethentschädigung dem Haffe außerordentlicher Weise die beantragten 50 \mathfrak{f} aus der Stadt-Casse zu verwilligen.

Nach weiterer Verhandlung über diese Angelegenheit wird durch Mehrheitsbeschluß die Verwilligung von 50 \mathfrak{f} ausgesprochen.

III. In Bezug auf die in der Versammlung über das Statut wegen der Verwaltung der Weichbilds-Gemeinden und Feldmarks-Interessenschaften in hiesiger Stadt gefassten Beschlüsse ist in dem Schreiben vom 27. v. M. eine im Allgemeinen zustimmende Erklärung erfolgt und nur rücksichtlich der S. S. 7 und 23 des ursprünglichen Entwurfs zu fernerweiter Erwägung verstellt, ob es nicht doch angemessener sein werde, an dem Erfordernisse der Anwesenheit einer bestimmten Anzahl von Stimmberechtigten zur Vornahme einer Wahl von Deputirten festzuhalten, oder ob, wenn die Versammlung hiefür sich nicht entscheiden könne, nicht eben so consequent von diesem Erfordernisse auch bei den im S. 23 gedachten Beschlüssen der gesamten Gemeinde abgesehen werden müsse.

Von dem Commissions-Referenten, Herrn Häusler, wird Namens der Commission der Versammlung anheimgegeben, unter Beseitigung der früheren Beschlüsse bei Deputirten-Wahlen das Erforderniß der Anwesenheit von $\frac{2}{3}$ aller Stimmberechtigten anzunehmen, jedoch bei der ersten Vorladung zu einem solchen Wahltermine eine Strafe nicht anzudrohen, sondern solche in Verdoppelung, Verdreifachung u. s. w. erst eintreten zu lassen, wenn die erstere oder

spätere Vorladung erfolglos geblieben sei, dagegen zu sonstigen Gemeinde-Versammlungen, welche nach §. 23 des Entwurfs nöthig erschienen, eine bestimmte Anzahl von Stimmberechtigten überall nicht zu erfordern, eben so wenig aber auch eine Strafe anzudrohen.

Nach weiterer Berathung dieser Angelegenheit gelangt die Versammlung zugleich auf Veranlassung anderer Vorschläge einzelner Mitglieder der Versammlung, insbesondere der Herren Kloss und Steinmeyer, zu folgenden Beschlüssen:

1) Das Erforderniß der Anwesenheit von $\frac{2}{3}$ aller Stimmberechtigten bei Deputirten-Wahlen wird gegen 3 Stimmen abgelehnt; dafür

2) das Erforderniß der Anwesenheit von mindestens der Hälfte aller Stimmberechtigten bei den Deputirten-Wahlen mit großer Majorität angenommen; ferner

3) soll gleich bei der ersten Vorladung zu einem solchen Wahltermine eine Strafe von 8 M angedroht und diese Strafe, falls wegen Mangels der erforderlichen Zahl von Stimmberechtigten die Wahlhandlung nicht vorgenommen werden könnte, verdoppelt, verdreifacht u. s. w. werden; endlich ist

4) bei den nach §. 23 des ursprünglichen Entwurfs nothwendig werden den Gemeinde-Versammlungen das Erforderniß der Anwesenheit überhaupt irgend einer bestimmten Anzahl von Gemeinde-Mitgliedern und damit zugleich die Strafandrohung fallen gelassen.

IV. Das fernere Schreiben des Stadt-Magistrats vom 27. v. Mts. bezieht sich auf die Verhandlungen über die Erlassung eines Begestatuts.

Zunächst werden von dem Stadt-Magistrate einige nur auf die Redaction bezügliche Aenderungen in Vorschlag gebracht, welche ohne Weiteres die Zustimmung der Versammlung erhalten.

Sodann sind in Folge jenes Schreibens noch folgende Punkte zur weiteren Berathung und Beschlußnahme gestellt und darüber beschlossen, wie nachsteht:

1) Zur bessern Förderung und zeitigern Vollendung der Besserung der sämtlichen Communalwege erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß aus Herzoglicher Leihhaus-Casse gegen einen möglichst billigen Zinsfuß Darlehne nach Bedarf bis zum Betrage von 10,000 R von dem Stadt-Magistrate auf den Credit der Stadt aufgenommen, auf die angeliehenen Summen jährlich 1000 R , welche von den Feldmarks-Interessenschaften aufzubringen seien, abgetragen und die in Folge dieser Darlehen auflaufenden Zinsen zur Einzahlung an die Wegebau-Casse von der Stadt-Casse übernommen werden.

Ein Antrag des Herrn Helfft, das ausgesprochene Einverständnis an die Bedingung zu knüpfen, daß die speciellen Kosten-Voranschläge über jeden einzelnen in Angriff zu nehmenden Weg durch die Bau-Commission der Versammlung zur Genehmigung vorgelegt werden, wird durch Mehrheitsbeschluß abgelehnt.

2) Der Stadt-Magistrat wird von der Versammlung ermächtigt, behuf des Engagements eines zur Leitung der Arbeiten bei den Begebauten befähigten Mannes und einiger Begewärter die erforderlichen Verhandlungen einzuleiten; jedoch wird die Festsetzung der zu bewilligenden Remunerationen einer weiteren desfalligen Verhandlung vorbehalten.

3) Um sofort noch in diesem Jahre mit der Besserung der Communalwege beginnen zu können, soll nach dem Beschlusse der Versammlung zwar nicht, wie der Stadt-Magistrat vorgeschlagen, ein und ein halbes simplum, doch aber in Uebereinstimmung mit der betreffenden Vorschrift im Statute ein simplum von den Feldmarks-Interessenten als Beitrag zu den Begebauten für dieses Jahr erhoben werden.

4) Ueber die Reihenfolge, in welcher die Communalwege in Angriff genommen werden sollen, ist ein von den Vorschlägen des Stadt-Magistrats etwas abweichender Beschluß von der Versammlung gefaßt, in dem die Reihenfolge in nachstehender Art bestimmt wird:

- a) der Weg nach Mascherode;
 - b) der Weg von der Berliner Straße vor dem Fallersleberthore um den kleinen Exercierplatz herum bis zur Hamburger Straße;
 - c) der Weg von der Magdeburger Straße ab, neben dem von Rosenbergschen Garten vorbei, nach Riddagshausen;
 - d) der Weg vom Augustthore über St. Leonhard nach der Magdeburger Straße;
 - e) der Weg vom Rosse ab nach dem Schützenhofe und die Fortsetzung des Weges südwärts hinter den am Maschplatz belegenen Gärten durch;
 - f) der Weg zwischen den Gärten vom Augustthore bis zum Steinthore; und
 - g) der Weg zwischen den Gärten vom Stein- bis zum Fallersleberthore;
- diese Wege sollen in 2 bis 3 Jahren hergestellt werden.

Endlich wird noch auf Antrag des Stadt-Magistrats rücksichtlich des Weges um den kleinen Exercierplatz in Erwägung der desfalligen frühern Verhandlungen und der jetzigen statutarischen Bestimmungen von der Versammlung darenin gewilligt, daß gegen die Bezahlung der vom Herzoglichen Staatsministerium offerirten 400 \mathfrak{f} auf weitere Beiträge zur Instanderhaltung jenes Weges aus Staatsmitteln Verzicht geleistet werde;

und rücksichtlich des Mascheröder Weges von der Versammlung beschloffen, daß dessen Instandsetzung und Unterhaltung nicht, einem frühern Beschlusse gemäß, nach den Bestimmungen des Reglements vom 12. Mai 1830, sondern nunmehr nach den jetzigen Statut-Bestimmungen behandelt werden solle. Beim Schlusse der Sitzung wird die Vorlesung des Protocolls der nächsten Sitzung vorbehalten.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 26. Juni 1851.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden Desterreich und nach Verlesung des Protocolls über die Sitzung am 5. d. Mts. durch den Protocollführer wird, da Erinnerungen gegen das Protocoll nicht erhoben worden, zur Tagesordnung übergegangen.

1. Durch das Schreiben des Stadtmagistrats vom 14. d. Mts. wird der Versammlung mitgetheilt, daß der hiesige Bürgerverein, von dem Beschlusse der Stadtverordneten in der Sitzung am 28. März d. J. in Kenntniß gesetzt, es abgelehnt habe, behuf Erlangung eines Darlehns aus Herzogl. Leihhaus-Casse auf den Credit der Stadt zur Beförderung des Nahrungsbetriebes der kleinern Handel- und Gewerbetreibenden der Bürger-Hülfs-Casse Corporationsrechte zu erwirken, ja überhaupt nur mit dem Stadtmagistrate zu dem Zwecke in nähere Verhandlung sich einzulassen, um für das Corporationsverhältniß der Bürger-Hülfs-Casse allseitig annehmbare statutarische Bestimmungen zu gewinnen. Der Inhalt dieses von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Schreibens veranlaßt die Versammlung zu einer ziemlich weitläufigen Debatte, welche bei der Abstimmung zu folgenden Beschlüssen führt:

1) zunächst wird von der Versammlung beschlossen, an dem früheren Beschlusse in der Sitzung am 28. März d. J., nämlich daran festzuhalten, daß die Bürger-Hülfs-Casse Corporationsrechte erworben haben müsse, wenn derselben auf den Credit der Stadt das gewünschte Darlehn verschafft werden solle;

2) sodann wird ein Antrag des Herrn Nieß, dahin lautend, daß dem Bürgervereine oder der Bürger-Hülfs-Casse die bis jetzt innegehabten 4000 \mathfrak{R} unter der Bedingung belassen werden möchten, daß einem Magistrats-Mitgliede

die Controle über die Cassen-Verwaltung u. s. w. eingeräumt werde, durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung gegen sechs Stimmen abgelehnt;

3) dagegen wird auf Veranlassung eines Antrages des Herrn Aronheim und einer Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari von der Versammlung beschlossen: den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Herzogl. Staatsministerio dafür sich zu verwenden, daß dem Bürgervereine oder der Bürger-Hülfs-Casse zur successiven Rückzahlung der in deren Händen befindlichen 4000 fl eine zweijährige Frist gestattet werden möge;

4) endlich wird auch ein fernerer Antrag des Herrn Aronheim, daß bis zur vollständigen Rückzahlung der ebengedachten Summe dem Bürgervereine oder der Bürger-Hülfs-Casse freigestellt bleibe, das Erbieten der Stadt zur Eingehung des Darlehns-Verhältnisses, unter der geforderten Bedingung, der Erlangung von Corporationsrechten für die Bürger-Hülfs-Casse, noch annehmen zu können, durch Mehrheitsbeschluß von der Versammlung angenommen.

Auf ausdrückliches Verlangen des Herrn Köpcke wird hier bemerkt, daß Letzterem zur Widerlegung der gegen seine Auseinandersetzung in Bezug auf das Rechtsverhältniß gerichteten Entgegnungen wegen Schlusses der Debatte das Wort nicht hat ertheilt werden können.

II. Als zweiter Gegenstand der heutigen Tagesordnung kommen einige Reclamationen zur Verhandlung, welche gegen die Veranlagung zur Communalsteuer erhoben, und von den Special-Commissionen der Versammlung zur Entscheidung verstellt sind.

Namens der Commission für den Wilhelmthors-District trägt Herr Jüdel die desfallsigen Reclamationen vor; die meisten derselben werden in Uebereinstimmung mit der Commission von der Versammlung für unbegründet erkannt.

Die Reclamationen aus dem Hohenthors-District, über welche Herr Fabricius Vortrag zu machen hat, werden der nächsten Sitzung zur Verhandlung überlassen, und unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls ebenfalls für die nächste Sitzung die heutige von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

(Beilage zum 186. Stücke der Anzeigen.)

Verhandlungen

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 10. Juli, 25. Juli und 1. August 1851.

Sitzung, am 10. Juli 1851.

Nachdem der Herr Vorsitzende Desterreich die Sitzung eröffnet hat, werden einige reglementarische Angelegenheiten erledigt.

Herr Helfft erstattet darauf, Namens der Statuten-Commission, Bericht über die Zuschrift des Stadtmagistrats wegen Revision des Droschenreglements. Zunächst war die Frage zu entscheiden, ob auf eine Revision überall einzugehen sei, da der Stadtmagistrat zwar die bei Herzogl. Polizeidirection darüber Statt gehabten Verhandlungen vorgelegt, aber die Ansicht ausgesprochen hatte, daß das Reglement bisher zu kurze Zeit in Anwendung gewesen sei, um über die Zweckmäßigkeit der darin enthaltenen Bestimmungen, aus der Erfahrung, ein sicheres Urtheil abnehmen zu können. Die Commission hält aber, theils aus materiellen, theils aus formellen Gründen, auf die Sache einzugehen, für räthlich. Ein besonderes Gewicht legt dieselbe darauf, daß das bestehende Reglement, in manchen Punkten, äußerst mangelhaft befolgt werde und eine strenge Handhabung der vorgeschriebenen Ordnung, durch eine Prüfung und sachgemäße Erledigung sowol der Anträge der Droschenhalter, als der Vorschläge der Herzogl. Polizeidirection, gewissermaßen bedingt erscheine. Auch tritt die Versammlung dieser Ansicht ohne Widerspruch bei.

Die besondere Prüfung der einzelnen zur Aenderung empfohlenen Punkte, ergibt, daß zwar vielen Anträgen der Droschenhalter nicht Statt zu geben sei, daß dagegen über andere Bestimmungen des Reglements, ohne Nachtheil für die Sache selbst, von Herzogl. Polizeidirection könne hinweggesehen werden, daß endlich einzelne einer Aenderung bedürfen. Unter andern, wurde das Verlangen, daß die Droschenführer die Beförderung zu schwerer Gepäckstücke verweigern dürfen, für begründet erkannt und beschlossen, daß es den Droschenführern überlassen bleiben solle, ob sie Koffer u. dgl., welche mehr als 100 Pfund wiegen, aufnehmen wollen.

Von größerer materieller Bedeutung waren die Anträge auf Aenderung der Fahrtare. Nach umständlicher Erwägung, entschied sich die Versammlung dafür, daß die Fahrten auf Zeit, statt wie das Reglement vorschreibt auf 20, 35, 50 und 60 Minuten, auf 15, 30, 45 und 60 Minuten zu begränzen und mit den jetzigen tarifräßigen Sätzen zu bezahlen seien, daß jedoch eine Bestimmung hinzugefügt werde, der zu Folge für jede einzelne Fahrt innerhalb der Stadthore, nur der geringste Satz (bis 15 Minuten) zu entrichten sei. Ferner wurde einige Erhöhung der Fahr-löhne nach den, in dem Tarif genannten, umliegenden Ortschaften und eine abgeänderte Classificirung derselben, für billig und angemessen erachtet, und die Zustimmung ertheilt, daß die Haltezeit bis Abends 10 Uhr ausgedehnt werde; von wo ab dann, mit Ausnahme der Fahrten aus dem Schauspiel und aus Concerten in den daselbst aufgestellten Droschken, die doppelte Tare eintrete. Eine Ergänzung des Reglements durch die Bestimmung, daß Fahrgäste, welche durch Differenzen mit dem Droschkenführer, bei denen sie im Unrecht sind, die Abfertigung verzögern, die Zeitverschümmniß nach der Tare zu vergüten haben, hielt die Versammlung, obwol in der Sache selbst einverstanden nicht erforderlich, da die Verpflichtung schon aus den übrigen Bestimmungen des Reglements sich ergeben.

Nach Beendigung der Berathung der einzelnen Punkte, hob der Commissions-Referent einige Bestimmungen des Reglements hervor, deren Befolgung ganz besonders nicht in wünschenswerthem Maaße überwacht werde und seinem Vorschlage gemäß, wurde beschossen, zur Herstellung einer bessern Ordnung in dem hiesigen Droschkenwesen, im Interesse des Publikums und mittelbar der Droschken selbst den Stadtmagistrat, darauf speciell aufmerksam zu machen; — ferner denselben zu ersuchen, für möglichste Bekanntmachung der Droschentare durch Anheftung auf dem Bahnhofe und in den Gasthäusern Sorge zu tragen. Auch wurde auf den Antrag der Herren Bieweg und Helffst der Beschluß gefaßt, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Concurrenz der Droschkenhalter durch Vermehrung der Droschken und durch neue Concessionsertheilungen, wenn die sich Meldenden vorschriftsmäßige Wagen stellen, ausreichende Bespannung halten und den Kutschern anständige Bekleidung geben, thunlichst zu erleichtern.

Die übrige Zeit der Sitzung wurde durch Erledigung von Communalsteuer-Reclamationen ausgefüllt.

Sitzung am 25. Juli 1851.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Oesterreich eröffnet: sie tritt
I. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet ein selbstständiger Antrag des Herrn Röpke auf Aufhebung der Bürgerwehr, bei dessen Motivirung der Herr Antragsteller in einem ausführlichen Vortrage über das Wesen, den Zweck und die Handhabung des Bürgerwehr-Instituts sich ausspricht, und zu dem Resultate gelangt, daß die Bürgerwehr nicht allein durchaus keinen Nutzen gewähre, sondern sogar in vielen Beziehungen geradezu schädlich auf die Wehrpflichtigen einwirke; er giebt übrigens anheim, diesen seinen Antrag auf Aufhebung der Bürgerwehr einer Commission zur Vorprüfung und Berichtserstattung zu überweisen.

Der Herr Vorsitzende hält es ebenfalls für nothwendig, daß der Antrag von der Commission für die Bürgerwehr-Angelegenheiten vorberathen werde, und verfügt die Ueberweisung an letztgedachte Commission, nachdem die Versammlung einen Antrag des Herrn Raefke auf sofortige Verhandlung und Beschließung über den Antrag des Herrn Röpke in der heutigen Sitzung gegen wenige Stimmen abgelehnt hat.

II. Ueber die Verpachtung einiger städtischer Vermögensstücke stattet Herr Feustell Namens der Finanz-Commission Bericht ab:

1. hinsichtlich der dem hiesigen Neustadt-Rathhause anklebenden Gerechtigkeit des Bier- und Weinschanks; und

2. hinsichtlich des der hiesigen Stadt zugehörigen Wein- und Bier-Kellers am Hagenmarke hieselbst, der »Engel« genannt,

bringt die Commission in Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate in Vorschlag, den bisherigen Pächtern, beziehungsweise dem Weinhändler Johann Heinrich Meyer junior und den Weinhändler Carl Christian Pappée, die Pacht unter den frühern Bedingungen, insbesondere gegen Zahlung eines jährlichen Pachtgelbes von 400 resp. 800 fl auf die anderweite Dauer von je drei Jahren, bis zum 1. Januar 1855 resp. Michaelis 1854 zu verlängern.

Die Versammlung erklärt sich mit einer solchen Prolongation einverstanden.

3. Die städtische Fischerei und die städtischen Fischhälter sind gegen Entrichtung eines jährlichen Pachtgelbes von 210 fl in letzter Zeit allein von dem Fischmeister Conrad Jacob Thies ausgeübt und benutzt; dieser Pächter will nach Inhalt eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 14. v. Mts. zur Fortsetzung des mit dem 1. Januar k. J. ablaufenden contractlichen Verhältnisses nur gegen ein auf 150 fl ermäßigtes Pachtgeld sich verstehen, jedoch eine Verminderung der Fischhälter von 6 auf 4 sich gefallen lassen, wenn die beiden aufzugebenden Fischhälter ganz eingezogen würden; der Stadt-Magistrat erwartet bei öffentlich meistbietender Verpachtung ein höheres Gebot, giebt aber die desfallige Beschlußnahme der Versammlung anheim.

Von der Finanz-Commission wird in Antrag gebracht, die Versammlung möge damit sich einverstanden erklären, daß dem Fischmeister Thies die gesammte städtische Fischerei und die sämmtlichen städtischen Fischhälter zu einem jährlichen Pachtgelde von 200 fl auf fernere drei oder sechs Jahre unter den frühern Bedingungen zur Pacht angeboten werden, jedoch noch mit der besondern Verpflichtung, von denjenigen Personen, an welche er etwa Theile der Fischerei zu verasterpachten beabsichtigen werde, zuvor dem Stadt-Magistrate Anzeige zu machen und dessen Genehmigung zur Annahme der gewählten Asterpächter zu erwirken.

Diesem Antrage ertheilt die Versammlung durch Mehrheitsbeschluß ihre Zustimmung, lehnt dagegen den fernern eventuellen Vorschlag der Commission, dem Fischmeister Thies vier Fischereistrecken und vier Fischhälter unter Vorbehalt der beliebigen Verfügung Seitens der Stadt über die andern vier Fischerei-Strecken und zwei Fischhälter gegen ein jährliches Pachtgeld von 150 fl zu überlassen, ab und beschließt daneben auf Veranlassung eines Antrages des Herrn Nieß, daß auf den Fall, daß der Fischmeister Thies nicht geneigt sein sollte, die Pacht unter den erstgedachten Bedingungen fortzusetzen, eine öffentlich meistbietende Verpachtung der Fischerei und der Fischhälter vorgenommen werde.

4. Mit dem 31. Decbr. d. J. läuft der Contract ab, nach welchem den Dienst-

pflichtigen zu Delper, Behndorf und Rühme die der hiesigen Stadt schuldigen Dienstleistungen in den letzten sechs Jahren verpachtet gewesen sind; und ebenso geht

5. mit Michaelis d. J. der Contract zu Ende, durch welchen dem Maurer Gercke ein unter dem Schulgebäude östlichen Bezirks hieselbst belegener Kellertheil auf vier Jahre pachtweise überlassen worden ist, und ist auf Antrag der Commission die Versammlung damit einverstanden, daß jene beiden Pachtcontracte unter den frühern Bedingungen für dieselben Zeiträume den bisherigen Pächtern verlängert werden.

III. Inhalts Schreibens des Stadt-Magistrats vom 7. v. Mts. wird der Versammlung auf eine desfallsige Befürwortung des dirigirenden Lehrers der Schule des westlichen Bezirks, Tunic, anheimgegeben, dem Schulpedellen Steche mit Rücksicht auf dessen in Folge von langwierigen Krankheiten herbeigeführte bedrängte Lage eine außerordentliche Unterstützung von 5 R aus der Bürgerschul-Casse zu verwilligen.

Die Finanz-Commission, welche sich unter den obwaltenden Umständen ebenfalls für eine solche außerordentliche Unterstützung ausspricht, schließt sich sogar einem Antrage des Herrn Lüdecke auf Verwilligung einer Summe von 10 R an, und wird auch von der Versammlung in ihrer Mehrheit beschossen, dem p. Steche eine außerordentliche Unterstützung im Betrage von 10 R aus der Bürgerschul-Casse zukommen zu lassen.

IV. Herr Kronheim theilt der Versammlung die Verhältnisse mit, denen zu Folge der hiesigen Stadt eine Summe von 10,000 R zur Verwendung auf gemeinnützige Zwecke werde überwiesen werden, wenn zur lotteriemäßigen Auspielung eines in einem Nachbarlande belegenen Grundstücks das Herzogliche Staats-Ministerium die erbetene Erlaubniß erteile.

Derselbe ist der Ansicht, daß zumal der Ausführung des Unternehmens landespolizeiliche Bedenken nicht entgegen stehen, die Vertreter der Stadtgemeinde in der gegebenen Zusage, welche zur Gründung einer milden Stiftung ansehnliche Mittel liefern würde, eine Veranlassung finden müßten, die Angelegenheit nach besten Kräften zu fördern, empfiehlt aber, dem Beschlusse über die Art und Weise, wie solches am Besten geschehen könne, die Prüfung der Sache durch eine Commission, welcher er die weiter nöthige Auskunft erteilen werde, vorhergehen zu lassen.

Der Vorsitzende überweist den Gegenstand der Finanz-Commission, welcher aber, da mehrere Mitglieder derselben abwesend sind, nach einem weitem von der Versammlung genehmigten Vorschlage, die anwesenden Mitglieder der Statuten-Commission hinzutreten sollen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Sitzung am 1. August.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Ein Schreiben des Stadt-Magistrats vom 31. v. M. enthält die Anzeige, daß in dem Wahltermine am 30. v. M. behuf Ergänzung der Stadtverordneten-Vor-

sammlung der Gastgeber Herr Grund mit Stimmenmehrheit zum Stadtverordneten gewählt sei. Die Wahl wird von der Versammlung für ordnungs- und gesetzmäßig erkannt und der ebenfalls erschienene Herr Grund von dem Herrn Vorsitzenden aufgefordert, zur sofortigen Theilnahme an den Verhandlungen seinen Sitz in der Versammlung einzunehmen. Herr Grund entspricht dieser an ihn ergangenen Aufforderung.

Auf der Tagesordnung steht:
 1. die Berichterstattung über den in der letzten Sitzung am 25. v. M. von dem Herrn Röpcke gestellten Antrag auf Aufhebung der Bürgerwehr, welcher dem Beschlusse in der frühern Sitzung gemäß von der Commission für die Bürgerwehr-Angelegenheiten vorberathen und begutachtet worden ist. Der von dem Herrn Fabricius verlesene Commissionsbericht fordert für eine Aufhebung des Bürgerwehr-Instituts, welches erst vor nicht langer Zeit als zweckmäßig und nützlich anerkannt und eingeführt sei, sehr überwiegende Gründe und eine gebietende Nothwendigkeit, bestrittet aber deren Vorhandensein, da es sich nicht herausgestellt habe, daß die öffentliche Meinung gegen das Fortbestehen der Bürgerwehr gerichtet sei. Auf die Ansichten einzelner Wehrmänner, welche die Dienstleistungen der Bürgerwehr als im höchsten Grade unerträglich und die bürgerlichen Verhältnisse der Wehrmänner benachtheiligend darzustellen und deshalb den für die Erhaltung des Instituts nothwendigen Kostenaufwand um so weniger für gerechtfertigt zu erklären versuchen mögten, könne kein entscheidendes Gewicht gelegt werden, und es lasse sich doch auf der andern Seite nicht verkennen, daß die Wehrhaftigkeit der Gemeinde-Mitglieder in unruhigen Zeiten sich nützlich und vortheilhaft gezeigt habe und das Wehrinstitut geeignet sei, eine gewisse Gewähr für die Ruhe und Sicherheit in der Gemeinde zu bieten und die Gemeindegossen zu einem kräftigern Gemeinsinn und zu einem kräftigen Bürgertum hinzuführen. Die Commission giebt der Versammlung anheim, den Antrag des Herrn Röpcke abzulehnen.

Der Letztgenannte nimmt das Wort zur weitem Unterstützung seines Antrags, weist auf einzelne thatsächliche Umstände, insbesondere auf die geringe Betheiligung der Wehrmänner bei Wahlen von Chargirten, auf so manche wegen der vielfachen Dienstversäumnisse in den Ausschüssen vorgebrachte erdichtete Entschuldigungen hin, um darzuthun, wie wenig Lust und Eifer zu den Dienstleistungen bei den Wehrpflichtigen vorhanden sei und meint, daß die Mehrheit der Wehrpflichtigen für die Aufhebung der Bürgerwehr sich aussprechen werde, wenn nur der Versuch einer geheimen Abstimmung durch verschlossene Stimmzettel gemacht würde; denn die Waffenübungen seien nicht allein insbesondere für bejahrtere Leute sehr lästig, sondern sie forderten auch einen unverhältnismäßigen Aufwand an Geld und Zeit, und wenn es einmal darauf ankomme, zum Schutze der Gemeinde einzuschreiten, so zeige sich doch, wie die Erfahrung ergebe, in solchen entscheidenden Augenblicken wenig Mannschaft und wenig Thatkräftigkeit. Sollte, so schließt der Herr Antragsteller, sein Antrag zur Zeit keine Annahme finden, so behalte er sich vor, solchen demnächst zu wiederholen.

Von Herrn Fabricius wird bezweifelt, daß eine Abstimmung durch verschlossene Zettel das von dem Herrn Röpcke erwartete Resultat ergeben werde, und die Möglichkeit oder doch die Wahrscheinlichkeit bestritten, daß die offene Meinungsäußerung der Wehrpflichtigen durch irgend welche Mittel gehemmt werden könnte; der Redner stellt ferner mehrere Behauptungen des Herrn Röpcke in Bezug auf thatsäch-

liche Verhältnisse in Abrede und will den Beweis dafür zu liefern im Stande sein, daß die vorkommenden Dienstversäumnisse in der Regel nur bei denselben Personen wiederkehrten, welche schon immer säumig sich gezeigt hätten.

Die Herren Rädke und Aronheim stellen sich bei der Beurtheilung des vorliegenden Antrages auf einen andern Standpunkt; sie vindiciren der Volks- oder Bürgerbewaffnung eine politische Bedeutung; eine solche Bedeutung habe die gegenwärtige Bürgerwehr jedenfalls nicht; als polizeiliche Mannschaft sei letztere aber um so überflüssiger, als zur Erhaltung der polizeilichen Ordnung das Militair und die staatliche Polizeimacht ausreichend sei; zu diesem Zwecke dürften nicht noch die Staatsbürger persönlich angestrengt und zu Geld- und Zeitopfern veranlaßt werden; nur wenn Störungen der öffentlichen Ordnung zu befürchten wären, lasse sich das einmal gesetzlich möglich gemachte Institut der Bürgerwehr allenfalls rechtfertigen: da aber die jetzigen Zeitverhältnisse eine solche Befürchtung ausschlossen, so sei es gerathener, die Bürgerwehr eingehen zu lassen, zumal sich bisher nicht bewährt habe, daß durch dieses Institut der Gemeinfinn geweckt werde.

Beide Redner erklären sich für Annahme des Röpcke'schen Antrages.

Herr Uhlde stimmt nicht für die Aufhebung der Bürgerwehr; er hält dieselbe für geeignet, das Gemeinwohl zu fördern, da durch den Wehrdienst ein männlicher, entschlossener Sinn erzeugt und die Gemeinde in den Stand gesetzt werde, für sich selbst einzustehen; schon das Bewußtsein, daß eine Bürgerwehr vorhanden, gebe Schutz gegen Ungefehrlichkeiten; eine Organisation müsse insoweit gefordert werden, um Angriffen mit Erfolg entgegentreten zu können; dann aber sei das Einschreiten der Bürgerwehr wirksamer als des Militairs und seien die Unbequemlichkeiten und Opfer nicht zu groß, die zur Erreichung dieses gehörig erkannten Zweckes zu bringen seien.

Zum Schlusse der Debatte erhält Herr Röpcke noch einmal das Wort; er wiederholt die Behauptung, daß das Militair und die Polizei die Bürgerwehr überflüssig mache; er streitet gegen den Satz, daß der Muth durch den Dienst in der Bürgerwehr erzeugt werde, da solcher vielmehr eine Naturgabe sei, und daß das Bewußtsein, eine Bürgerwehr sei vorhanden, Tumulte hindern werde; er glaubt, daß der Einzelne, wie auch die Gemeinde, am Besten daran sei, wenn Jeder sein eigenes Haus schütze und auf diese Weise selbst sich seiner Haut wehre, und hält es für überflüssig, zu diesem Zwecke als Wehrmann sich auszubilden.

Bei der Abstimmung erklären sich nur die Herren Leo, Steinmeyer, Röpcke, Voigt, Rädke, Aronheim und Lüdecke für die Annahme des Röpcke'schen Antrages, wogegen durch die Mehrheit der Stimmen der Antrag abgelehnt wird.

II. Der von dem Herrn Aronheim in der letzten Sitzung näher motivirte Antrag auf Gründung einer milden Stiftung ist durch die anwesenden Mitglieder der Finanz- und Statuten-Commission einer weitem Prüfung unterworfen. Das Resultat derselben theilt als Referent Herr Aronheim, nachdem er sich nochmals über die dabei obwaltenden Verhältnisse ausgelassen hatte, mit und empfiehlt der Versammlung, zu veranlassen und zu beschließen, daß durch eine Deputation des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten die besprochene Angelegenheit im Interesse der hiesigen Stadt bei dem Herzoglichen Staats-Ministerio vorgetragen und befördert würde.

Die Versammlung ertheilt zur weitem Verfolgung dieser Sache in der vorgeschlagenen Art und Weise dadurch ihre Zustimmung, daß sie durch Mehrheitsbeschluß ihrerseits diejenigen Mitglieder der beiden Commissionen, welche diese Angele-

genheit für die heutige Sitzung vorbereitet haben, zur Vornahme der nöthigen Schritte ermächtigt, dann aber beschließt, den Stadt-Magistrat unter Mittheilung der hier zur Sprache gekommenen Verhältnisse und der dießseits beliebten Aufnahme und Förderung der Sache zu ersuchen, auch seinerseits durch einen Deputirten aus seiner Mitte die Angelegenheit zu unterstützen und zu dem bezweckten Erfolge hinzuleiten.

III. Durch sein Schreiben vom 22. Juni d. J. befürwortet der Stadt-Magistrat ein auf ihre geschwächte Gesundheit gegründetes Pensionsgesuch der Wittve weiland Schul-Directors Daubert, gegenwärtig Lehrerin an der Schule östlichen Bezirks, dahin, daß dieselbe ihrem Wunsche gemäß von Michaelis d. J. an mit einer jährlichen Pension von 208 R 20 gr 7 d der Fortführung ihres bisherigen Lehramts entbunden werde.

Gleichwie die Finanz-Commission durch Herrn Feustell für die Gewährung des Gesuchs der Wittve Daubert in obigem Maße sich ausspricht, erklärt sich auch die Versammlung durch Mehrheitsbeschluß damit einverstanden.

Nach Erledigung der festgesetzten Tagesordnung trägt noch, auf Veranlassung des Herrn Vorsitzenden in Uebereinstimmung mit der Versammlung, Herr Feustell als Referent der Finanz-Commission ein vom Stadt-Magistrate durch Schreiben vom 11. v. M. mitgetheiltes und empfohlenes Pensions-Gesuch des Nachwächters Johann Christian Wilhelm Herbst vor. Dasselbe wird von der Commission wegen des hohen Alters und der vieljährigen treu geleisteten Dienste des Supplicanten zur Berücksichtigung empfohlen, und dem Herbst von der Versammlung die in Antrag gebrachte übliche Pension von jährlich 12 R bewilligt.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protocolls wird hierauf die Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 26. August 1851.

Die Sitzung wird von dem Stellvertreter des Herrn Vorsitzenden Oesterreich, Herrn Wankelius, eröffnet.

I. Als ersten Gegenstand der Tagesordnung theilt Herr Wankelius der Versammlung das Schreiben des Stadtmagistrats vom 8. d. Mts. mit, nach welchem in Gemäßheit des Gesetzes vom 21. v. Mts., die Verpflichtung zum Kriegsdienste betreffend, die Wahl zweier Stadtverordneten zur Theilnahme an dem am 27., 28. und 29. d. Mts. und am 3. f. Mts. stattfindenden Aushebungsgeschäfte nothwendig wird; die vorgenommene Wahl fällt mit Stimmenmehrheit auf die Herren Fabricius und Grund, welche darauf von dem Herrn Wankelius aufgefordert werden, dem obgedachten Termine beizuwohnen.

II. In Bezug auf das in frühern Sitzungen bereits zur Berathung vorgelegene Statut über die Herstellung und Erhaltung der vor den Thoren und innerhalb der Feldmarken der Stadt Braunschweig belegenen Wege, hat inhalts des Schreibens des Stadtmagistrats vom 6. d. Mts. Herzogl. Staatsministerium zu dem aus den Verhandlungen des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten hervorgegangenen Statut-Entwürfe die Genehmigung unter

der Voraussetzung erteilt, daß der §. 11 jenes Entwurfs, welcher von den Befreiungen von Beiträgen zur Wegeverbesserung handelt, eine anderweitige Fassung dahin erhalte, daß bei 3, unter welcher Nummer die Begräbnisplätze „der verschiedenen Religionsgesellschaften“ als befreiet aufgeführt sind, der letztere Zusatz gestrichen und im Uebrigen der §. 11 in der Fassung, welche demselben in dem von dem Stadtmagistrate ursprünglich vorgelegten Entwurfe des §. 12 gegeben sei, beibehalten werde.

Der Stadtmagistrat hat sich für die Annahme der von dem Herzoglichen Staatsministerio hervorgehobenen Aenderungen ausgesprochen und glaubt auch die früher unter N. 5 aufgenommene Befreiung, welche sich auf rechtskräftige Erkenntnisse oder ausdrückliche Verträge gründe, durch den Zusatz, daß darunter solche Fälle, in denen die Begebauast eines Grundstücks von einem Dritten übernommen worden, nicht zu rechnen seien, für genügend beschränkt halten zu dürfen.

Namens der Commission giebt als Referent derselben Herr Häusler der Versammlung anheim, sich mit diesen Modificationen einverstanden zu erklären. Nach Beschließ der Versammlung durch Stimmenmehrheit zu N. 3 die Weglassung der Worte „der verschiedenen Religionsgesellschaften“ und die Wiederaufnahme von N. 5 in dem ursprünglichen Entwurfe des Stadtmagistrats mit einem dem Vorschlage entsprechenden Zusätze, behält sich aber den Beschluß über die sonstige Wiederherstellung des besprochenen Paragraphen in der ursprünglich demselben vom Stadtmagistrate gegebenen Fassung nach einer weiteren Verhandlung mit letztem vor.

Dasselbe Schreiben des Stadtmagistrats vom 6. d. Mts. berührt noch zwei andere Punkte, nämlich: 1) die früher beschlossene Aufnahme eines Darlehns aus Herzoglicher Leih-Haus-Casse bis zum Betrage von 10,000 fl zur Förderung der Wegeverbesserung. Der Stadt-Magistrat giebt, da jenes Darlehn nur unter den gewöhnlichen Bedingungen, insbesondere nur gegen eine vierprocent-

tige Verzinsung zu erlangen, dagegen augenblicklich in der Stadt-Casse zur Ergänzung des städtischen Grundvermögens ein Geldvorrath von einigen tausend Thalern angesammelt sei, die in Landesschuldverschreibungen angelegt nur $3\frac{1}{2}\%$ Zinsen tragen würden, der Versammlung anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß zuvörderst jener Vorrath in der Stadt-Casse zu den Wegebauten verwandt, die verwendete Summe aber aus den Beiträgen der Feldmarks-Interessenten ersetzt und bis auf Weiteres die Aufnahme eines Darlehns aus Herzoglicher Leihhaus-Casse unterlassen werde. Die Versammlung giebt diesem Vorschlage durch Mehrheitsbeschluß ihre Zustimmung.

2) Eine andere Mittheilung betrifft das Engagement eines zur Leitung der Arbeiten bei den Wegebauten befähigten Mannes und die Annahme von Wegewärtern. In ersterer Beziehung ist von dem Stadt-Magistrate der Wegebau-Conducteur Götter in Vorschlag gebracht, welcher sich gegen eine Remuneration von 120 \mathfrak{A} jährlich und gegen Erstattung etwaiger Büreaufkosten zur Uebernahme der technischen Leitung bereit erklärt hat. Die Versammlung genehmigt den Vorschlag und findet gegen die geforderte Honorirung und Vergütung nichts zu erinnern. Rückichtlich der Annahme von Wegewärtern weicht die Versammlung bei ihrem Beschlusse insofern von dem Vorschlage des Stadt-Magistrats ab, daß vorerst statt drei nur zwei Wegewärter angenommen und denselben zwar Gehalte von jährlich 120 \mathfrak{A} ausgesetzt werden sollten, jedoch unter Beobachtung des bei den herrschaftlichen Wegewärtern üblichen Verfahrens, nach welchem denselben als bestimmter Lohn nur der gewöhnliche Tagelohn gegeben, dem Wegebaubeamten dagegen die Befugniß erteilt wird, ihnen nach Maßgabe ihrer Leistungen Zulagen bis zum Betrage eines jährlichen Gesamtlohns von 120 \mathfrak{A} zu gewähren.

III. Der zwischen den städtischen Verwaltungs-Organen vereinbarte Statut-Entwurf über die Verwaltung der Reichbildsgemeinden und Feldmarks-In-

teressenschaften hat nach dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 6. d. Mts. ebenfalls die Genehmigung Herzoglichen Staats-Ministerii unter der Voraussetzung erhalten, daß in dem §. 5 statt des bestimmten alljährlichen Austritts eines Deputirten festgesetzt werde, daß alle zwei Jahre zwei Deputirte austreten sollten, und daß der §. 38, welcher von den Befreiungen von Beiträgen zu den Verwaltungskosten handelt, dieselbe Fassung bekomme, wie der entsprechende Paragraph in dem Wegestatute.

Mit dem Stadt-Magistrate ist die Versammlung auf Vortrag ihres Referenten, des Herrn Häusler, über die Annahme der hervorgehobenen Aenderung des §. 5, abgesehen von der dadurch nöthig werdenden anderweiten Redaction desselben, einverstanden, und bezieht sich wegen der Modificationen des §. 38 auf die zu dem betreffenden gleichen Paragraphen des Wegestatuts vorstehend gefaßten Beschlüssen.

IV. Zur Benützung bei der bevorstehenden Berathung des Armenstatuts hat Herr Steinmeyer sich vorgenommen, einige Mittheilungen über die Armenverpflegung zu machen; er bringt vorläufig einige thatsächliche Verhältnisse zur Kenntniß der Versammlung, behält sich aber eine ausführlichere Mittheilung vor und wünscht zuvor von der Versammlung die, ihm auch ertheilte, Ermächtigung zu erhalten, über mehrere wichtigere Punkte von dem Stadt-Magistrate Auskunft einziehen zu dürfen.

Nach Beendigung dieser Verhandlungen wird die Sitzung von dem Herrn Wanzelius, unter Vorbehalt der Vorlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung, geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 30. October 1851.

Nachdem von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich die Sitzung eröffnet worden, wird sofort die Verhandlung über die Gegenstände der heutigen Tagesordnung begonnen.

I. Durch das von dem Herrn Vorsitzenden verlesene Schreiben des Stadtmagistrats vom 8. d. Mts. wird der Versammlung zur Kenntniß gebracht, daß zu einer öffentlich meistbietenden Verpachtung der städtischen Fischerei und Fischhälter habe geschritten werden müssen und daß dem Fischmeister Conrad Jacob Thies für ein späteres Nachgebot von jährlich 180 fl unter den der Verpachtung zum Grunde gelegten Bedingungen, insbesondere mit der Beschränkung der Dauer der am 1. Januar k. J. beginnenden Pachtzeit auf $2\frac{3}{4}$ Jahre, da es angemessen erschienen, den Anfangs- und Endtermin der Pacht für die Zukunft auf Michaelis zu verlegen, der Zuschlag erteilt worden sei. Unter Hinweisung auf den früheren Beschluß der Versammlung in der Sitzung am 25. Julius d. J., dem entsprechend mit der Verpachtung der städtischen Fischerei und Fischhälter verfahren ist, fragt der Herr Vorsitzende an, ob Erinnerungen gegen die stattgehabte Verpachtung und den erteilten Zuschlag zu machen seien, und erklärt, als solches nicht geschieht, diese Angelegenheit als durch das Einverständnis und die Genehmigung der Versammlung für erledigt.

Bei zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung übergegangen wird, interpellirt Herr Räck die mit der Ordnung der städtischen Vermögensverhältnisse, insbesondere des großen städtischen Aera's beauftragte Commission und beantragt, die Versammlung möge beschließen, daß die betreffende Commission binnen einer zu bestimmenden Zeit über ihre bisherige Thätigkeit für diese Sache Bericht zu erstatten habe. Gegen diesen Antrag wird von zweien Commissionsmitgliedern, dem Herrn Bieweg und dem Herrn Vorsitzenden Desterreich, und von dem Herrn Overbürgermeister Caspari hervorgehoben, daß eine solche Friststellung hier nicht statthast sei, weil einem weitem Vorschreiten in dieser Angelegenheit die näher angegebenen augenblicklich noch

obwaltenden Umstände entgegen stehen, deren Beseitigung »binnen einer bestimmten Zeit« außerhalb der Macht der Commission liege, letztere übrigens die Förderung der Sache bisher nicht außer Acht gelassen habe und ferner nicht außer Acht lassen werde. Auf der andern Seite hält Herr Aronheim, ebenfalls Mitglied der Commission, die Angelegenheit nicht für so verwickelt, daß es schwierig sei, eine Basis für die Verhandlung mit der Landesregierung zu gewinnen, und Herr Fabricius meint, daß es wohl der Commission möglich sein werde, vielleicht binnen vier Wochen den beantragten Bericht zu erstatten.

Herr R ä c k e findet sich nach den Mittheilungen von der erstern Seite zwar nicht veranlaßt, seinen Antrag fallen zu lassen, modificirt solchen aber dahin, daß die Versammlung durch förmlichen Beschluß das Ersuchen aussprechen möge, die betreffende Commission möge baldigst über ihre bisherige Thätigkeit berichten. Auf die Fragestellung des Herrn Vorsitzenden, ob die Versammlung gegen die Annahme des so modificirten Antrages etwas einzuwenden habe, wird von keiner Seite eine Erinnerung erhoben und danach diese Angelegenheit als erledigt angesehen.

II. Der Stadtmagistrat giebt in seinem Schreiben vom 19. d. Mts. der Versammlung anheim, zu einem mit der Altenwieker Interessentschaft verabredeten Vergleich, inhaß dessen eine bei Gelegenheit von Wegebauten der städtischen Wegebau-casse gegen jene Interessentschaft erwachsene Forderung im Betrage von 74 fl 7 gg 1 q mit einer Forderung dieser Interessentschaft an die Stadt wegen Verwendung einer der ersten unzweifelhaft zugehörigen Grundfläche zur Verbreiterung des Mascheröder Weges zu dem ermittelten Betrage von 75 fl dadurch compensirt werden solle, daß die 74 fl 7 gg 1 q aus der Stadtcasse an die Wegeverbesserungscasse gezahlt werden, die Zustimmung zu ertheilen, im Uebrigen aber behuf Beseitigung etwaiger künftiger Streitigkeiten damit sich einverstanden zu erklären, daß der Altenwieker Verwaltungs-Deputation zugleich eröffnet werde, es könnten Eigenthums-Ansprüche derselben auf das bei Regulirung der öffentlichen Wege liegenbleibende Terrain nicht anerkannt werden, es müßten die Stadtbehörden solches als Eigenthum der ganzen Stadt betrachten und für jeden einzelnen Fall die Entscheidung darüber sich vorbehalten, in wie weit sie dieses Eigenthumsrecht geltend machen wollten. In beiden Beziehungen wird durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung dem Anheimgeben des Stadtmagistrats entsprochen, mithin die Zustimmung ertheilt und das Einverständniß erklärt.

III. In dem Processe des Cantors L ü d e c k e wider den Stadtmagistrat wegen Vergütung für die ihm wegen des Pflege- und Armenhauses — zu St. Petri eingepfarrt — erwachsene Vermehrung seiner Amtsgeschäfte ist der Erstere, nachdem dessen Anspruch auf eine solche Vergütung für unbegründet erkannt worden, in die Proceßkosten verurtheilt. Nach einer Mittheilung des Stadtmagistrats vom 23. v. M. hat der Cantor L ü d e c k e darum gebeten, die dem Stadtmagistrate in diesem Processe erwachsenen Kosten im Betrage von 16 fl 13 gg von ihm nicht erstattet zu verlangen, sondern auf die Stadtcasse zu übernehmen, da er doch bei der Anstellung des Processes in gutem Glauben gewesen sei und deshalb die Berichtigung der Kosten seinerseits eine große Härte für ihn sein würde. Mit dem Stadtmagistrate übereinstimmend beschließt auch die Versammlung auf den Vortrag des Berichterstatters der Finanz-Commission, Herrn L ü d e l, den Cantor L ü d e c k e mit seinem Gesuche um Niederschlagung der Proceßkosten zurückzuweisen.

IV. Die Verhandlungen über die Abänderung des neuen Reglements für das hiesige Droschkenfuhrwesen haben ein anderweites Schreiben des Stadtmagistrats vom 2. d. M. veranlaßt. Danach hat das Herzogliche Staatsministerium insbesondere den Vorschlag der Herzoglichen Polizei-Direction, daß der §. 19 des Droschken-Reglements, die Anwendung einer Fahne betreffend, aufgehoben werde, genehmigt. Die Versammlung verbleibt aber auf Vortrag ihres Berichterstatters, Herrn Helfft, durch Mehrheitsbeschluß bei ihrer frühern, zuletzt in der Sitzung am 10. Juli d. J. wiederholten Ansicht von der Nützlichkeit der Anwendung solcher Fahnen, erklärt sich mithin für die Beibehaltung des §. 19 des Reglements.

In Bezug auf zwei andere Punkte, nach welchen die doppelte Taxe von 10 Uhr Abends an auch für Fahrten vom Theater, von Concerten und von der Eisenbahn her entrichtet werden soll (vergl. §. 33 des Reglements) und Kinder, welche noch getragen werden müssen, frei aufzunehmen sind, und für andere in Begleitung von Erwachsenen befindliche Kinder die Hälfte der Taxe zu zahlen ist (vergl. §. 37 des Reglements), hebt die Versammlung ihre in der Sitzung vom 10. Juli d. J. gefaßten etwas abweichenden Beschlüsse auf und erklärt sich mit jenen Abänderungen einverstanden.

Von Herrn Helfft wird schließlich unter Hinweisung auf einige Punkte, in welchen das Reglement nach den spätern Verhandlungen zu erläutern sein werde, der Wunsch ausgesprochen, die Versammlung möge den Stadtmagistrat ersuchen, der Herzoglichen Polizei-Direction anheim zu geben, ob es nicht räthlich sein werde, nach einer eingebesserten Redaction das Reglement neu drucken und mit den hiesigen Anzeigen ausgeben zu lassen, imgleichen wird von Herrn Bieweg für nöthig gehalten, daß die neu gedruckten Taxen in den Droschken so befestigt werden, daß solche nicht beliebig hinweggenommen werden können, und anheimgegeben, die Versammlung möge den Stadtmagistrat auch um eine desfallsige Mittheilung an Herzogliche Polizei-Direction ersuchen. Beide Vorschläge erhalten die Billigung der Versammlung.

V. Das Schreiben des Stadtmagistrats vom 28. d. M. benachrichtigt die Versammlung, daß das am 14. d. M. allhier verstorbene Fräulein Diederichs die hiesige Stadt zur Erbin in ihren Nachlaß mit der Bestimmung eingesetzt habe, daß das an die Stadt fallende Vermögen nach Abzug verschiedener Legate eine Stiftung, unter dem Namen des Diederichs'schen, zur Unterstützung hilfsbedürftiger, unverheiratheter, unbescholtener Mädchen aus dem Mittelstande hiesiger Stadt, deren Auswahl dem jedesmaligen Stadt-Director und Polizei-Director hieselbst überlassen ist und von denen jedes jährlich 40 fl erhält, bilden solle. Der für diesen Zweck übrig bleibende Nachlaß beläuft sich auf etwa 65,000 fl und sind die Stadtverordneten rücksichtlich der Antretung dieser Erbschaft mit dem Stadtmagistrate vollkommen einverstanden.

Unter den ausgesetzten Legaten befindet sich eins für die hiesige Armen-Anstalt im Betrage von 1000 fl ; der Stadtmagistrat giebt anheim, und die Versammlung genehmigt, daß diese Summe nicht unter die laufenden Ausgaben der Armen-Anstalt verrechnet, sondern auf dasjenige Capital von annoch 14000 fl abgetragen werde, welches die Armen-Anstalt dem Herzoglichen Leihhause hieselbst schuldet.

Ein anderes dem Pflegehause hieselbst vermachtes Legat im Betrage von ebenfalls 1000 fl soll nach dem übereinstimmenden Beschlusse des Stadtmagistrats und der Versammlung den speciellen Zwecken jener Anstalt aufbewahrt bleiben, so daß die Zinsen dieses Legats u. der bisherigen Freigebigkeit der Vermächtnißgeberin entspre-

hend, nach dem Ermeßen der Pflegehaus-Verwaltungs-Deputation für die Pfleglinge, namentlich die Kinder, zu Geschenken zu Weihnachten und zu ähnlichen Zwecken zu andern Zeiten verwandt werden dürfen.

Gern haben endlich die Stadtverordneten dazu ihre Zustimmung gegeben, daß für die getroffenen, der hiesigen Stadt so segensreichen Anordnungen des verstorbenen Fräuleins Dieberichs in den hiesigen Anzeigen, Namens der städtischen Behörden, eine Dankfagung niedergelegt werde.

Schließlich wird auf den Vorschlag des Herrn Helfft an die Stelle des augenblicklich durch Krankheit behinderten Herrn Feustell, für die Dauer dieser Behinderung, ein Ergänzungsmitglied in die Finanz-Commission gewählt und fällt die Wahl mit Stimmenmehrheit auf den Herrn Wankeliuß.

Nach Beendigung der Verhandlungen wird das vorstehende Protocoll durch den Protocollführer verlesen, von der Versammlung dasselbe genehmigt und von dem Herrn Vorsitzenden darauf die Sitzung geschlossen.

(Beilage zum 297. Stücke der Anzeigen.)

Verhandlungen

der

Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 13. November und 4. December 1851.

(Sitzung am 13. November.)

Zunächst nach eröffneter Sitzung wird der Versammlung durch den Herrn Vorsitzenden Desterreich Mittheilung von dem jüngst erfolgten Tode eines Mitgliedes, des Herrn Feustell, gemacht. Der Herr Vorsitzende gedenkt dabei des Eifers und der Thätigkeit des Verstorbenen für die Förderung der städtischen Interessen und der Liebenswürdigkeit des Charakters desselben mit warmer Theilnahme.

Zur äußern Darlegung eines ehrenden Andenkens an den Verstorbenen erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Tagesordnung:

I. Die Statuten-Commission, welche mit den von dem Stadt-Magistrate in seinem Schreiben vom 23. September d. J. gemachten Vorschlägen rücksichtlich der Veröffentlichung und Verbreitung der städtischen Statute einverstanden ist, und anheim giebt, auch jene Vorschläge in die Form statutarischer Bestimmungen zu fassen, läßt durch ihren Referenten, den Herrn Häusler, den ausgearbeiteten Entwurf eines solchen Statuts der Versammlung mittheilen. Die wenigen Bestimmungen dieses Entwurfs werden von dem Herrn Vorsitzenden zur Berathung verstellt und von der Versammlung einzeln und in ihrem Zusammenhange, ohne weitläufige Debatte, genehmigt.

II. In dem von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Schreiben des Stadt-Magistrats vom 27. v. M. wird der Versammlung mitgetheilt, daß nach dem Absterben des Stadt-Registrators Fröling für die städtische Registratur ein neuer Registrator nothwendig werde, und werden unter Hinzufügung des Gehaltsfußes von 300 bis 500 fl drei Personen zu dieser Stelle zur Auswahl der Versammlung in Vorschlag gebracht. Der Herr Vorsitzende giebt anheim, dem Magistrats-Schreiber Grütter, der unter den vorgeschlagenen drei Personen mit genannt ist, mit einem jährlichen Gehalte von 300 fl das Amt eines Stadt-Registrators zu übertragen.

Nicht über die Person, wohl aber über den Gehaltsfuß entspinnt sich eine kurze Debatte, in deren Verlaufe die Herren Helfft, Aronheim und Fabricius zu dem übereinstimmenden Antrage gelangen, für den Copiisten Grütter den jährlichen Gehalt auf 350 fl festzustellen, um denselben für seine vieljährigen treugeleisteten Dienste ange-

messen zu belohnen und ihm ein anständigeres Auskommen zu verschaffen. Gegen diesen Antrag wird von den Herren Oberbürgermeister Caspari, Steinmeyer und Häusler geltend gemacht, daß durch das dem Grütter zu übertragende Amt dessen Arbeitsthätigkeit, der Zeit nach, nicht mehr als bisher in Anspruch genommen werde, der Gehalt von 300 fl mit den Sätzen für die im Staatsdienste befindlichen Registratoren in einem richtigen Verhältnisse stehe und eine spätere Erhöhung des Gehalts je nach Verdienst und Dienstalter nicht ausgeschlossen sei. Die Herren Helfft und Aronheim nehmen ihren obigen Antrag hiernächst zurück, während Herr Fabricius den seinen zur Abstimmung gebracht zu sehen wünscht.

Nachdem nun auf die Bemerkung der Herren Rädke und Jüdel, daß die Wahl des Registrators, dem §. 122 der revidirten Städteordnung gemäß, durch Stimmzettel vorgenommen werden müsse, eine desfallige Wahl von dem Herrn Vorsitzenden angeordnet worden, geht aus der Wahl-Urne der Magistratschreiber Grütter als der durch Stimmeneinheit gewählte neue Stadt-Registrator hervor.

Bei der Abstimmung über den Gehalt wird der Antrag des Herrn Fabricius gegen fünf Stimmen abgelehnt und mit Stimmenmehrheit die Festsetzung des Gehalts auf jährlich 300 fl beschlossen.

III. Zu der durch die Pensionirung des Hofregistrators Engel erledigten Stelle eines Rechnungsführers der hiesigen Armen-Casse sind durch Schreiben des Stadt-Magistrats vom 27. v. M. ebenfalls drei Personen der Versammlung zur Auswahl in Vorschlag gebracht, und ist insbesondere noch beantragt, den für dieses Amt auszuführenden Gehalt auf 360 bis 600 fl zu bestimmen. Die durch Stimmzettel ausgeführte Wahl ergiebt das Resultat, daß der mitvorgeschlagene Magistratschreiber Nitschke als der gegen eine Stimme Gewählte von dem Herrn Vorsitzenden proclamirt wird, und wird dessen Gehalt dem Antrage des Stadt-Magistrats entsprechend, durch Mehrheits-Beschluß der Versammlung zur Zeit auf 360 fl festgestellt.

IV. Ueber den in dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 16. v. M. gestellten Antrag, der Armen-Speise-Anstalt auch für den bevorstehenden Winter die früher gewährte Beihilfe aus der Stadt-Casse im Betrage von 200 fl zu verwilligen, erstattet Namens der Finanz-Commission Herr Wangelius Bericht und wird auf Empfehlung dieser Commission die beantragte Verwilligung durch Stimmenmehrheit von der Versammlung beschlossen.

V. In dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 3. d. M. wird auch für die Kleinkinder-Bewahr-Anstalt eine außerordentliche Unterstützung im Betrage von 100 fl aus der Stadt-Casse beantragt und empfiehlt die Finanz-Commission durch ihren Referenten, den Herrn Wangelius, der Versammlung, zu dieser Ausgabe die Zustimmung zu ertheilen, welche denn auch durch Mehrheitsbeschluß ausgesprochen wird.

VI. Die Berathung über den hiernächst folgenden Gegenstand der heutigen Tagesordnung, den Antrag des Bürger- und Humanitäts-Vereins, die Errichtung einer Kranken-Casse für Diensthöten und Lehrlinge in hiesiger Stadt betreffend, wird auf den Vorschlag des Herrn Nies, der solches der Wichtigkeit der Angelegenheit wegen und zur Förderung derselben für wünschenswerth und rathlich hält, um zu einer ferneren reifen Prüfung der Sache Veranlassung zu geben, durch Beschluß der Versammlung bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

VII. In Bezug auf das Verfahren bei der Berathung des Statuts über die Armen-Verwaltung giebt der Herr Vorsitzende unter Hinweisung auf desfallige frühere Bemerkungen und Vorschläge anheim, die Versammlung möge beschließen, daß nur solche Anträge zu dem Statute über die Armen-Verwaltung berücksichtigt werden

sollten, welche binnen 14 Tagen, von heute an gerechnet, bei dem Vorsitzenden der betreffenden Commission — dem Herrn Desterreich — schriftlich eingebracht sein würden.

Die Versammlung erhebt diese Bestimmung durch Stimmenmehrheit zum Beschlusse.

VIII. Ueber die auf der Tagesordnung mit stehenden Gesuche um Verleihung des Wohnortsrechts in hiesiger Stadt wird nach erfolgtem Schlusse der öffentlichen Sitzung in vertraulicher Sitzung berathen.

Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls wird die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Sitzung am 4. December.

Der Anfang der Sitzung wird durch das verspätete Erscheinen mehrerer Mitglieder der Versammlung verzögert und kündigt auf Veranlassung solcher schon mehrfach vorgekommener Verzögerungen der Herr Vorsitzende Desterreich nach eröffneter Sitzung den Anwesenden die Vorlage einer Geschäftsordnung in einer der nächsten Sitzungen an.

Der Etat der Einnahme und Ausgabe für die hiesige Stadt auf das Jahr 1852 nebst den dazu gehörigen Special-Etats bildet den ersten Gegenstand der Tagesordnung.

Das Begleitschreiben des Stadt-Magistrats vom 14. October, sowie der Commissionsbericht werden Namens der Finanz-Commission von deren Referenten, dem Herrn Wankelius, vorgelesen.

Behuf endgültiger Feststellung des Etats fordert der Herr Vorsitzende die Versammlung auf, bei dem Durchgehen der einzelnen Einnahme- und Ausgabe-Positionen etwaige Anträge zur Verhandlung und zum Beschlusse zu bringen, und geht darauf zu dem näheren Vortrage der einzelnen Capitel über.

Als Ausgabe-posten ist hingestellt, der Beitrag aus der Stadt-Casse zu den Cultuskosten der deutsch-katholischen Gemeinde mit 150 fl und in Bezug auf diesen Posten stellt die Finanz-Commission den Antrag:

die Versammlung wolle zwar noch für das Jahr 1852 den ausgeworfenen Beitrag mit 150 fl ohne Weiteres verwilligen, jedoch zugleich an den Stadt-Magistrat das Ersuchen richten, derselbe möge von den Vorstehern der deutsch-katholischen Gemeinde einen Nachweis über den Betrag ihrer Cultuskosten, sowie eine Aufgabe darüber sich vorlegen lassen, wie viel dazu von einem jeden Mitgliede beigesteuert werde.

Die dabei geltend gemachte Ansicht der Commission, daß die Gesamt-Gemeinde zu Cultuskosten eines besondern confessionellen Verbandes nur dann Zuschüsse verwilligen dürfe, wenn ohne übermäßige Anstrengung der Mitglieder solchen Verbandes die Cultuskosten nicht aufzubringen seien, findet eine mehrseitige Vertretung; nur wird auf eine weitere Äußerung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari der Commissions-Antrag noch dahin ergänzt und ausgedehnt:

die Versammlung wolle den Stadt-Magistrat um baldige Vornahme der gewünschten Verhandlung mit dem Vorstande der deutsch-katholischen Gemeinde und um demnächstige Vorlage derselben ersuchen und ihrerseits sodann in nächster Zeit darüber berathen und Beschluß fassen, ob ein und welcher Beitrag der deutsch-katholischen Gemeinde für das Jahr 1853 zu bewilligen sein werde, wobei in Berücksichtigung genommen, daß nach dem Ausfalle des letztern Beschlusses ihre Maßnahmen zu treffen die deutsch-katholische Gemeinde zeitig in Stand gesetzt werde.

Mit dem also erweiterten Antrage der Finanz-Commission erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Zu dem Ausgabe-Capitel »Bestreitung der Kosten der Armenpflege« ist in dem betreffenden Special-Etat für Baulichkeiten an dem Armenschul-Gebäude an der Leopoldstraße unter andern ein Posten von 650 fl in Ausgabe gestellt. In Uebereinstimmung mit der städtischen Bau-Deputation giebt die Finanz-Commission der Versammlung anheim, dahin sich aussprechen zu wollen:

daß selbst eine zu dem pflichtmäßigen Ermessen des Stadtbaumeisters Köllsch zu verstellende Ueberschreitung jener Summe zugelassen werden solle, wenn solche zur Herstellung einer anständigen Außenseite an dem Schulgebäude nothwendig werden würde.

Auch zu diesem Vorschlage erklärt die Versammlung ihre Zustimmung.

Nachträglich zu dem Ausgabe-Capitel: »Unterhaltung der städtischen Grundstücke und Reparaturen« ist die Versammlung mit dem übereinstimmenden Vorschlage ihrer Bau- und Finanz-Commission:

die Umlegung der Freitreppe und Erneuerung der massiven Treppenwangen vor dem Stadthause und die Instandsetzung der straßenseitigen Front des Bürgerschulgebäudes westlichen Bezirks im Gesamtbetrage einer Ausgabe von 250 fl für das kommende Jahr noch auszufügen, einverstanden.

Abgesehen von den vorstehenden Beschlüssen genehmigt die Versammlung alle übrigen Etatpositionen, imgleichen die in dem Begleitschreiben des Stadt-Magistrats vorgeschlagene vorschussweise Berichtigung einer Summe von 800 fl aus der Stadt-Casse zum Vortheil der Wegeverbesserungs-Casse, unter der Voraussetzung, daß dieser Vorschuss durch die Feldmarks-Interessenten, die nach dem Wegereglement vom 12. Mai 1830 zu deren Erstattung verpflichtet sind, wieder getilgt werde, so wie die Aufbringung der restbleibenden Ausgabe-Summe der Stadt-Casse im Betrage von 40,350 fl durch Ausschreiben einer Communalsteuer.

Die beiden andern Gegenstände der Tagesordnung: der Antrag des Herrn Aronheim, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, in Verbindung mit einer von der Stadtverordneten-Versammlung zu wählenden Commission die mögliche Verschönerung der Stadt zu berathen, — und die Berathung des Entwurfs einer neuen Feuerordnung werden, der erstere, weil der Herr Antragsteller in der Versammlung nicht zugegen ist, der zweite auf den Wunsch mehrerer Mitglieder der Versammlung, einer der nächsten Sitzungen vorbehalten.

Schließlich erbitten sich noch und erhalten das Wort:

1) Herr Häusler zum Vortrage über ein Gesuch der Wittwe des Tischlermeisters Friedrich Brandes, Dorette, geb. Löhning, hieselbst, um Erlaß der Communal- und Armensteuer im Betrage von 1 fl 16 gg , und

2) Herr Wankelius über eine Reclamation des Kaufmanns Heinrich Julius Theodor Müller, hieselbst, nach welcher derselbe statt einer Abschätzung seines jährlichen Einkommens zu 1200 fl nur zu einem jährlichen Einkommen von 850 fl zur Gemeinde- und Armensteuer glaubt herangezogen werden zu können.

Das Gesuch der Wittwe Brandes erscheint der Versammlung berücksichtigungswerth und wird deshalb der erbetene Erlaß gewährt, während die Reclamation des Kaufmanns Müller von der Versammlung für unbegründet erachtet und deshalb zurückgewiesen wird.

Die Sitzung wird hierauf von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen, das Protokoll von dem Protokollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.